„RASSWJET“

(DEUTSCHES HEFT)

UNTER DER REDAKTION
VON
WLADIMIR JABOTINSKY

INHALT:

Vorwort

Zionistische Politik
Drei Jahre Sir Herbert Samuel — Majorität — Politische Offensive — Ein günstiger Sturm.

Die Geschicke Transjordaniens

Zur Araberfrage
Die eiserne Wand — Die Ethik der eisernen Wand — Islam.

Probleme des Schutzes
Schutzjuden — Die Legion.

Probleme des Aufbaus
Wirtschaft und Politik — Bodenpolitik — Siedler und Touristen — Das Schulbudget

Zionistische Organisation
Die Perspektiven der Gwirokratie

Resolution der Konferenz der Zionisten - Revisionisten in Paris

Der Briefwechsel zwischen der Exekutive und dem Zentralkomitee fällt aus technischen Gründen aus.

BERLIN.
1925

Jüdischer
illustrierter
Abreißkalender

auf das Jahr

5686-87

(1926)

enthält 365 neue Bilder und 1000 jüdische Daten

II. JAHRGANG

Preis mit Rückwand 3,— Mark

Zu beziehen durch:

Jüdischer Kalender-Verlag

BERLIN SW 11

Kleinbeerenstraße 8

Rare
AC
901
.A1
NO.3310

„RASSWJET“

(DEUTSCHES HEFT)

UNTER DER REDAKTION
VON
WLADIMIR JABOTINSKY

BERLIN.
1925

Copyright by J. Span, Berlin, Goethestr. 17a
Alle Rechte, auch das der Uebersetzung, vorbehalten

UPB

VORWORT.

Die in diesem Heft enthaltenen Aufsätze und Fragmente sind aus verschiedenen Nummern des „Rasswjet" während der Berliner (1922—1923) und Pariser Periode (1924—1925) seines Exildaseins entnommen. Die Artikel sind nicht unterzeichnet, weil sie mitunter zusammengesetzt sind aus Aufsätzen, die von verschiedenen Autoren geschrieben worden sind, und zwar von Dr. Julius Brutzkus, Dr. Norbert Hoffmann, V. Jabotinsky, Professor A. Kulischer, Dr. S. Perlmann, Dr. J. Schechtmann und Dr. J. Trivusz.

Wir haben in dieses Heft nur solche Aufsätze aufgenommen, die das Aufbau-Programm der „Rasswjet"-Richtung begründen. Damit fällt der ganze kritische Teil der vom „Rasswjet" geleisteten Arbeit weg, ein Teil, auf den das alte Blatt der russischen Zionisten nicht minder stolz ist, der aber in ein anderes Sommerheft gehört. Eine Ausnahme bildet der Aufsatz, der sich mit der Tätigkeit des gewesenen Palästina-Oberkommissärs (bis zur Mitte des Jahres 1923) befaßt, da diese Tätigkeit die ganze politische Lage in Palästina am besten charakterisiert.

Der Hauptgedanke dieses Heftes könnte vielleicht in einer Formel zusammengefaßt werden: der Zionismus ist und bleibt eine p o l i t i s c h e Bewegung, steht und fällt mit der politischen Methode. Das heißt nicht, daß wir die Wichtigkeit der ökonomischen oder kulturellen Aufbauarbeit unterschätzen. Schon in den Jahren 1903—1905 kämpften wir für das Prinzip der „praktischen Arbeit in Palästina", und wir sind der alten Lehre heute noch treu geblieben. Aber auch die ökonomischen Leistungen einer Kolonisation müssen einen staatlichen Charakter tragen, sonst ist es keine Kolonisation und kann nie eine neue nationale Mehrheit hervorbringen. Die Geschichte der großen Kolonisationen beweist es auf jeder Seite: nie wurde ein Land erfolgreich, bis zur Bildung einer Majorität, von einem einwandernden Volke angesiedelt, wenn der Ansiedler sich nicht auf die ausführende Macht stützen konnte: die Formen der Macht waren verschieden, das Prinzip war aber immer da.

Schon die Frage einer ungehinderten, d. h. einer vom Kolonisator selbst regulierten Immigration ist eine politische Angelegenheit. Die Kolonisation ist aber nicht bloß eine Frage der ungehinderten Einwanderung oder der freien ökonomischen Entwicklung der Ansiedler. Um eine jüdische Majorität in einem kleinen und rückständigen Lande innerhalb einer absehbaren Zeit zu schaffen, brauchen wir, wie eine einfache Rechnung zeigt, einen Zuwachs von durchschnittlich jährlich 40 000 Seelen. Das sind heute etwa 5 Prozent der gesamten Bevölkerung. Um einen solchen Zuwachs jahrein jahraus zu absorbieren, muß die Entwicklung der latenten ökonomischen Möglichkeiten des Landes systematisch gepflegt, gewissermaßen künstlich erzeugt und geleitet werden. Es gehören dazu Protektionszölle, Steuererleichterungen, insbesondere aber die Schaffung einer billigen Bodenreserve. Das sind alles Staatsaufgaben, die nur durch die gesetzgebende und ausführende Macht des Landes gelöst werden können.

Auch die Frage nach der Finanzierung des Kolonisationswerkes kann nicht auf der Basis von Spendenfonds gelöst werden. Wir schätzen die Leistungen dieser Fonds sehr hoch; es ist aber jetzt schon klar, daß sie nichts mehr sind als „Magistralröhre", durch die das Geld für die laufenden Bedürfnisse des Budgets ein- und ausfließt, daß sie aber auch in der Zukunft nicht imstande sein werden, die Rolle eines „Reservoirs" zu übernehmen, in welchem Millionen Geldmittel aufbewahrt werden können, um als ständige Basis für langfristige Unternehmungen zu dienen. Ein wirklicher „Grundfonds" kann nur auf dem Wege einer wirklichen Volksanleihe geschaffen werden, an eine solche ist aber ohne offizielle Garantie in irgendeiner Form nicht zu denken. Auch die Finanzierungsfrage ist somit ein politisches Problem.

Das ist aber noch nicht alles. Man kann die Kolonisation von allen anderen Gebieten des Staatslebens nicht abgrenzen. Der Prozeß der Absorption von Neusiedlern in der obenerwähnten Menge und Tempo ist mit dem ganzen Blut- und Nervensystem des Landes innig verflochten. Wege, Eisenbahnen, Häfen, Schul- und Sprachverordnungen; der ganze Bereich der Gesetzgebung, vom Naturalisations- bis zum Pressegesetz, insbesondere die Sicherheits- und Polizeifrage — alles berührt und beeinflußt die Kolonisation entweder günstig oder ungünstig, dies alles muß daher vom Kolonisator beobachtet und beeinflußt werden. Es ist nicht genug, zu sagen, daß eine Kolonisation auch politische Aufgaben hat: eine Kolonisation ist eine ununterbrochene Kette von rein politischen Aufgaben, tagtäglich und auf Schritt und Tritt.

Und das führt nun zur Hauptfrage: zum Problem der oberen Verwaltung des Landes. Es ist klar, daß auch der zehnte Teil der notwendigen Unterstützung nur von einer Verwaltung zu erwarten ist, die aus Freunden des Zionismus besteht und von einem Freunde des Zionismus an der höchsten Stelle geleitet wird. Zwei Vorbedingungen sind notwendig, um diese freundliche Stellungnahme zu sichern. Erstens, daß bei jeder Aenderung im höheren Personal der Verwaltung die Wahl des Nachfolgers immer in Fühlungnahme mit derjenigen Körperschaft erfolgt, die einzig und allein kompetent ist, zu urteilen, ob A. oder B. den zionistischen Bestrebungen freundlich oder unfreundlich gegenübersteht: mit der zionistischen Exekutive. Zweitens, angesichts des Druckes, dem der Verwaltungsapparat Palästinas von antizionistischer Seite immer ausgesetzt ist und dem auch der bestgesinnte und willensstärkste Administrator unvermeidlich weichen muß, wenn es keinen adäquaten, nein, überwiegenden Gegendruck gibt, stehen wir vor der Frage eben dieses Gegendruckes, einer unermüdlichen politischen Beeinflussung — tagtäglich, auf Schritt und Tritt.

Nach den Ereignissen der letzten Monate — nach der Novembersitzung der Mandatkommission des Völkerbundrates, nach der Jerusalemer Rede des englischen Kolonialsekretärs, nach der Ernennung des neuen Oberkommissärs, die auch für die zionistische Exekutive eine Ueberraschung war — erübrigt es sich, unsere politische Ohnmacht weiter zu „beweisen". Sie ist zum Sprichworte geworden und wird auch von Anhängern des offiziellen Zionistenkreises nicht mehr geleugnet. Es ist aber kein ohnmächtiges Unvermögen, es ist das Versagen des politischen Wollens. Entweder ist es das Ergebnis einer naiven theoretischen Auffassung, derer Formel lautet: „Wir brauchen nur Arbeit, wir b r a u c h e n keine Politik" — oder aber diese Theorie selbst ist vielmehr bloß eine Vortäuschung des gelähmten Willens, ein Versuch, aus der Not („Armut" ist vielleicht ein passenderes Wort — psychologische Armut) eine Tugend zu machen.

Der „Rasswjet" kämpft für die Neubelebung des politischen Willens des Zionismus — für den Herzlgedanken.

ZIONISTISCHE POLITIK.

1. DREI JAHRE SIR HERBERT SAMUEL.

Mit einem außerordentlich schweren Gefühle werden diese Zeilen geschrieben. Es handelt sich um einen Mann, der die konkretesten Absichten hat. Und doch müssen die drei Jahre des Sir H. Samuel zu den traurigsten Kapiteln nicht nur der zionistischen, sondern auch der allgemeinen jüdischen Geschichte gerechnet werden. Sir H. Samuel trat in das Amt des obersten Kommissärs von Palästina genau vor drei Jahren, bei traurigen, jedoch Erfolg verheißenden Verhältnissen. Die Militärbehörden hatten sich diskreditiert, und die Regierung entschloß sich deshalb, den großen Besen in Bewegung zu setzen und die Militärverwaltung durch eine Zivilverwaltung prompt zu ersetzen. Diesen Besen händigte Lloyd George Sir H. Samuel ein. Ihm wurde die Möglichkeit und die Vollmacht gegeben, sämtliches Personal aus der früheren Verwaltung abzusetzen und neue Leute zu berufen. Es muß noch bemerkt werden, daß Sir H. Samuel schon früher, ehe er zum obersten Kommissär ernannt wurde, als Beobachter mit sehr großen amtlichen Vollmachten versehen, einige Monate in Palästina verbracht hatte, und für diejenigen, die ihm nahe gestanden haben, war es kein Geheimnis, daß er selbst ganz richtig die Tiefe des intensiven Antisemitismus der verwaltenden Beamtenschaft beurteilt hatte.

Unter diesen Umständen hat niemand zweifeln können, daß der große Besen auch tatsächlich seine Sache machen werde, um so mehr als gerade dieser Moment besonders günstig dafür war und das Ganze hätte ruhig, ohne persönliche Verletzungen, als ein automatischer Ersatz der Militärbehörden durch Zivilbehörden vollzogen werden können.

Juden, Araber und Engländer waren fest überzeugt, daß Leute, deren Namen auf der Zunge aller Einwohner im Lande waren, auch wirklich ersetzt sein werden. Im zaristischen Rußland sogar wurde nach dem Pogrom in Odessa der Stadthauptmann Neidhardt abgesetzt.

Durch Erfahrungen gewitzigt, haben die Juden gar nicht gehofft, daß das neue Personal des Sir H. Samuel aus Engeln zusammengesetzt sein wird. Man hat aber doch erwartet, daß es wenigstens Leute sein werden, die nicht eine zweijährige Schule des aktiven Antisemitismus absolviert haben, Leute, die wenigstens niemand wird erinnern können, daß sie vor einem Monat noch in Offizierskantinen und Kanzleien sogar in Gegenwart von Sergeanten und Soldaten den Zionismus geschmäht und die Balfour-Deklaration verspottet hatten. Leute schließlich, die wenigstens begreifen werden, daß in Anbetracht dieser Deklaration es für jeden anständigen innerlich gegen den Zionismus gestimmten Engländer unehrlich und unpassend ist, einen Beamtenposten in Palästina anzunehmen. Dergestalt können der Moment, die Möglichkeiten und Erwartungen geschildert werden; und nun folgt ein trockenes Verzeichnis der Tatsachen.

1. Sir H. Samuel hat das sämtliche antisemitische Personal auf den Posten behalten. Herr Storrs, der Gouverneur der Stadt, wo der Pogrom stattgefunden hatte, ist geblieben. Herr Oberst Branley, Chef der Polizei, die sich am Pogrom beteiligt hatte, blieb auch. Bei der Polizei selbst sind überhaupt keine Aenderungen eingetreten.

2. Nach der Amnestie für die nichtertappten folgte eine Amnestie für die festgenommenen und verurteilten Pogromhelden, und dies in einer derartigen Form, daß die Oeffentlichkeit keinen Unterschied zwischen dem Pogrom und der Selbstwehr ersehen konnte.

Beiden Gruppen wurde die Freiheit durch einen und denselben Satz, in einem und demselben Schriftstück ohne die geringste Andeutung irgendwelchen Unterschiedes geschenkt. Man hat Sir H. Samuel aufmerksam gemacht, daß dieser Umstand von der arabischen Bevölkerung als ein Geständnis seitens der britischen Regierung, daß der Ueberfall genau so verzeihlich sei wie der Selbstschutz, aufgefaßt werden wird. Man hat ihn ersucht, irgendwelche Abgrenzung durchzuführen; man hat ihm endlich den Ausweg vorgeschlagen, die Pogrombanditen, falls er es für unbedingt notwendig hält, freizulassen, den Organisatoren der Selbstwehr aber die Möglichkeit zu geben, bis zur ordnungsmäßigen Erledigung des Prozesses in der Festung zu verbleiben. Sir H. Samuel zog es vor, die Aufhetzer zu Mord und Plünderung genau so zu behandeln wie die, die Mord und Plünderung abwehrten. Die Araber sind ein kluges Volk und werden sich das alles gut merken.

3. Die Amnestie wurde aber als unzureichend befunden und ein Schritt weiter gemacht. Den Hauptthelden des Aprilpogroms wurden sogar Prämien gewährt. Eine derselben ist der Oeffentlichkeit gut bekannt. Herr Aref-el-Aref, ein arabischer Schriftsteller, der eine bedeutende Rolle während der Ereignisse, sowie bei ihren Vorbereitungen gespielt hatte und der vor der Justiz in das Ostjordanland geflüchtet war, wurde zum Bezirksvorsteher eines der Bezirke von Samaria ernannt. Eine größere Bedeutung hat aber ein anderer, zwar nicht so bekannter Fall. Im Kriegsgericht, welches die Selbstwehrleute zu Zuchthausstrafen verurteilt hat, spielte die größte Rolle ein gewisser Kapitän Kermak. Um sich eine Vorstellung von seiner Prozeßführung zu bilden, genügt es, daran zu erinnern, daß das oberste Kriegsgericht in London, acht Monate später, zu einer Zeit, als alle Häftlinge schon amnestiert waren (weshalb auch gar keine sentimentalen Gründe zur Ueberprüfung des Verfahrens vorhanden waren), sämtliche Urteile kassierte. Hervorgehoben muß noch werden, daß der Indemnity Act, ein Gesetz, das überhaupt alle Unregelmäßigkeiten und Ungerechtigkeiten in okkupierten Gebieten deckt, angewendet wurde. Wie außerordentlich ungerecht müssen diese gegen die Selbstwehrleute gerichteten Urteile gewesen sein.

Herr Kermak ist aber nicht nur weiter im Dienste der Justiz verblieben, sondern wurde sogar befördert. Zur Zeit des zweiten Pogroms (in Jaffa) war er schon Generalstaatsanwalt von ganz Palästina, und in dieser Eigenschaft leitete er auch die Untersuchung dieser Ereignisse.

4. Die Ereignisse in Jaffa bedürfen keiner Erläuterung. Sie haben sich in folgender Reihenfolge abgewickelt. Ein zweitägiges, ununterbrochenes Gemetzel in einem Städtchen, wo es keine hohen Häuser, keine steilen und krummen Gassen gibt. In einer Entfernung von 40 Minuten liegt Ludd, wo das Militär einquartiert ist. Im amtlichen Telegramm, das Sir H. Samuel nach London sandte, wird von 20 bis 30 ermordeten Juden berichtet und dann stolz hinzugefügt: „das Militär war nicht gezwungen, von der Waffe Gebrauch zu machen". In demselben Telegramm wird die Verantwortlichkeit für den Pogrom geschickt auf die jüdischen Kommunisten abgewälzt. Sehr bald darauf wird den Arabern ein riesiger Umzug in der Gegend von Rechobot erlaubt. Zum Schutze von Rechobot wird nur mit Stöcken bewaffnetes Militär entsendet. Ein Dampfer mit jüdischen Immigranten, der nach Jaffa gekommen ist, wird nach Triest zurückgeschickt und so die Menschen dem Hunger und der Not preisgegeben. In dem Bericht, den die jüdische Bevölkerung von Jaffa und Tel-Aviv dem Gouverneur vorlegt, wurde ausgeführt: „In der Stadt herrscht eine Stimmung, die Verbrechen hervorruft, sanktioniert und begünstigt. Dem Pöbel ist der Glauben eingeflößt worden, daß die Regierung

keine ernste Absicht hat, die Juden zu schützen. Mörder und Plünderer prahlen offen mit ihren Taten."

Es sind aber doch von der Regel der Straflosigkeit zwei Ausnahmen gemacht worden.

Der jüdische Oberst Margolin, dem Tel-Aviv seine Rettung zu verdanken hat, wurde nach einigen Tagen abgesetzt.

Auch der Hafenkommandant, Major Jeune, der einzige christliche Offizier, der mit einem Revolver in der Hand das Haus der Chaluzim vor dem Mob und vor den Polizisten, die diesen Mob führten, verteidigte, wurde nach einigen Monaten vom Posten abgesetzt.

5. Mit der Untersuchung wurde, wie gesagt, Herr Kermak beauftragt. Um auch die Ursachen des Ereignisses aufzuklären, schuf Sir H. Samuel eine Kommission aus ihm untergeordneten Beamten. Der Bericht dieser Kommission wurde im Oktober 1921 veröffentlicht. Es ist ein polemisches Werk gegen den Zionismus mit Zitaten aus den „Times" und aus dem Londoner „Keren Hayessod Book". Es wird dort behauptet, daß die Juden mit „derselben Bestialität wie die Araber" sich benommen haben, daß die arabischen Notabeln sich bemüht haben, die Mörder zu beschwichtigen, daß das Verhalten des Militärs vorzüglich war und insbesondere, daß die Hauptursache des Pogroms in der Interpretation des Zionismus liegt, welche die Araber „von den jüdischen Interpretatoren erhalten haben". Diesem Schriftstück wurde eine Depesche des Sir H. Samuel beigefügt, in der er den Bericht seiner Untergebenen, die er selbst mit der Untersuchung der Ereignisse seiner eigenen Politik beauftragt hat, als eine „ausführliche und unparteiische" Uebersicht befürwortet.

6. Bevor dieser Bericht erschienen war, wurde die Deklaration vom 3. Juli 1921 veröffentlicht. Ich könnte beweisen, daß diese Deklararation, obwohl sie auch gleichzeitig in England veröffentlicht wurde, von der ersten bis zur letzten Zeile in Jerusalem verfaßt worden ist. An die Grundrisse kann sich jeder erinnern: Kein Wort des Tadels für die Pogromhelden, kein Wort der Androhung mit der gesetzlichen Strafe, dafür werden aber die Zionsten getadelt, die zu weitläufig die Balfour-Deklaration deuteten, und zum Schluß das Versprechen der Einschränkung der Immigration.

7. Es beginnt dann das Jahr jener Politik, die aus Palästina ein Land des offiziellen Antisemitismus gemacht hat. Ganz merkwürdig ist es, daß sogar englische Juden, die in England erzogen waren und nirgends, weder in der Schule, noch in der City, noch im Dienst derartiges gesehen haben, konstatieren, daß die Verwaltung ganz offen eine erstickende Atmosphäre hervorruft und daß das Zurückstellen der Juden im Dienste sowie im geschäftlichen Leben als eine patriotische Pflicht angesehen wird. Sir H.

Samuel ist all dies gut bekannt, und doch rechtfertigt er alles in seinen zahlreichen offiziellen Unterredungen sowie auch in seiner Privatkorrespondenz. Seine rechte Hand wird jener Herr Richmond, der an die Echtheit der „Protokolle der Weisen von Zion" glaubt und der ein offener Gegner der Verstärkung des jüdischen Elements in Palästina ist.

Er ist jedoch ein korrekter Mann, und da er wußte, daß man mit ihm sehr unzufrieden sei (besonders deshalb, weil er Knüppel zwischen die Speichen jeder jüdischen Initiative, sogar der rein kaufmännischen Charakters, steckte), ersuchte er eines Tages Sir H. Samuel um seine Demission. Sir H. Samuel verweigerte die Annahme der Demission, dafür wurden jüdische Beamte einer nach dem andern entlassen.

8. Als Höhepunkt der Tätigkeit des Sir H. Samuel in Palästina kann nach dem Jaffaer Zwischenfall das „Weißbuch" betrachtet werden. Dieses Buch ist, wie bekannt, von ihm eigenhändig geschrieben worden. Ihn und nicht Herrn Churchill mußten die Mitglieder der Exekutive zu überreden versuchen, die besonders schädlichen und erniedrigenden Stellen auszustreichen. Dieser Versuch hat aber keinen Erfolg gehabt. Das Buch wurde der Exekutive zur bedingungslosen Annahme vorgelegt mit der Drohung, im gegenteiligen Falle den Punkt 4 des Mandats (der Punkt wegen der Jewish Agency) einer Prüfung zu unterziehen. Diese Drohung wurde nur wenige Tage vor der Zusammenkunft des Völkerbundsrates ausgesprochen, nachdem die Zionisten so viele Mühe und immense Arbeit aufgebracht hatten, um die Genehmigung des Mandats zu erreichen.

Forderungen unter solchen Umständen und in derartiger Form haben im juridischen Sprachgebrauch einen ganz bestimmten und nicht sehr schmeichelhaften Namen, daher hat natürlich ein Einverständnis, welches in solcher Weise erzwungen war, beiläufig denselben moralischen Wert und dieselbe Verpflichtung wie die Taufe eines Maranen.

In früheren Zeiten haben sich an der „Bekehrung" der Juden zu „Maranen" Staatsmänner ganz anderer Art als die des Sir H. Samuel beteiligt. Die aktive Rolle eines Initiators, die dem Sir H. Samuel in dieser Angelegenheit zugefallen ist, kann als ein kühner, große Perspektiven eröffnender Präzedenzfall betrachtet werden.

9. Die nächste Tat des Sir H. Samuel war die sogenannte „Palästinensische Konstitution". Die Idee selbst ist absurd. England hat die Durchführung der Balfour-Deklaration auf sich genommen. Die Mehrheit der Araber wollte von dieser Deklaration nichts hören. Es bleibt also England die Wahl, entweder auf die Deklaration zu verzichten oder vorläufig ohne die Araber zu regieren. Sir H. Samuel hat aber einen dritten Weg vorgeschlagen,

und zwar die der Majorität unerwünschte Politik fortzusetzen und gleichzeitig eine offizielle Plattform für die Obstruktion und Sabotage der jüdischen Arbeit zu schaffen. Ich kann versichern, daß das Ministerium der Kolonien auch damit nichts zu tun hatte. Die Initiative gehörte dem Sir H. Samuel und die Verfassung des Projektes seinen höchsten Beratern.

10. Frisch in der Erinnerung ist noch der Mißerfolg der Wahlen. Man muß in die Einzelheiten eindringen, um zu begreifen, was für eine offensichtliche Belehrung, und zwar derselben Art, wie das Avancement der Herren Aref und Kermak, wieder einmal den Arabern gegeben wurde. Unter Androhung von Gefängnis und Geldstrafen ist dreimal das Verbot der Agitation gegen die Wahlen verkündet worden. Diese Agitation wurde aber offen geführt und natürlich ist niemandem etwas geschehen. Nur e i n e Gruppe hat moralische Verluste erlitten. Das ist diejenige arabische Gruppe, die, um Sir H. Samuel zu unterstützen, bei den Wahlen erschienen war, die doch 107 mohammedanische, 19 katholische und 8 russisch-orthodoxe Wahlmänner aufgestellt hatte. Schon früher hörte man, daß die Regierung mit der geringen Zahl der Araber, die mit den Juden im Einvernehmen leben und die judophile Vereine gründen, unzufrieden ist. Noch nie waren aber die Begünstigungen für den Antisemitismus so deutlich sichtbar; noch niemals wurde so offen manifestiert, daß es für keinen Araber Sinn hat, gegen den Strom zu schwimmen und die Balfour-Deklaration zu unterstützen, da die Regierung mit solchen Leuten gar nicht rechnen wird.

„Man hat uns in die Augen gespuckt", schreibt mir ein Araber, mit dem ich befreundet bin, „was für einen Sinn hat es, eine Regierung zu unterstützen, die ihre Freunde in Stich läßt (leave in the lurch)". Für die Juden war die Aufhebung der Wahlen eine noch größere Demütigung, sie sind mit schwerem Herzen gegen die eigenen Interessen, nur um den Sir H. Samuel herauszuhelfen, zu den Wahlen gegangen. Es ist aber bei uns nicht mehr Sitte, die jüdischen Erniedrigungen zu berücksichtigen.

11. Der vorletzte Akt der Karriere ist in demselben Stil „der Prämie" gehalten. Da eine gesetzgebende Körperschaft durch die Araber gesprengt wurde, wird das frühere Beratungsorgan wiederhergestellt. Es ist aber zu einer Aenderung gekommen. Im früheren „Advisory Council" waren 30 % Juden, in dem neuen aber werden es nur mehr 18 % sein.

12. Der letzte Akt (vorläufig der letzte) ist die Freilassung des Scheichs Abu-Kischek. Die Umstände dieser bübischen Ausschreitung, ich finde kein anderes Wort dafür, sind derart, daß nichts anderes übrig bleibt, als das offizielle Palästina hinter die Grenzen der Kultur und Zivilisation zu stellen. Einer halbwilden Bevölkerung wird eingeflößt, daß ein gerichtliches Straferkenntnis keine Vollstreckung der Pflege der Gerechtigkeit,

sondern eher eine Geiselnahme ist. Wenn sich gewisse Zwei versöhnen, so wird Abu-Kischek freigelassen, wird aber dies nicht der Fall sein, so muß Abu-Kischek weiter im Gefängnis schmachten. Und bei diesem schändlichen Handel wird gar nicht berücksichtigt, ob Abu-Kischek schuldig ist oder nicht. Noch ärger ist eine andere Belehrung, die der syllogistische arabische Verstand sich merken wird. „Bist du ein Scheich, hast du eine Bande gesammelt, eine jüdische Kolonie überfallen und bist du dafür ins Gefängnis eingesperrt worden, so gibt es nichts Einfacheres, als sich daraus zu befreien! Zu diesem Zweck muß nur eine Vereinbarung vorgeschlagen werden, daß diese Kolonie von unserem Dorfe nicht mehr geplündert werde."

Sir H. Samuel treibt (auch im allgemeinen, abgesehen vom Zionismus) ein gefährliches Spiel mit einem Volke, welches auf der Grenze des Kindesalters und der Reife, also zwischen Primitivität und Kultur, steht. Solche Wege führen zum Verderben des Gewissens der Massen.

* * *

Die amerikanische Resolution behauptet zugunsten des Sir H. Samuel, daß unsere praktischen Unternehmungen immer seine Unterstützung fanden. Das beruht allerdings nicht auf Wahrheit. Eine der wichtigsten Konzessionen, die die Juden erhalten haben, wurde ein Jahr lang von Sir H. Samuel mit der Begründung zurückgewiesen, daß er mit ihr nur dann sich einverstanden erklären wird, wenn auch die „arabische öffentliche Meinung" darauf eingeht. Man war gezwungen, in London zu intervenieren und Sir H. Samuel bekam darauf aus dem Ministerium den Vorschlag zur Unterschrift der Konzession. Auf gleiche Obstruktion stießen auch andere kleine Konzessionäre. Man sah einmal diesen, einmal jenen in London, wo sie sich bemühten, manchmal mit Erfolg, das Netz der Hindernisse und Schikanen, die von Herrn Richmond ausgingen und von Sir H. Samuel sanktioniert wurden, zu entwirren. Die Ica stieß auf gleiche Obstruktion beim Ankauf der Dünen in Caesarea. Die Legionäre flehen schon seit drei Jahren vergeblich um ein Stück Land. Im Oktober vorigen Jahres erhob die Palästinaexekutive einen Protest gegen den Beschluß, jüdischen Boden in Kalendia zu enteignen und schrieb an Sir H. Samuel: „Wir müssen den Schluß ziehen, daß die Kolonie Kalendia nicht deshalb enteignet werden soll, weil sie angeblich natürliche Vorteile für Fluganlagen besitzt, sondern einfach aus dem Grunde, weil sie den Juden gehört; die jüdische öffentliche Meinung wird aber nicht so respektiert wie die arabische . . . Die Exekutive erblickt in dem von Ew. Exzellenz festgesetzten Prinzip eine für die Zukunft der Juden im Lande schädliche Doktrin. Wir sehen uns gezwungen, das Verhalten der Regierung zum jüdischen Ackerbauer dem zum

nichtjüdischen entgegenzustellen. Im Jordantal wurden große Parzellen des Staatsbodens unter günstigen Bedingungen unter die Araber verteit, die Juden erhielten aber nichts . . . Die Versuchsstation in Dagania sollte verabredungsgemäß 1000 Dunan erhalten, aber auch diese wurden den Arabern gegeben . . . Leider mußten wir all diese Tatsachen aufzählen — was uns schwerer fällt zu schreiben, als Ew. Exzellenz zu lesen . . .“ Ich habe nicht einmal ein Viertel der Tatsachen erschöpft, die die Palästinakarriere des Sir H. Samuel darstellt. Soll aber ein jeder für sich in Gedanken diesen, wenn auch unvollständigen, Katalog abschätzen. Die Beamtenschaft aus lauter Antisemiten; Beförderungen für Pogromagitationen und sogar für Ungesetzlichkeiten; Verdrängen der der zionistischen Bewegung gut gesinnten Elemente aus der Administration; Aufbürden der Schuld an den Pogromen auf die Juden selbst; Sperrung der Einwanderung; das Weißbuch und die damit verbundene Erpressung; Obstruktion gegen jede erfaßbare Form ökonomischer Tätigkeit der Juden; Erniedrigung der jüdischen Würde auf Schritt und Tritt; Palästina wird zu einem Land, wo das Singen der Hatikwah verboten ist; aber das Singen auf den Plätzen von „Unsere Juden sind Hunde“ ist erlaubt . . . In Anbetracht aller dieser Tatsachen muß man sagen: Wie gut die inneren Absichten des Sir H. Samuel auch sein mögen, bleibt es — objektiv genommen — ein Rekord, auf welchen ein beliebiger neomagyarischer oder altrussischer Gouverneur mit Recht stolz sein könnte.

Die guten Menschen in unserer Mitte bemühen sich, eine Erklärung dafür zu finden, und deshalb ziehen sie es vor, zu glauben, daß Sir H. Samuel nicht verantwortlich gemacht werden kann, da er alles auf den Befehl der „Gojim“ aus dem Ministerium für Kolonien tat. Ich bin überzeugt, daß Sir H. Samuel der erste wäre, der sich entrüstet gegen solch eine Verleumdung aufgelehnt hätte, daß er imstande wäre, eine antisemitische Politik auf Befehl und gegen seine Ueberzeugung zu führen. Von irgendwelchen Befehlen kann hier keine Rede sein. Lloyd George gab Sir H. Samuel carte blanche; weder Churchill noch — bis jetzt — der Herzog von Devonshire taten einen Schritt, der nicht seiner Initiative entsprach. Sein Vorgehen zur Zeit des Pogroms in Jaffa, besonders der Rücktransport des Einwandererschiffes, erweckten im Ministerium für Kolonien sogar unverhüllte Verstimmung. Diese drei Jahre herrschte in Palästina Sir H. Samuel und kein anderer.

Dieselben guten Menschen versuchen, einen „lichten Punkt“ darin zu finden, daß in Palästina bereits monatelang kein Pogrom stattfand, und rufen: „Sollte für dieses Verdienst nicht vieles verziehen werden?“ Diejenigen, die so sprechen, glauben wahrscheinlich, daß die Araber aus purem Vergnügen die Juden töten.

Eine ganz unrichtige Auffassung. Der arabische Nationalismus ist genau so praktisch wie der unsere: in der Wirklichkeit behält er eine reale Tatsache im Auge, die Immigration, und nur sie allein ist das, wovor er Angst hat. Er hat vor sich die Erfahrung des Jahres 1922. Wenn man ausrechnet, wieviel Juden nach Palästina kamen und wieviel in diesem Jahre zurückwanderten, so bleibt kaum ein größerer Ueberschuß als der natürliche Zuwachs unter der einheimischen Bevölkerung. Gleichzeitig brachten die Juden vom Oktober 1921 bis Oktober 1922 nach der Berechnung der Herren Van Vriesland über zwei Millionen nach Palästina mit. Unter solchen Bedingungen — nicht mehr als sechstausend ansässige Immigranten jährlich und dabei eine jährliche Geldquote von 2 Millionen Pfund Sterling — könnte man auch mit der arabischen Delegation einig werden. In diesem Sinne förderte Sir H. Samuel zweifelsohne den Burgfrieden im Lande. Je weniger Immigranten, desto weniger Reibungen. Es wird noch weniger Reibungen geben, wenn man den Zionismus überhaupt liquidiert, sowohl phraseologisch als sogar auch deklarativ.

Entstehen also zwei Fragen: die erste — „warum und wieso konnte es geschehen, wieso konnte ein jüdischer Gouverneur so handeln?“ Die zweite — „was ist nun zu tun?“

Die erste Frage verdiente es nicht, daß man sich mit ihr beschäftigt, wenn sie nicht das jüdische Gewissen der ganzen Welt so quälte. Für die praktische Politik ist ganz gleich, was im Herzen des Sir H. Samuel vorgeht, wenn vor Augen aller ein so beispielloser Rekord liegt. Vielen Tausenden Juden gibt es doch keine Ruhe. Vor drei Jahren begrüßten die Juden Sir H. Samuel mit Glauben und Entzücken. Jetzt fragen sie: Was ist geschehen? Ist das Verrat, Karriere, Beschränktheit? Auf wen soll man nun hoffen, nach so einer Enttäuschung? Wir dachten den geeignetsten Mann gewählt zu haben, und was sehen wir nun? Heißt das nicht, daß unsere ganze Sache hoffnungslos ist?

Solche Gedanken bringen zur Verzweiflung. Und deshalb müssen wir uns ein für allemal klar machen: Nicht unsere Sache ist hoffnungslos, sondern in der Wahl des Mannes haben wir gefehlt. Wie ich bereits gesagt habe, zweifle ich die guten Vorsätze des Sir H. Samuel nicht an. Er wünscht nicht nur Gutes den Juden, er ist auch ein Zionist im Sinne des Endzieles. Die Antisemiten, die ihn umgeben, tragen sich jetzt mit der Phrase „Kulturzentrum“ herum. Sir H. Samuel persönlich hält diese Phrase für einen leeren Schall. Er glaubt nicht an eine nationale Kultur ohne eine starke nationale Oeffentlichkeit. Ich möchte noch eine Tatsache erwähnen, die in den Augen des Schreibers dieser Zeilen ein großes Plus darstellt: Sir H. Samuel bemühte sich mehrere Male,

daß man die jüdische Legion in Palästina nicht auflöse. Wenn Sir H. Samuel Redakteur des „Zionist Review“ wäre, so wären seine Leitartikel sehr aufrichtig gewesen und hätten oft ganz richtige Bemerkungen aufgewiesen. In seine jetzige Rolle paßt er garnicht, er ist in dieser Rolle hilflos, inkompetent und direkt schädlich allen drei Seiten: uns, den Anderen und England. Wundern muß man sich darüber garnicht. Im jüdischen Alltag findet man einen solchen Typus oft, es gibt sogar ein Sprichwort: „Ich verstehe wi me schwimmt, ober schwimmen kenn ich nit“. . Um besser zu verstehen, wie diese uns so gut bekannte Psyche auch in der höheren Administration vorkommt, ist es sehr nützlich, sich an zwei Episoden aus der Tätigkeit des Hir H. Samuel noch vor seiner jetzigen Ernennung zu erinnern. In beiden Fällen — einmal im Verhalten zu den Juden und Engländern, das zweitemal zu den Arabern — zeigte sich das reine „Gehirnverständnis“ im Zusammenhang mit einer organischen Unfähigkeit, die reale Temperatur zu empfinden oder die realen Dinge zu sehen. Im Jahre 1916, noch in London, drohte er als Minister des Innern, daß die Emigranten (russische Juden), falls sie sich nicht zum Militärdienst melden, mit Gewalt in das zaristische Rußland abgeschafft werden. Er war dabei ehrlich überzeugt, daß seine Drohung einerseits alle Juden in die Armee treiben, andrerseits einen ausgezeichneten Eindruck auf die Engländer machen und die anwachsende gefährliche Aufreizung gegen Whitechapel zerstreuen wird. Es hat sich allerdings herausgestellt, daß kein Emigrant sich im Rekrutenbureau einfand und daß in der Presse wie in den beiden Häusern im Chor Sir H. Samuel bemerkt wurde, daß solch eine Drohung unanständig sei und, von einem Minister ausgesprochen, England kompromittierte.

Der zweite Fall war in Palästina zur Zeit seines ersten Besuches. Die Araber bemühten sich um die Erlaubnis, eine Straßendemonstration gegen den Zionismus zu veranstalten. General Bols fragte bei Sir H. Samuel an, bevor er eine Antwort darauf geben wollte. Sir H. Samuel gab den Rat, sie zu erlauben, „um das Ventil zu öffnen und Dampf entweichen zu lassen“. Einflußreiche Juden versuchten, ihm zu erklären, daß solch eine Metapher von Ventil und Dampf für Europa wohl anwendbar wäre; hier aber im „Diluviallande“ sei die Bevölkerung seit uralten Zeiten in dem Bewußtsein erzogen, daß die Regierung, falls sie solche Demonstrationen zuläßt auch ein Gemetzel wünscht. Die Folgen sind gründlich im Gedächtnis geblieben. In diesem Moment aber möchte ich nicht auf die Folgen, sondern auf die charakteristische Besonderheit derselben hinweisen: Eine Massenpsychologie aus eigenem Kopf zu „konstruieren“ auf Grund irgendwelcher mechanischer Syllogismen, anstatt einfach die Augen zu öffnen und mit der Hand zu tasten.

Im Alltagsleben nennen wir so eine Geistesverfassung eine „Eschibothsche", in der hohen Politik nennt man sie höflicher, die „Advokatenpsychologie". Ein Staatsmann mit einer Advokatenpsychologie lebt und handelt in der Ueberzeugung, daß die Welt ein Gerichtssaal ist, wo der siegt, der besser argumentiert, ergo argumentiert er. Diejenigen, die sich an das Jahr 1917 in Rußland erinnern können, behaupten, daß eine solche Psychologie keineswegs ein Monopol der Juden darstellt. Dies ist möglich; sie vermochte sich aber kaum so vollendet zu verkörpern, wie in der Person des Sir H. Samuel. Er war fest überzeugt von der Macht seines Arguments: es ist doch ganz klar, daß die Balfour-Deklaration eine ausgezeichnete Sache ist und daß kein Mensch durch ihre Verwirklichung geschädigt sein wird; wenn das also klar ist, so werden es auch die englischen Beamten und Araber verstehen, man muß sie nur aufklären. Aus diesem Grunde also ist es gar nicht notwendig, die Antisemiten des alten Regimes der Posten zu entheben: man muß sie nur aufklären, und alles geht ins neue Geleise. Auch Aref-el-Aref kann man aufklären, den arabischen Kongreß kann man aufklären usw. Allerdings ist Sir H. Samuel nicht so naiv, zu denken, daß die „Aufklärungen" nur in der Form von seltsamen Gesprächen zu geben sind. Ganz im Gegenteil: die Form wird variiert: gleichzeitig mit den Reden und Interpretationen sollen auch augenscheinliche Belehrungen, besondere Kniffe der Justiz und Administration, besondere Nuancen der Gesetzgebung Platz haben. Das alles soll dem Hauptziel — der Propaganda — dienstbar gemacht werden. Zur Propaganda soll man die Pogromhelden auf freien Fuß setzen, unehrliche Richter im Dienst befördern, mit den Anstiftern Nachsicht haben, die Juden erniedrigen und vor ihren Feinden Kratzfüße machen. Dies alles nur deshalb, damit die Feinde die wirkliche Einsicht bekommen, daß „National Home" kein gefährliches Ding ist. Nichts ist ungerechter, als daß man Sir H. Samuel eines Verrates verdächtigt, indem man ihm vorwirft „Jerusalem vergessen zu haben". Ganz im Gegenteil: Das Alpdrücken des All-Hamanismus, das er in Palästina erzeugt hat, konnte nur deshalb entstehen, weil Sir H. Samuel sich nicht als Administrator, sondern als Propagandist benahm. Er betrachtete als seine vornehmste Aufgabe nicht die Aufrechterhaltung der Ordnung im Lande, sondern die Schaffung eines neuen Arguments zur Apologetik des „National Home". Er entwürdigte die Idee des britischen Mandates bis zu einer Agentur zur Verbreitung von richtigen Informationen über die Balfour-Deklaration und über den Zionismus.

Diesen letzten Satz hörte ich von einem Araber, nur sagte er: „Zur Verbreitung u n r i c h t i g e r Informationen". Ich wage zu behaupten, daß auch diese Version ihren Grund hat. Wenn man die Araber offiziell zu überzeugen versucht, daß der Zionismus

nur Palästina zu bereichern „bestrebt ist“ und vielleicht auch nebenbei ein wenig die jüdische Bevölkerung im Lande zu vergrößern (so ist der Sinn des Weißbuches) — so bildet das alles unstreitbar eine Verbreitung von wissentlich unrichtigen Informationen. Von Sir H. Samuel angefangen bis zum letzten Beduinen verstehen alle in Palästina sehr gut, daß der Zionismus ganz andere Perspektiven „verfolgt“, und zwar das Ziel, die Majorität zu erlangen, mit allen aus dieser für ein Staatswesen entstehenden Folgen. Auch sind die Araber fest überzeugt, daß jeder Chaluz, jede Chaluzah diese Wünsche hege, zu guter Letzt selbst Sir H. Samuel. Von diesem Standpunkt aus gesehen, erklären sich die Araber im allgemeinen die Taktik des Sir H. Samuel folgendermaßen: Er will sie überzeugen, daß der Zionismus eine winzig kleine anspruchslose Bewegung ist, in der Hoffnung, die Araber dadurch einzuschläfern, inzwischen aber kriechen die Juden unbemerkt in das Land herein und eines schönen Morgens . . .

Entspräche es den Plänen des Sir H. Samuel oder nicht, es ist belanglos; kein Plan kann gelingen, wenn die Methoden unsinnig sind. Wenn ein Mensch, anstatt die 60 notorischen Antisemiten auseinanderzujagen, mit ihnen zusammenarbeitet und Freundschaft schließt, so ist das einzige Ergebnis etwas, was man „botel beschischim“ nennt. Wenn zur Aufgabe der Justiz nicht die Ausübung der Justiz, sondern die Verherrlichung der britischen Unvoreingenommenheit und der jüdischen Sanftmut wird, so kommt es zu einer rechtlichen Demoralisation. Die Araber zu überzeugen, daß der Zionismus eigentlich nichts bestrebt, ist undenkbar; sie verstehen unser Vorhaben genau so gut wie wir. Der Traum von einer „unischtbaren“ Immigration, bemäntelt von einer beschwichtigenden Propaganda, ist der Traum eines Analphabeten. Es gibt keine unsichtbare Kolonisation. Die Methode des Sir H. Samuel, diese Kreuzung eines ehrlichen Nichtverständnisses mit kindlicher Schlauheit, konnte nur dazu führen, wozu es auch gekommen ist: zum Chaos im Lande, zum Sinken des Immigrationsenthusiasmus, zur Flucht Hunderter aus Palästina, zur Enttäuschung in der Diaspora, zur Verarmung der zionistischen Kassen und zu jener Verzweiflung unter den Trägern der Bewegung, die sie die Hintertreppe des „Geldsacks“ zu belagern zwang.

* * *

In diesem Artikel stelle ich nicht die Frage auf, auf welchem Wege man die Beseitigung schlechter Administratoren und die Einstellung von guten erzwingen könnte. Das bildet einen Teil der allgemeinen Fragen, der Wechselbeziehungen zwischen uns und der britischen Regierung. Darauf kommen wir noch einmal zu sprechen. Jetzt interessiert mich in dem Streit, ob die Demission des Sir H. Samuel erwünscht ist oder nicht, nur eine

Seite: und zwar, der in manchen jüdischen Kreisen verbreitete Aberglaube, daß man einen Administator — wenn er Jude ist — mag er noch so schlecht und schädlich sein, nicht „anrühren“ soll. Dieser Aberglaube entbehrt jeden Sinnes.

Erstens, es ist eine Schande für uns, daß ein Jude, der als oberster Kommissär nach Palästina entsendet wurde, sich als ungeeignet erwies. Die christlichen Völker enttäuschen sich alljährlich in ihren christlichen Kommissären, lassen sie den Abschied nehmen und schämen sich dessen garnicht, obwohl sie mehr für ihre von ihnen auch gewählten Minister verantwortlich sind als wir Juden für Sir H. Samuel, der nicht von uns ernannt wurde. Wenn auch die Ernennung des Sir H. Samuel seinerzeit den Sinn eines Präzedenzfalles gehabt hätte, das heißt, daß auch in der Zukunft als Kommissäre nur Juden ernannt werden, so wäre es doch ungerecht zu verlangen, daß gleich der erste Versuch gelingt. Der Versuch ist also mißlungen, eine weitere Bedeutung messen wir dem nicht zu.

Zweitens, es gibt keine Gründe zur Annahme, daß die Konfession des Sir H. Samuel einen Präzedenzfall für künftige Ernennungen auf diesem Posten in Palästina darstellt. Weder in dem Ministerium für Kolonien noch auf dem Oelberg betrachtet man die Sache von diesem Standpunkt.

Wenn man sich auf diesen Standpunkt stellt, daß für uns wichtig ist, einen jüdischen Gouverneur zu haben, möge er auch ganz unmöglich sein, nur aus dem Grunde, ein „Symbol“ ein „Schild“ usw.*) zu haben, auch dann muß man sich vergegenwärtigen, daß die Langlebigkeit eines Symbols durch nichts garantiert ist, wir aber erleiden keinen symbolischen, sondern einen realen, tiefen und vernichtenden Schaden.

Drittens, es ist die höchste Zeit, laut zu sagen, daß ein leeres Symbol keinen Pfifferling wert ist. Die „Marseillaise“ wird nicht gesungen, damit ich stramm stehe und findige Leute inzwischen mein Haus ausplündern. Die blauweiße Flagge, unter der sich schwarze Ware befindet, bleibt nur ein Fetzen. Unsere Vorliebe für Symbole ist eine der ältesten Krankheiten unseres Ghettos. Noch unsere Väter fanden darin Trost: „Wenn sie auch keine allgemeine Aufenthaltsbewilligung haben, so ist doch Horatius Günsburg ein Baron“. Jetzt versuche man uns einzureden, daß die Juden jedes Interesse an Palästina verlieren, wenn man auf dem Oelberg statt Chanukalichter einen Christbaum anzündet. Das sind leere Phrasen. Nach dem Pogrom in Jaffa sagten sogar die Orthodoxen aus Mea-Schearim laut, daß sie selbst das Beten in der Synagoge zu verrichten verstehen, den Statthalter brauchten

*) Anmerkung des Verf.: Die Terminologie ist sehr reich, denn andere Beweise, mit Ausnahme von diesen, sind den Anhängern des Sir H. Samuel nicht geblieben und sie schärfen und polieren auf jede Weise ihre letzte Waffe.

sie lediglich zum Schutz der bürgerlichen Sicherheit. Ein symbolischer Administrator ist ein Köder: das einzige, was er heranziehen kann, sind wieder Symbole, das heißt Resolutionen statt Geld, Resolutionen statt Immigration.

Viertens, ist die Epopöe des Sir H. Samuel ein Präzedenzfall dann nur in einem Sinne, und zwar in dem traurigen. Unser Schweigen als Antwort für die drei Jahre der systematischen Zerstörung von all diesem, was uns teuer und wichtig war — bildet den unausrottbaren Präzedenzfall. Wenn es einmal im Falle einer Ernennung eines dem Sir H. Samuel würdigen Nachfolgers mit unserer Geduld zu Ende ist, so sehen wir uns der Möglichkeit zu protestieren beraubt. Man wird uns fragen: „Warum erlaubt ihr Johnson oder Smith nicht das, was ihr Samuel erlaubt hättet?" Auf solche Fragen gibt es keine Antwort. Mit Bitterkeit müssen wir mit einem Tadel gegen uns selbst gerichtet schließen: Nur durch das Fehlen eines starken Rückgrates erblühte und festigte sich jenes System in Paläsina, und nur durch unser Verschulden droht es zu einer Tradition zu werden.

MAJORITÄT.

I.

An den ersten Anfängen des politischen Zionismus finden wir das Wort „Der Judenstaat". Im Zeichen dieses Wortes ist die zionistische Organisation und der politische Zionismus geboren worden. Heute ist dieses Wort ungebräuchlich, wir sprechen vom „National Home". Ein Ausdruck, der schwer zu übersetzen und so undeutlich ist, daß alle Diplomaten und Politiker daran ihre Freude haben. Wir Zionisten, die für fest umrissene Rechte und Aufgaben kämpfen, müssen die Bedeutung dieses Wortes so eindeutig festlegen, daß niemand daran zu rütteln wagt.

Zum ersten Male begegnen wir dem Ausdruck „National-Home" in der Balfourdeklaration. Ihr Text war von den Führern der zionistischen Bewegung mit der englischen Regierung vor der Veröffentlichung vereinbart worden. Mit „National-Home" hat die zionistische Exekutive die Worte „Nationale Heimstätte" des Basler Programmes übersetzt.

Der geistige Autor dieses Programms Theodor Herzl hatte nur ein Ziel — den „Judenstaat". Nur aus Rücksicht auf den mißtrauischen Beherrscher Palästinas Abdul Hamid formulierte der Kongreß ein diplomatisch unauffälliges Synonym seiner wahren Bestrebungen. Unzweifelhaft, daß dieser wahre

Inhalt des Ausdrucks „Nationale Heimstätte" der zionistischen Exekutive zu eigen war, als sie der englischen Regierung das Versprechen eines „National Home" vorschlug, eines bis dahin unbekannten Begriffes der völkerrechtlichen Terminologie. Von der Auffassung der englischen Regierung zeugt aber eine Note des Petersburger Botschafters Sir G. Buchanan vom 13. März 1916, — jetzt aus den Archiven der Sowjets veröffentlicht, — die sagt: Das Recht der freien jüdischen Einwanderung nach Palästina scheine ihm genügend, um die Juden für die Sache der Entente zu begeistern; man müsse zusagen, „sobald ihre Kolonisten zahlreich genug im Lande seien, um der einheimischen Bevölkerung die Wage zu halten, ihnen die Administration über ganz Palästina (mit Ausnahme Jerusalems und der heiligen Stätten) zu überlassen." Im englischen Text nennt dies Buchanan ein verbindliches Abkommen, ein „Arrangement". Dieser Bericht datiert eineinhalb Jahre vor der Veröffentlichung der Balfourdeklaration und zeigt deutlich den wahren Willen der Vertragspartner, zeigt die dem geschichtlichen Werdegang entsprechende Interpretation des Ausdruckes „National Home".

Auch im Mandat findet man genügend Hinweise, die diese Auffassung stützen. Die Einleitung (Préambule) enthält die berühmte Phrase von den historischen Rechten des jüdischen Volkes auf Palästina und der „Wiederherstellung" des jüdischen „National Home". Wiederherstellen kann man aber nur, was einmal war und das ist die Form eines in seiner Souveränität begrenzten, aber doch autonomen jüdischen Staatswesens. So war auch die Psychologie der Staatsmänner, die das Mandat schufen. Denn wir Zionisten und viele der europäischen leitenden Staatsmänner haben die Ursache der Judennot nicht in der Bosheit, in sadistischer Verfolgungswut der Bevölkerung gesucht, sondern im objektiven Umstande, daß wir Juden in der Diaspora immer wieder eine Minderheit bilden, die von der Mehrheit bald mehr, bald weniger unangenehm empfunden wird. Daher kann die Lösung der Judennot, die sittliche Wiedergeburt des Unterdrückten nur in einem Palästina gefunden werden, wo eine jüdische Mehrheit sich selbst regiert und nicht den Schutz einer andersnationalen Bevölkerung benötigt. So hat es auch Sir Herbert Samuel verstanden, als er in einer Rede (1919) erklärte: „Das Ziel des Zionismus ist die allmähliche Ausgestaltung Palästinas mit Einschluß Transjordaniens zu einem jüdischen Staat (Common-wealth), d. h. zu einem selbständigen Staat, kontrolliert von einer jüdischen Mehrheit." Dies objektive Ziel des Zionismus können wir nicht verheimlichen. Ob wir es wollen oder nicht, ob wir schwören, daß wir es nicht im Sinne haben oder wir es auf unsere Fahnen schreiben, wir können es nicht ändern.

Lassen wir in unseren Gedanken einige Jahre verstreichen und stellen wir uns vor, der „Aufbau Palästinas" sei in seinen großen Zügen abgeschlossen und letzten Endes ist das Land dennoch mit einer nicht jüdischen Majorität. Es ist klar, daß so ein Land nur eine Variation der Diaspora sein wird. Die Mehrheit wird hier wie in jedem anderen Lande die Möglichkeit haben, die Minderheiten zu unterdrücken, zu b e drängen und gar zu v e r drängen. Daraus werden sich unausbleiblich dieselben materiellen und politischen Folgen ergeben, wie wir sie sonst in der Diaspora beobachten, und auch dieselben, genau dieselben geistigen Folgen bis hinauf zur allmählichen Assimilation in der Sprache und Kultur. Alles Gerede, daß die Luft Palästinas ganz besondere Eigenschaften besitze, die es nicht zulassen werden, daß die dortigen Juden, selbst wenn sie in der Minderheit sein werden, sich denationalisieren, — ist vages und grundloses Gewäsch. Anno dazumal ging das ganze palästinensische Judentum restlos zur aramäischen Sprache über, später machte sich seine Intelligenz die griechische Sprache zu eigen. In der uns näheren Epoche des alten Jischuw ließen wir uns ohne Gegenwehr arabisieren. Die gegenwärtige Hebräisierung des palästinensischen Judentums entwickelt sich bloß deshalb mit Erfolg, weil nach Palästina vornehmlich speziell abgestimmte Enthusiasten der nationalen Wiederauferlebung kommen, weil die arabische Kultur arm und schwach ist, und schließlich weil in Uebergangszeiten die gewöhnlichen Assimilationsgesetze nicht gelten. Aber wenn der „Aufbau" abgeschlossen sein wird, dann werden auf der Avantszene nicht „Zionisten", sondern einfach ortsgeborene Juden stehen. Normale Menschen mit normalem Ueberwiegen der Alltagsinteressen über die Ideale. Um dieselbe Zeit wird die arabische Kultur zweifellos eine nennenswerte Höhe erreichen. Dann wird, wie immer in Ländern mit gemischter Bevölkerung, eine normale „Osmose" der Nationalitäten einsetzen, bei welcher die Minorität sich letzten Endes assimilieren wird. Das sind lauter Gesetze des Zusammenlebens. Daß das Land Palästina oder gar Erez Israel heißt, ändert nichts an ihnen.

Gewiß muß zugegeben werden, daß dem Ausdruck „Judenstaat" Mängel anhaften. Ihm fehlt ein präziser, juristischer Inhalt. Was ist ein Staat? Frankreich ist ein Staat, aber auch Thüringen ist ein Staat. Neu-Südwales, ein Teil des australischen Staates, welch letzterer wiederum ein Teil des britischen Reiches ist, heißt ebenfalls „State". Mehr als das: mit vielen anderen hoffe und glaube ich, daß der Völkerbund mit der Zeit eine reale Macht sein wird. Dann werden die mächtigsten Staaten der Welt in mancher Beziehung dieselbe Bedeutung haben, wie etwa heutzutage Kentucki. Mir persönlich scheint

diese Portion von Staatsgewalt nach außen vollständig ausreichend für jedes beliebige Volk — selbst für das jüdische. Aber in bezug auf die Staatsgewalt nach innen ist der Ausdruck Judenstaat durchaus eindeutig: er bedeutet jüdische Majorität. Damit hat der Zionismus begonnen, damit lebt er, damit wird er erfüllt werden oder er wird untergehen.

Das dies alles für jedermann mit gesunden Sinnen vollständig klar ist, so ist die Majoritätsbildung objektiv und subjektiv das erste und letzte Ziel der ganzen zionistischen Bewegung und seiner gesunden Anhänger. Die, die dies nicht laut sagen, schweigen davon bloß deshalb, weil man über solche Selbstverständlichkeiten nicht spricht. Aber jeder normale Schekelzahler in Schaulen und jeder normale Chaluz in Galiläa sieht den Zweck all seiner Anstrengungen nur darin, daß Palästina schließlich ein Land mit einer jüdischen Majorität wird. Und deshalb bedeuten alle Beteuerungen, daß es uns auf diese arithmetischen Ansprüche nicht ankomme, nicht nur einen Versuch, sich selbst zu täuschen, sondern, in moralischer Betrachtung, etwas weit Schlimmeres. Es bedeutet einen Versuch, dritte Personen, namentlich die Araber irrezuführen. Mag sein, daß man sich dieses Betruges nicht bewußt ist, ich glaube es gern, aber die Sache wird davon nicht leichter. Betrug bleibt Betrug.

Ein unnützer Versuch zu betrügen. Denn man wird die Araber,oder wen sonst, in dieser Frage unmöglich betrügen können. Jeder noch so dumme Fellach, der vielleicht nicht einmal die Ausdrücke „Majorität" und „Minorität" kennt, versteht vortrefflich, was die Juden erstreben. Er wird es mit den naiven Worten ausdrücken: „Die Juden wollen stärker werden in Palästina als wir". Ihr könnt auf ihn einreden, so viel Ihr wollt, um ihn von dem Gegenteil zu überzeugen, er wird Euch niemals glauben, daß die Juden so viel Aufwand machen, bloß um für alle Zeiten schwächer zu bleiben, als die Nachbarn. Was aber die schreibkundigen Araber betrifft, so haben sie nicht allein von Majoritäten und Minoritäten gehört, sondern sogar vom Buche „Judenstaat". Deshalb betrachten alle Araber, ob schreibkundig oder nicht, alle unsere Versuche, das letzte Ziel des Zionismus zu sterilisieren, als vorsätzliche Betrugsabsicht.

Im Grunde verstehen das auch alle Zionisten, selbst die aus dem gemäßigten Lager, einige wenige ausgenommen. Aber viele von ihnen sagen: „Selbst wenn wir eine Majorität werden wollen, so ist es unklug, davon zu sprechen." Dabei verleihen sie ihrem Gesicht einen diplomatischen, politischen und verantwortungsvollen Ausdruck und sind sehr zufrieden mit sich. Dergleichen Redensarten sind bei uns sehr beliebt. Jeder Hanswurst versteht es, zu deklamieren: „Legionen müssen geschaffen werden, man spricht nicht davon," „Staaten werden gegrün-

det, nicht gepredigt" u. s. f. Mit ebensolchem Rechte könnte man sagen, daß auch Finanzen, Banken, Kolonien in aller Stille geschaffen werden müssen.

Ja „müssen"! Aber bei den Bedingungen des jüdischen Lebens ist es ein undenkbares Ding, und deshalb sind alle Ratschläge über den Nutzen wortlosen Schaffens nur müßiges und leichtsinniges Geschwätz. In der jüdischen nationalen Bewegung gibt es keine Gewalt, die Zwangsmaßnahmen treffen kann, und damit ist alles gesagt. Wenn man Geld oder Menschen braucht, so kann man diese Menschen oder die Beträge nur dadurch mobilisieren, daß man auf den Enthusiasmus der Massen oder Individuen einwirkt. Einwirkung auf den Enthusiasmus heißt Agitation. Eine Agitation kann aber nimmermehr wortlos sein. Am allerwenigsten, wenn es sich um eine Volkschaft handelt, die auf allen Seiten des geographischen Atlas verstreut ist.

POLITISCHE OFFENSIVE.

In diesen Jahren des langsamen Rückzuges von den „gefährlichen" Stellungen haben sich die wahren Umrisse des Zionismus in unserem Bewußtsein verwischt, verschmiert. Um die Bewegung zu sanieren, muß der ganze Schutt von Ausreden und Ausflüchten weggefegt werden, und die Welt muß daran erinnert werden, was wir erstreben.

Zunächst muß die grundlegende Wahrheit im Gedächtnis aufgefrischt werden, nämlich, daß das Ziel des Zionismus die Schaffung eines Judenstaates ist.

Zweitens müssen wir und die Welt daran erinnert werden, daß dieses Ziel nur durch die sogenannte „Massenkolonisation" erreicht werden kann. Zur Verwirklichung des Zionismus, das heißt zur Schaffung einer jüdischen Majorität in Palästina, nicht etwa einer neuen Stätte der Diaspora, ist für die Kolonisation ein Maßstab erforderlich, der in keinem Vergleich steht mit der gegenwärtigen, in homöopathischen Dosen verabreichten „Immigration". Es müssen zehntausende neuer Ansiedler jährlich ins Auge gefaßt werden. Das ist ein sehr großer Maßstab. Für ein kleines Land ein Massenmaßstab. Es möge, wem es beliebt, ein wissenschaftliches Gesicht machen und den Beweis antreten, daß eine Kolonisation in einem solchen Maßstabe unmöglich sei. Aber dann ist auch der Zionismus unmöglich. Aber alle die, die wie wir ihr Programm auf dem Prinzip „unter allen Umständen" aufbauen, müssen die unvermeidliche Schlußfolgerung machen: die Methode des Zionismus ist Massenkolonisation.

Drittens müssen wir und die ganze Welt daran erinnert werden, daß Palästina auch Transjordanien einschließt. Das erhellt aus der Geschichte, aus dem Mandat und insbesondere aus der Betrachtung der kolonisatorischen Möglichkeiten. Transjordanien hat eine größere Fläche als Westpalästina, verfügt über den fruchtbarsten Boden des ganzen Landes und zählt eine Bevölkerung von 100 000 Menschen gegen 750 000 in Westpalästina. Daraus ergibt sich die dritte Folgerung: Massenkolonisation nach beiden Seiten des Jordans.

Viertens muß in unserem Gedächtnis die Wahrheit aufgefrischt werden, daß die für das ganze Unternehmen erforderlichen Geldmittel nur durch eine wirkliche, offiziell garantierte öffentliche Anleihe mobilisiert werden können. Die ganze Idee des Keren-Hajessod ist auf dem Weg von Kompromissen aus der Idee einer nationalen Anleihe entstanden (s. Protokolle der Londoner Konferenz). Eigentlich ist auch der Keren-Hajessod mit seinen Losungen von Maasser, Certifikaten und Dividenden der Idee nach eben ein Ersatz der nationalen Anleihe. Aber diesem Surrogat mangelt es an einer Sache: an offiziellen Garantien. Eben deshalb ist auch der Keren-Hajessod nur ein Ersatz und keine Anleihe. Eben deshalb kann er niemals diejenigen Mittel auftreiben, die nötig sind zur Finanzierung der Kolonisation im Massenmaßstab. Schon lange und laut unterhalten sich darüber sowohl die Führer der Bewegung wie der Gemeinden. Es braucht auch hier bloß die Schlußfolgerung formuliert zu werden: Zur Finanzierung der zionistischen Kolonisation, soweit dazu Staatskapitalien (also abgesehen vom Privatkapital der Ansiedler oder vom Geschäftskapital der Unternehmer) nötig sind, ist eine offiziell garantierte nationale Anleihe erforderlich.

Unsere Losungen besitzen eine besondere wichtige Eigenschaft: sie alle, sogar die „Massenkolonisation" und die „nationale Anleihe", bedeuten in erster Linie p o l i t i s c h e Forderungen. Das heißt nicht, daß zu ihrer Verwirklichung ein politischer Erfolg allein ausreicht. Aber das bedeutet, daß der Kampf auf einer rein politischen Arena eine unentbehrliche Voraussetzung für sie ist.

In bezug auf zwei Losungen ist das an und für sich klar: die Interpretierung des Mandates im Sinne der Wiederherstellung des jüdischen Staatswesens und die Einbeziehung Transjordaniens in das Kolonisationsgebiet kann nur durch Einwirkung auf die politischen Faktoren erreicht werden.

Aber für eine Massenkolonisation, — richtiger für jede Kolonisation — ist die Einwirkung auf die politischen Faktoren eine V o r b e d i n g u n g. Nicht nur eine große Kolonisation, sondern auch eine kleine Kolonisation ist nicht möglich dort,

wo die politische Atmosphäre nicht g ü n s t i g ist für sie. Das braucht nicht bewiesen zu werden für die einfachsten Formen der „Ungunst", wie Immigrationsbeschränkungen oder Immigrationsverbote (und diese werden, das ist allen klar, nicht ausbleiben können, sobald sich nur die arabischen Einflüsse auf die Verwaltung des Landes verstärkt haben). Aber es handelt sich nicht nur um direkte Verbote. Die Kolonisation ist ein Prozeß, der alle Seiten des Staatswesens in Mitleidenschaft zieht. Ihr Erfolg oder ihr Mißlingen hängen von der agrarischen Gesetzgebung, vom Vermögensrecht, von der Steuer-, Zoll- und Eisenbahnpolitik, von der Verteilung der Schulen und Krankenhäuser, von den polizeilichen Schutzmaßnahmen und schließlich von der administrativen Praxis ab. Für eine Kolonisation, namentlich aber für eine große Kolonisation ist vor allen Dingen tatkräftige und systematische Förderung seitens des politischen Apparates, der die Verwaltung des Landes innehat, unentbehrlich.

Dasselbe trifft auch für eine politische Anleihe zu. Um eine Anleihe im ernsten Sinne des Wortes zu emitieren, sind vor allem Garantien staatlichen Charakters erforderlich. Eine Anleihe muß selbstverständlich auf reale Garantien gestützt sein. Es gibt verschiedene reale Garantien, vom Bodenfonds und meinetwegen bis zur periodischen Lotterie. Aber wie immer die Art dieser Garantien auch sein mag, in welchem Grade immer sie objektiv solide sein mögen, sie können nicht die Grundlage einer Anleihe bilden ohne Sanktion einer Regierung mit vollen Machtbefugnissen.

Aus diesen Ausführungen geht hervor, daß es sich hier nicht um eine neue Resolution handelt. Es handelt sich um eine radikale Aenderung des ganzen Verwaltungssystems von Palästina, um eine neue Regierung. Palästina braucht eine Regierung, die das rechtsjordanische sowohl wie das linksjordanische Gebiet als eine gewaltige Fläche für die jüdische Kolonisation betrachtet, eine Fläche, deren jeder unbesetzte Flecken in die Kolonisationsreserve eingetragen werden und wo die ganze Tätigkeit der Staatsmaschine auf die Bedürfnisse der Ansiedlung eingestellt sein muß. Wir haben immer behauptet und behaupten es auch jetzt, daß diese Reform auch unter dem britischen Mandat durchführbar ist. Aber die Pessimisten, die den Glauben an England verloren haben — es gibt viele solche in unserer Mitte — sollten jedenfalls an die Lehren der jüngsten Vergangenheit denken. Selbst wenn England „Nein" sagen wird, wird es noch nicht das letzte Wort sein, ebensowenig wie das türkische „Nein" das letzte Wort war. Aenderungen in der Verteilung der Mandatterritorien sind nicht ausgeschlossen. Man kann sich wohl die Verwaltung Palästinas

in anderen Händen denken, vielleicht gar die Verwaltung durch eine spezielle, vom Völkerbund ernannte Kommission. Aenderungen dieser Art hängen von dem Zusammentreffen verschiedener politischer Pressionen ab. Folglich besteht unsere Aufgabe darin, in die Gesamtheit dieser Pressionen auch eine zionistische Pression hineinzufügen, eine stetige, kräftige Pression, die sich ihrer Ziele und Forderungen bewußt wäre.

Die erste und vornehmste Aufgabe des gegenwärtigen Moments ist: eine neue politische Offensive. Ihr Ziel sind unsere Forderungen; ihre Methoden müssen eine Energie und einen Elan aufweisen, wie noch nie in der Geschichte der jüdischen Kundgebungen.

Ueber die Formen, die diese Kundgebung annehmen soll, werden wir Zeit haben, ein anderes Mal später zu sprechen. In den öffentlichen Kundgebungen war bisher nur von einer der möglichen Formen die Rede, vom „Charter" nach dem Beispiele der berühmten englischen Bewegung 1838—1845. Aber dieser Weg von Massenpetitionen ist nur einer unter vielen denkbaren. Ein anderer Weg wäre ein gut vorbereiteter und feierlich aufgemachter alljüdischer Kongreß. Auch eine Kombination beider Methoden und allerlei andere Kombinationen sind denkbar. Jetzt handelt es sich aber nicht um die Form, sondern um das Prinzip, daß eine politische Offensive zu einer äußerlichen Kundgebung des jüdischen nationalen Willens von nie dagewesener Großartigkeit führen muß.

Die Hauptsache ist vorderhand die Mobilisierung des jüdischen Willens für diese politische Offensive. Eine Aufgabe, die ungeheuer schwer ist. Gegenwärtig ist die Masse fast überall apathisch, von der Politik überhaupt enttäuscht, begeistert sich für die „Subatowsche" Politik der kleinen Angelegenheiten und wiederholt die zynische Phrase, daß „zehn reiche Leute wichtiger seien als der nationale Aufschwung". Um die psychologische Atmosphäre für einen politischen Angriff vorzubereiten, wird deshalb eine zähe agitatorische, ja erzieherische Arbeit vieler Monate erforderlich sein.

Der Charakter dieser Vorbereitungen für eine Offensive wird uns klar, sobald wir uns die Menschentypen ansehen, mit denen man wird zu tun haben müssen. V i e r Typen gibt es.

Da ist zuerst der Typus des wandernden Juden. Niemals wahrscheinlich war der Emigrationshunger im Volke so enorm, wie heutzutage.

Gibt man zu, daß Palästina bei entsprechenden Bedingungen zumindest eine Million Immigranten aufnehmen kann, so gibt es also heute schon einen Flecken oder eine wirtschaftliche Position auf ihrem Territorium, worauf jeder von dieser Million Anspruch erheben und sagen darf: „das ist mein, gebt es mir".

Die Balfoursche Deklaration war nicht etwa als Freiheitsurkunde für einen abstrakten unkörperlichen Israel gedacht, sondern als Donation an jede reale Person aus dieser Million, oder zwei, oder vier Millionen Menschen. Diese Empfindung „Mein" muß bei den Massen erzeugt werden. Es muß eine Stimmung erzeugt werden von geiziger Gier, von tausenden Armen, gegen Palästina gestreckt, Ansprüche erhebend und Antwort verlangend auf die Frage: „Mein Anteil, wo ist er?" Leute, die alles zu bekritteln lieben, werden sagen, meine Methode sei eine sabbatianische oder demagogische Aufhetzung des Volkswillens. Sie ist weder das eine noch das andere. Sie ist einfach die Konkretisierung von Palästina im Bewußtsein des Volkes. Es muß in der Masse die Empfindung erzeugt werden, als ob jemand für jedermann aus dieser Masse einen Geldbetrag vermacht hat, das Vermächtnis bestätigt ist, aber das Geld nicht ausgezahlt wird infolge von Machenschaften irgendwelcher Personen. Diese Empfindung muß erzeugt werden nicht etwa um agitatorischer Zwecke willen, sondern deshalb, weil die Sachlage, rechtlich betrachtet, mit diesem Falle in der Tat aufs genaueste übereinstimmt. Das „home" ist formell jedem von uns „vermacht". Dieser konkrete, freilich egoistische Ansturm von zehntausenden Reflektanten ist das erste Element der politischen Offensive.

Der zweite Typus ist der bodenständige, mehr oder weniger wohlhabende Jude. Bei diesem Typus denkt man zunächst an Amerika, aber er ist überall anzutreffen. Hierher gehören auch die „Gwirim", aber in politischer Hinsicht sind die Leute aus dem Mittelstande wichtiger, weil sie zahlreich sind. Dieser Typus wandert selbst nicht, noch hungert er. Aber er finanziert das gewaltige internationale Werk der jüdischen öffentlichen Wohlfahrt. Vor und nach dem Kriege schüttete er ungezählte Tonnen Gold in dieses bodenlose Faß, um seine Glaubensgenossen auf der Oberfläche des rettungslosen Sumpfes in Polen, Rußland usw. festzuhalten. Dieser Typus soll nicht etwa (wie es jetzt vielfach versucht wird) überredet werden, einen gewissen Betrag für Palästina, abgesehen und unabhängig von der „ernsten" öffentlichen und individuellen Hilfe, zu geben. Die Aufgabe besteht darin, daß man ihn für die Perspektive der Verschmelzung dieser beiden Pole gewinnt, für den Gedanken, daß das Palästinawerk ein „Hilfswerk" werden kann, wenn das Verwaltungssystem von Palästina den Bedürfnissen der Kolonisation angepaßt wird. Dann wird man auch die sittliche Macht dieser Klasse, d. h. die Macht des ganzen mehr oder weniger bodenständigen Judentums, für den politischen Angriff mobilisieren können.

Den dritten Typus werden wir uns gestatten mit dem Gattungsnamen Balfour zu bezeichnen. Arthur Balfour ist nur einer,

wir haben uns indes im Laufe der Jahre überzeugen können, daß es in allen Parlamenten und Regierungen einflußreiche Freunde des Zionismus gibt. Neun Zehntel von ihnen — Arthur Balfour selbst eingeschlossen — glauben, daß, da wir uns nicht beschweren, wir auch zufrieden seien und niemals von Größerem träumten. Viele von ihnen verfolgen unsere Arbeit, sehen, daß es flach geworden ist und wie eine Parodie auf den Achadhaamismus anmutet, aber da wir uns nicht beklagen, so neigen sie schließlich allmählich in die Annahme, daß unsere Gegner zum Teil recht hätten, als sie sagten, daß der Zionismus zu drei Vierteln ein Traum sei, daß die Zionisten selbst ihn niemals ernst nahmen, und niemals an eine große Massenverschiebung geglaubt haben. Dieses fatale Mißverständnis muß zerstreut werden. Man muß jeden einzigen von diesen Herren aufsuchen und ihm beweisen, daß das Judentum tief enttäuscht ist, daß wir konkret vierzigtausend Plätze in Palästina jährlich verlangen, daß wir ersticken, wie nie bisher. Und alles, was noch menschlich und vornehm in der christlichen Welt ist, wird uns in der politischen Offensive beistehen.

Und nun der vierte Typus. Das ist die politische Schule, die überall, in Amerika, Australien und Afrika fordert, daß vor den Immigranten überhaupt und vor den jüdischen insbesondere die Tore des Landes gesperrt werden. Wir sind gewöhnt, die Leute dieser Kategorie samt und sonders für Antisemiten zu erklären. Aber Herzl sah voraus, daß in dieser Umgebung sich Eelmente finden werden, die einem konstruktiven Plan zur Schaffung eines großen Reservoirs für die jüdische Emigration gern ihre Unterstützung leihen würden. Dieser ketzerische Gedanke hatte seinerzeit ein heftiges liberales Geschelte hervorgerufen. Den Antisemitismus dem Zionismus dienstbar zu machen! Wir haben zwar längst begriffen, daß es einen objektiven Antisemitismus im Wesen der Dinge selbst gibt, daß er eine ebenso unausbleibliche Funktion des Goluth ist, wie die Judennot, daß man seine Wurzeln nicht verkennen darf, selbst wenn man gegen seine Auswüchse, und sei es mit dem Revolver in der Hand, kämpft, daß man, kurz, die Segel so spannen muß, daß auch ein ungünstiger Wind unser Schiff zum gewünschten Ziele treibt. Gegenwärtig ist es noch eher möglich als jemals zuvor. Das Wort „National Home" ist gefallen. Der antisemitische Sturm wütet wie noch nie. Antisemitische Politik wird gang und gäbe von Leuten mit gutem radikalen und revolutionären Ruf getrieben. Es wäre lächerlich und albern, sie ohne weiteres für Lümmel zu erklären. Es ist lächerlich und albern, nicht sehen zu wollen, daß für viele von diesen Leuten die Judenfrage ebenso eine Schmerzensfrage ist, die das Gewissen peinigt, wie für viele von uns die Araberfrage. Es ist lange Zeit, daß wir unsere

Beziehung zu dieser Angelegenheit überprüfen. Wir haben viele virtuelle Freunde unter denen, die wir für Feinde halten. In der politischen Offensive zugunsten eines echten ansiedlerischen Zionismus können sie daher eine sehr mächtige Rolle spielen. Und folglich werden sie sie spielen müssen.

Ich wiederhole: es wäre verfrüht, über die konkrete Methode der Offensive zu sprechen. Viele Monate wird die Vorbereitung des jüdischen Willens einerseits und der umgebenden Atmosphäre andererseits beanspruchen. Für die Vorbereitungsarbeiten dagegen ist die Methode klar. Sie muß eine mit nie dagewesener Sorgfältigkeit geleitete Agitation von Mensch zu Mensch sein. Mit der Sorgfältigkeit, von der die Gründer des Keren-Hajessod in den ersten hoffnungsfrohen Tagen träumten. Jeder Emigrant in spe, jeder Amerikaner, Londoner oder meinetwegen auch Rigaer Einwohner, der jemals Gelegenheit hatte, Geldüberweisungen oder Arapakete nach der Heimat zu schicken, jeder christliche Deputierte oder Journalist, der ein gutes Wort für unsere Sache sagen kann, jeder ehrliche Gegner der Immigration in einem der Länder, wo der obdachlose Jude vergebens an der Tür pocht, — alle diese Menschen — und ihr Name ist Myrias — bilden das Feld, das man mit nie geahnter Energie wird beackern müssen. Es muß eine nach und nach anschwellende Agitation werden. Die Judennot und der Judenstaat müssen mählich am Horizont des internationalen Gewissens emporsteigen, damit in den letzten Wochen vor der entscheidenden Manifestation des gesamten jüdischen Volkes in der ganzen Welt (in welcher Form sie sich immer äußern wird) auf diesem Horizont sozusagen das doppelte Himmelrot des Judenproblems, mit seinen Qualen einerseits, mit seinem zielbewußten Ideal andererseits, aufflamme.

Den Skeptikern räumen wir gern das Recht ein, die Achseln zu zucken und die üblichen „niederschmetternden" und „nüchternen" Fragen zu stellen: „Wer, glaubt ihr, wird vor eurer Offensive Schreck bekommen? Wie, wenn man eure Petition in den Briefkorb wirft? Glaubt ihr, daß man mit solchen Mitteln . . ." usw. Lauter Dinge, die schon im Jahre 1897 anläßlich des ersten Kongresses vorgebracht wurden. „Glaubt ihr denn wirklich, daß die christlichen Regierungen es zugeben werden, daß . . ." Die Geschichte hat darauf die Antwort erteilt. Sie hat gezeigt, was Herzl, der wahre Träger des großen und unsterblichen jüdischen Optimismus, vorausgesehen hatte. Es gibt noch ein menschliches Gewissen auf der Welt. Ihm eben bleibt das letzte Wort vorbehalten. Unsere Aufgabe bestand damals und besteht noch jetzt darin, dieses Gewissen der Kulturmenschheit mit der Tragödie des obdachlosen Judentums zu konfrontieren. Ein Versuch solch einer Konfrontation wurde

1920 in San Remo gemacht. Aber sie trug einen episodischen Charakter. Ihr war keine tiefgehende Vorbearbeitung der Atmosphäre vorangegangen und sie hat deshalb keine vollwertigen Ergebnisse gezeitigt. Ein zweiter Versuch tut not, aber diesmal ein umfassender. Die Aufgabe ist schwer, wir bestreiten es nicht. Aber wenn die Manifestation zustande kommt, und in angemessenem Umfange zustande kommt, so zweifeln wir nicht an dem Ausgang dieser Konfrontation, wie Herzl nicht zweifelte. Groß ist unser Kummer, groß ist unser Recht, aber auch das Weltgewissen ist groß, wenn es auch nur in außerordentlichen Zeiten, für außerordentliche Audienzen aus seinem Schlupfwinkel heraustritt.

EIN GÜNSTIGER STURM.

Im November v. J. erschien in der Londoner „Times" eine Serie von Aufsätzen, die sich in der Hauptsache mit dem Problem der jüdischen Einwanderung nach London befaßten. In einem einleitenden redaktionellen Artikel wurde die Ansicht vertreten, daß dem steten Zustrom ausländischer Juden eine Schranke gesetzt werden müsse. Entrüstet führte die jüdische Presse aller Länder diese Kampagne auf „rein antisemitische" Einflüsse zurück. Und doch ist es verwunderlich, festzustellen, daß unter den Teilnehmern dieser Kampagne Leute angetroffen wurden, die bisher nicht als Judenfresser bekannt waren. Aber es ist nutzlos, in den Seelen der Arier zu forschen. Der „Antisemitismus des Menschen" spielt im Leben des jüdischen Volkes eine verhältnismäßig geringe Rolle. Viel verhängnisvoller wirkt der „Antisemitismus der Sachen". So will es das eherne Gesetz der Diaspora: Jeder Hammer, jeder Hieb, gleichviel wohin er zielt und was er treffen soll, muß unweigerlich das jüdische Volk treffen, das seit zweitausend Jahren des eigenen Landes entbehrt.

Dagegen will ich ihre Aufmerksamkeit auf die scheinbar absurde Theorie lenken, daß wir auch im Lager unserer Feinde Menschen finden können, die uns vielleicht wohlwollend gegenüberstehen würden, aber durch die Kraft der Tatsachen gezwungen sind, gegen die jüdischen Interessen zu handeln. Präsident Masaryk zum Beispiel ist zweifellos ein aufrichtiger Idealist und seit langem als Kämpfer gegen die antisemitische Verhetzung bekannt. Trotzdem müßte er bei einer starken jüdischen Einwanderung in die Tschechoslowakei die Grenzen sperren. Trotz seines Bewußtseins, durch diese Maßregel unschuldige Menschen zum Hungern, ja noch zu viel mehr zu verurteilen. In seinem Gewissen wäre eine empfindliche Stelle geblieben,

das Bewußtsein, eine grausame Handlung begangen zu haben — und trotzdem hätte er so handeln müssen.*) Ich könnte behaupten, daß dieselbe psychologische Einstellung bei jenen amerikanischen Politikern vom Präsidenten Coolidge angefangen, zu finden ist, welche die Tore ihrer reichen und menschenleeren Heimat vor den Einwanderern zuschlagen. Keiner von ihnen wünscht irgend einem Volke oder speziell den Juden Böses anzutun, in ihrem Gewissen bleibt gewiß eine empfindliche Stelle. Sie erkennen das Bedauerliche ihrer Maßregel und müssen doch so handeln, weil es das Gebot der nationalen Selbsterhaltung will. Und noch weiter. Ich würde es für weibische Abgeschmacktheit halten, zu behaupten, daß die Staaten des Ostens — für die ich alles andere als Sympathie empfinde — ihre Judenpolitik lediglich auf bösen Willen, auf die Absicht, die Juden zu vergewaltigen und zu unterdrücken, basieren. Die Sadisten bilden auf der ganzen Welt die Ausnahme. Die Mehrheit handelt fast immer unter der Kraft der Tatsachen. Es bleibt in ihrem Gewissen die empfindliche Stelle, das Bewußtsein, grausam gehandelt zu haben — vielleicht manchmal nur im Unterbewußtsein. So kann meine Annahme gerechtfertigt sein, daß unter unseren Feinden innerlich uns wohlwollende Menschen zu finden seien; wir wissen nur meistens nichts davon.

Ich wiederhole: Meine Theorie ist psychologisch nicht weniger glaubhaft als die entgegengesetzte. In der Praxis ist sie aber nützlicher, da sich auf ihr eine positive Politik aufbauen läßt. Die Taktik, die ich empfehle, nennen die Schiffer: „Das Kreuzen gegen den Wind". Zwei Segler begegnen einander in entgegengesetzter Fahrt. Der eine nach Osten, der andere nach Westen. Beiden hilft derselbe Wind. Das ganze Geheimnis liegt in der Kunst, die Segel in einem bestimmten Winkel einzustellen. Im Leben der Völker heißt diese Kunst „Politik", eine Bezeichnung, die wir vergessen haben. Noch niemals in der Geschichte hat das Schifflein des jüdischen Volkes in dieser Hinsicht so günstigen Wind angetroffen. In Nord- und Südamerika, in England und Frankreich hat die Frage: Wohin mit dem jüdischen Wanderer? eine gewisse Erregung im Volke hervorgerufen. Alle Völker antworten einmütig: „Ueber unsere Grenzen können wir den Juden nicht lassen", obzwar anzunehmen ist, daß bei der überwiegenden Mehrheit vom Präsidenten bis zum unbekannten Schreier wegen der grausamen Antwort eine empfindliche Stelle in ihrem Menschheitsgewissen bleiben wird. Dem Einzelnen kommt sie vielleicht nicht so recht zum Bewußtsein,

*) Wir verweisen auf die ähnliche Haltung des sozialdemokratischen Landeshauptmanns Sever in der Frage der Ausweisung der Ostjuden. (Anm. der Red.)

verdämmert manchmal zum bloßen Mitempfinden, zum Bedauern, daß eben nichts zu machen sei. Sollte es uns aber gelingen, die empfindlichen Stellen dieser Tausende zu einem großen Bewußtseinskomplex der zivilisierten Nationen zusammenzuschließen, dann könnte daraus eine Bewegung von ungeheurer Kraft entstehen. Dann könnten wir den ungünstigen Wind der verschiedenen antisemitischen Aktionen benützen und durch richtige Einstellung unserer Segel, unserer Politik eine Weltbewegung schaffen, einen Appell an die europäischen Völker, an das Menschheitsgewissen einleiten: „Wenn Ihr uns Eure Grenzen sperrt, wenn in den Stätten der Diaspora unsere Existenz eine Gefährdung Eurer staatlichen Grundlagen bedeutet, so gebt uns die Möglichkeit, den einzigen uns zuerkannten Erdenwinkel — Palästina — in Besitz zu nehmen. Lasset uns seine wirtschaftlichen Ressourcen und Möglichkeiten bis zur letzten Grenze seiner Elastizität entwickeln, damit unsere Massen den Boden bis zum letzten Grade seiner Kapazität besiedeln können. In diesem Sinne möge das Mandat revidiert werden. Zum Grundprinzip der palästinensischen Landesverwaltung muß die Forderung erhoben werden, daß jedes bisher unbesiedelte Fleckchen des Bodens, jede noch freie Wirtschaftskonzession eine unberührbare Reserve für die jüdische Immigration bleiben müsse. Statt des Zionismus unter der internationalen Bremse, den wir heute haben, gebt uns einen Zionismus unter internationalem Schutze, unter der aktiven Mitwirkung der zivilisierten Nationen." Das war der Kern von Herzls Programm: Das Bild der Judennot, die Judenfrage so anschaulich vor dem Weltgewissen zu entfalten, daß die Antwort und Lösung von selbst laute: Judenstaat.

Dies Programm haben wir unter dem Begriff „politische Offensive" zusammengefaßt. Niemals war der Augenblick hierfür so günstig wie jetzt. Die Judennot ist aufs höchste gestiegen und wird die Staaten Europas und Amerikas in Bälde zwingen, die Nägel in unseren Sarg zu schlagen. Aber außer diesen Gegenwinden, die wir heute oder morgen als für uns günstig verwenden können, gibt es Strömungen, die unsere Segel recht gut füllen würden. In England hat sich eine Regierung konstituiert, die auf längere Zeit das Vertrauen des Landes genießen wird. Ihr Glaubenssymbol ist das „British Empire" — und der Suezkanal ist die Achse des „Empire". Die Ereignisse in Aegypten und im nahen Orient haben die Romantiker in England ernüchtert, denen es glaubhaft erschien, durch sentimentale Beduinenschwärmerei die englische Position an der Achse des Empire — am Suezkanal, behaupten zu können. Der Untergang des Kalifats, der Zerfall der muselmanischen Front, der Fall Mekkas, haben zwei Legenden spurlos zerstreut: Die eine vom mächtigen

Islam, die zweite vom panarabischen Bund. In England, aber auch bei den zivilisierten Nationen des Mittelmeerbeckens wächst die Erkenntnis, daß Europa seine Aufgabe an den Süd- und Ostufern des Mittelmeeres noch nicht erfüllt habe, daß die europäischen Völker allen Versuchen, die darauf ausgehen, sie von den Küsten zu vertreiben, aufs entschiedenste ein Ende machen müßten. Ein Volk, das sich als unser Feind erklärt, das unser Verderben suchte, befindet sich im Zustande offener und versteckter Feindseligkeit gegen Europa, d. h. gegen einen bisher unbesiegten Gegner. Das sind politische Tatsachen von heute. Nur eine große, unglaubliche Hilflosigkeit unsererseits kann es sein, bei diesen politischen Verhältnissen ohne Freunde zu bleiben, das heißt den günstigen Wind nicht zu benützen. Aber zum größten Leidwesen liegt jetzt die zionistische Organisation hilflos darnieder, und die Träger der Krankheit machen sich vom Gedanken der politischen Offensive, wenn sie davon hören, los mit den Worten: Das ist Phantasie!

Mit solchen Worten wollten einst unsere Assimilanten Herzl abtun. Phantasie? Das sagen Leute, die hoffen, ein Land zu besiedeln, in dem eine gesetzgebende Körperschaft mit einer feindseligen Mehrheit vorhanden sein wird. Die träumen, Palästina zu kolonisieren vor der Nase des protestierenden Eingeborenen, ohne eine Selbstschutztruppe zu haben. Träumen, den Widerstand der Eingeborenen durch Rhetorik und Bestechung zu betäuben; über Industrieentwicklung reden ohne protektionistische Zollgesetzgebung, über Millionenbudgets ohne eine garantierte Nationalanleihe, überhaupt über staatlichen Aufbau ohne politische Macht, — das heißt über eine Kolonisation unter solchen Umständen, wie sie vorher niemand, nirgends und niemals, durchgeführt hat. Diese Ultraträumer finden, daß das Verlangen nach großen Methoden für eine große Sache eine bloße Phantasie sei. Wenn in unserer Losung ein Moment der Unmöglichkeit zu finden ist, dann ist dies nicht im Gebiete der objektiven Tatsachen begründet, sondern lediglich in der Blutleere des jüdischen politischen Denkens. Klein ist der zionistische Gedanke geworden, klein ist der zionistische Appetit. Die Partei, die das Judentum vor der Auflösung gerettet hat, die noch gestern über die Diaspora regierte, verkauft ihr Recht und ihre Errungenschaften, man weiß nicht wem und wofür, für einen noch nicht erfüllten, noch nicht unterschriebenen Wechsel. Der königliche Mantel ist in den Staub gefallen, völlig abgetragen, zerfetzt und vielleicht nicht einmal mehr als Segel zu verwenden. Wenn es wirklich so ist, dann ist gewiß alles bloße Phantasie. Aber wenn wir noch leben, und unter der verschimmelten Rinde der edle Stamm voll Saft und Kraft pulsiert, dann — dann müssen wir uns beeilen und nicht fürchten vor

nochmaliger Durchsicht unseres Programms und vor einschneidenden Veränderungen.

DIE GESCHICKE TRANSJORDANIENS.

Vor mehr als zwei Jahren, am 25. Mai 1923, wurde in der Hauptstadt Transjordaniens, in Amman, mit großer Feierlichkeit die Verkündung der Unabhängigkeit Transjordaniens vollzogen. Es fand eine Parade der 700 Mann starken arabischen Armee Transjordaniens statt, viele britische Flugzeuge manövrierten währenddessen über der Stadt. Der High Commissioner von Palästina und eine Anzahl arabischer Notabeln waren bei der Feier zugegen. Emir Abdallah verlas den Wortlaut der ihm von der Londoner Regierung übersandten Unabhängigkeitserklärung, und Sir Herbert Samuel gratulierte Transjordanien im Namen der englischen Regierung zur erlangten Unabhängigkeit. Er streifte in seiner Rede die großen Ereignisse der letzten Jahre und führte den Arabern vor Augen, daß es ihnen nunmehr möglich ist, ein freies Leben zu führen. „Die Zukunft des Landes," sagte er, „liegt nunmehr in den Händen des Volkes selbst. Transjordanien wird das sein, was die Araber aus ihm machen werden."

Seitdem sind zwei Jahre verflossen, für ein junges Land eine zu kurze Frist, um endgültige Urteile zu fällen. Wenn man aber bedenkt, daß am 25. Mai 1923 eigentlich nur die formelle Unabhängigkeit Transjordaniens proklamiert wurde und daß das Land schon seit 1920 ein abgesondertes Leben führt, scheint es doch möglich und zeitgemäß, einige Ausführungen darüber zu ziehen, was „die Araber aus ihrem Lande gemacht haben."

I.

Lange Zeit war der staatsrechtliche Status Transjordaniens unklar. Diese Unklarheit ist eigentlich anfangs nur infolge der eigenartigen Bedingungen der Kriegszeit entstanden, die nicht von politischen oder nationalen, sondern von rein militärisch-technischen Erwägungen diktiert wurden. Nach der Disposition der provisorischen Militärbesetzung, die von Lord Allenby getroffen war, bildete Transjordanien einen Teil der O. E. T. A. Ost und stand daher nominell unter der Herrschaft Emir Feisals. Als der letzte am 25. Juli 1920 von den Franzosen aus Damaskus vertrieben und ersetzt wurde, erhob sich die Frage, ob sie auch seine Rechtsnachfolger in der Regierung über Transjordanien seien. Damals aber bezweifelte noch niemand, daß Transjordanien einen organischen Bestandteil Palästinas bildet, das zum englischen Mandat gehört, und auf eine diesbezügliche Anfrage

antwortete die Pariser Regierung, daß sie sich in die Angelegenheiten Transjordaniens nicht einzumischen gedenke. Die arabischen transjordanischen Scheichs waren mit dieser Lösung vollständig zufrieden. Sie hatten niemals besondere Sympathien für die Regierung Feisals in Damaskus, besonders als diese Aushebungen durchzuführen und Steuern einzutreiben versuchte. Die Engländer beruhigten sie in den für die Beduinen empfindlichsten Punkten, indem sie die Versicherung abgaben, daß keine Aushebung und keine Entwaffnung beabsichtigt sei. Das genügte den Scheichs vollständig.

Die britische Verwaltung wurde also 1920 auf Transjordanien ausgedehnt, aber nicht in derselben Form, wie sie in Zisjordanien bestand. Es wurden gewisse Eigentümlichkeiten des noch völlig primitiven Landes mit seiner nomadisierenden Bevölkerung berücksichtigt und ihm besondere Stellung neben Palästina eingeräumt. Die Autorität der Scheichs wurde beibehalten, nur daß sie britische politische Beamte als Berater erhielten. Das Land erhielt auch einen eigenen Verteidigungs- und Polizeitrupp; die dort aufgebrachten Steuern sollten im Lande selbst verwendet werden. Ende August 1920 besuchte der neuernannte High Commissioner Sir Herbert Samuel Transjordanien und erklärte den in Es Salt versammelten transjordanischen Scheichs und Notabeln, daß Cis- und Transjordanien einen gemeinsamen High Commissioner haben werden und daß der Verkehr zwischen beiden Teilen absolut frei sein soll. Alles sprach dafür, daß Transjordanien als ein organischer Teil Palästinas betrachtet wird, der nur ein für seine besonderen Verhältnisse passendes Verwaltungssystem erhalten muß.

Ein Palästina und Transjordanien ganz fernliegender Umstand änderte aber die Lage entschieden. Als Ende 1918, nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens, die Frage der Wahl eines Herrschers für Mesopotamien von den britischen Behörden behandelt wurde, wurde hierfür der zweite Sohn des Königs Hussein von Hedschas, Abdallah, in Aussicht genommen, und 1919 hat, mit englischer Zustimmung, eine Gruppe von mesopotamischen Notabeln dem Emir Abdallah die Krone des Irak angeboten.

Die weitere Entwicklung der Geschehnisse modifizierte aber gründlich diesen Plan. Im Juli 1920 wurde der jüngere Bruder Abdallas, Feisal, von den Franzosen aus Syrien vertrieben. England mußte für diesen seinen Schützling, der schon einen Königstitel führte, ein anderes Königreich schaffen. Im Juni 1921 fand in Kairo eine Konferenz statt, der der Kolonialminister Churchill und die High Commissioners Palästinas und Mesopotamiens beiwohnten. Es wurde u. a. beschlossen, Feisal die Krone Iraks anzubieten, und schon im Juli 1920 wird Feisal

vom „mesopotamischen nationalen Kongreß" zum König von Irak ausgerufen.

Emir Abdallah ist um seine Hoffnungen auf die mesopotamische Krone gekommen. Die britische Regierung hielt es aber für nötig, ihn zu entschädigen, um, wie die „Jewish Chronicle" sich ausdrückte, „einer Eifersucht zwischen den beiden Brüdern vorzubeugen". Sie machte Emir Abdallah den Vorschlag, ihm die Regierung des östlichen Palästina (Transjordanien) zu übertragen mit der Aufgabe, unter den Beduinenstämmen Ordnung zu schaffen. Abdallah erklärte sich von diesem Vorschlag befriedigt und hat als Vertreter der Mandatarmacht die Verwaltung über Transjordanien unter der Oberleitung des High Commissioners von Palästina provisorisch übernommen. Anläßlich des Besuches Churchills in Palästina wurde Emir Abdallah in seinem Posten als Beherrscher von Amon und Moab bestätigt.

Das bedeutete selbstvertsändlich schon einen bedeutenden Schritt auf dem Wege zur Abtrennung Transjordaniens vom übrigen Palästina. Weitere Schritte folgten. Einige Zeit bestand sogar, wie Dr. Ch. Weizmann in seiner Rede auf dem XII. Zionistenkongreß in Karlsbad erklärte, die Gefahr, daß Transjordanien überhaupt außerhalb des palästinensischen Mandats bleiben wird. Erst der 1921 publizierte und dem Völkerbund vorgelegte Entwurf des Mandats enthielt den § 25, der Transjordanien in den Bereich des Mandats einschließt. Das wurde damals schon als ein bedeutender Erfolg betrachtet, und der Kongreß votierte eine Resolution, in der er „mit Genugtuung zur Kenntnis nimmt, daß das Ostjordanland, welches das jüdische Volk stets als integralen Teil Erez-Israels betrachtete, in das Mandatsgebiet Palästinas eingeschlossen werden soll".

Diese „Genugtuung" erwies sich aber ziemlich schnell als unbegründet. Der § 25 des Mandats lautete: „In den zwischen dem Jordan und der endgültig festgelegten Ostgrenze Palästinas gelegenen Landstrichen soll der Mandatar mit Genehmigung des Völkerbundsrates berechtigt sein, die Durchführung von Mandatsbestimmungen, die ihm mit den bestehenden lokalen Verhältnissen unvereinbar erscheinen, aufzuschieben oder zurückzustellen und solche Verfügungen für die Verwaltung dieser Länder zu treffen, die er für diese Verhältnisse für geeignet hält, vorausgesetzt, daß nichts unternommen wird, was zu den Bestimmungen der Artikel 15, 16 und 18 (Religions- und Sprachenfreiheit, Gleichheit der Staatsangehörigkeit aller Staaten) im Widerspruch steht."

Dem Sinn dieses Paragraphen gemäß wäre England berechtigt, nur einzelne sekundäre administrative Bestimmungen des Mandats in bezug auf Transjordanien zu ändern, nicht aber

seinen Hauptzweck, der in der Einleitung zum ganzen Mandat (in der Form einer Wiederholung der Balfour-Deklaration) zum Ausdruck gebracht wird. England ist aber viel weiter gegangen. Dem erfahrenen und klugen ersten Ministerpräsidenten Abdallahs, Rida Pascha el Rikabi, der dabei vom englischen Residenten in Amman, Mr. John Philby, unterstützt wurde, ist es gelungen, durchzusetzen, daß im September 1922 Lord Balfour selbst, als Vertreter Großbritanniens im Rat des Völkerbundes, die Erklärung abgegeben hat, daß auf Grund des § 25 des Palästina-Mandats die Bestimmungen für die Errichtung eines jüdischen Nationalheims in Palästina keine Anwendung auf Transjordanien finden. Am 16. September 1922 überreichte die britische Regierung dem Völkerbundsrat ein Memorandum, in welchem sie, auf § 25 des Mandats für Palästina sich stützend, den Rat bittet, eine Resolution anzunehmen, daß folgende Bestimmungen des Palästinamandates keine Geltung für Transjordanien haben: Absatz 2 und 3 der Präambel (die Balfour-Deklaration und die Anerkennung der historischen Verknüpftheit des jüdischen Volkes mit Palästina), der erste Teil des § 2, § 4 (über Jewish Agency), § 6 (Vergünstigungen für die jüdische Immigration und geschlossene Siedlungen der Juden auf dem Lande), § 7 (Erleichterung der Erwerbung der palästinensischen Staatsbürgerschaft durch Juden), § 11, § 13 und 14 (Heilige Stätten), § 22 und 23 (Anerkennung der hebräischen Sprache und der jüdischen Feiertage). Alle Bestimmungen des Mandats, die mit der Errichtung des jüdischen Nationalheimes in Verbindung stehen, sind auf diese Weise für Transjordanien außer Kraft gesetzt worden. Dieses Memorandum wurde durch den Völkerbundsrat bestätigt, und der Generalsekretär teilte es durch eine Note vom 23. September 1922 allen Mitgliedern des Völkerbundes „zur Information" mit. In demselben Memorandum wurden auch die Grenzen des „als Transjordanien bekannten Gebietes" festgesetzt: „Oestlich einer Linie, die von einem Punkte 2 Meilen westlich der Stadt Akaba im Golf von Akaba zu dem Mittelpunkt des Waadi Arabath des Toten Meeres und des Jordanflusses und zur Vereinigung des letzteren mit dem Fluß Jarmuk und von da in der Mitte des Jarmukflusses bis zur syrischen Grenze verläuft."

Die am 1. September 1922 veröffentlichte palästinensische Konstitution („Order in Council") enthielt auch den § 86, in dem bestimmt wurde, daß „diese Kabinettsverordnung auf diejenigen Teile des in Palästina einbegriffenen Gebietes östlich vom Jordan und dem Toten Meere, die durch Verordnung des Oberkommissars bestimmt werden, keine Anwendung finden soll.*)

*) Diese im § 86 vorgesehene Verordnung wurde am 1. September 1922 durch den Oberkommissär Sir Herbert Samuel erlasesn.

Vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 25 des Mandates kann der Oberkommissär diejenigen Bestimmungen für die Verwaltung der im Vorgesagten bestimmten Gebiete treffen, die mit Zustimmung des Staatssekretärs angeordnet wird."

Die Absonderung Transjordaniens von Palästina machte ununterbrochene und rasche Fortschritte. Bei seiner Ankunft in London im Oktober 1922 erklärte Emir Abdallah in der Presse: „Transjordanien ist unabhängig von Palästina, es hat eine eigene Regierung und keinerlei Beziehung zu der Regierung von Jerusalem, mit Ausnahme der gemeinsamen Grenzlinie." Diese Erklärung war freilich etwas voreilig: im Oktober 1922 war es noch nicht so weit. Ein halbes Jahr später ist aber diese Uebertreibung schon zur Tatsache geworden. Anfang Mai 1923 begab sich der neue Zivilsekretär der palästinischen Regierung, Sir Gilbert Clayton, nach Amman; als Ergebnis seiner Unterhandlungen mit dem Emir Abdallah und seinen Ratgebern veröffentlichte die palästinensische Regierung die folgende Kundgebung: „Die britische Regierung ist mit der Errichtung einer selbständigen Regierung in Transjordanien unter der Bedingung einverstanden, daß der Völkerbund seine Zustimmung dazu erteilt, daß die neue Regierung eine konstitutionelle sein und Großbritannien die Möglichkeit gegeben wird, die mit Bezug auf dieses Land übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen."

Keine von diesen „Bedingungen" ist bisher erfüllt worden. Der Völkerbund hat seine Zustimmung zur Unabhängigkeitserklärung Transjordaniens nicht erteilt —, wurde auch gar nicht darum ersucht. Eine konstitutionelle Regierung ist nicht eingesetzt worden. Und doch hat sich England beeilt, seine Erklärung zu verwirklichen: am 25. Mai wurde Transjordanien zu einem unabhängigen Staat —, völlig abgesondert von Palästina. In der Sitzung des englischen Oberhauses vom 4. März dieses Jahres formulierte der Unterstaatssekretär für Kriegswesen Graf von Onslow den prinzipiellen Unterschied zwischen der Lage Palästinas und Transjordaniens folgendermaßen: „Die Regierung führt in Palästina die Politik der Balfour-Deklaration, die die Schaffung eines jüdischen nationalen Heimes im Lande westlich des Jordans bezweckt, im Territorium jenseits des Jordans erfüllt die Regierung die von Sir Henry MacMahon übernommene Verpflichtung, die Unabhängigkeit der Araber anzuerkennen und zu unterstützen."

II.

Die zionistische Organisation hat diese ungerechte und für die ganze zukünftige Entwicklung des jüdischen Nationalheimes verhängnisvolle Verkleinerung des Territoriums Palästinas ohne jeden nennenswerten Widerstand angenommen. Es ist kein

Protest der zionistischen Exekutive gegen die Losreißung des östlichen Palästinas ergangen, kein Schritt zur Abwehr dieses Schlages wurde gemacht, keine Kundgebung veröffentlicht, die darauf schließen ließe, daß die Leitung der zionistischen Bewegung die Lostrennung Transjordaniens für ungerecht hält und ihre Zustimmung dazu nicht gibt. Im Bericht der Exekutive zum XIII. Zionisten-Kongreß in Karlsbad finden wir unter dem Titel „Transjordanien" zwei Dokumente zitiert: einen Auszug aus dem englischen Memorandum vom 16. September 1922, darin ausgeführt wird, daß die Bestimmungen der Mandate für die Errichtung eines jüdischen Nationalheimes in Palästina auf Transjordanien keine Anwendung finden, und die englische Unabhängigkeitserklärung Transjordaniens vom 25. Mai 1923. Kein Wort mehr. Der Kongreßdelegierte Kaplansky sagte darüber mit vollem Recht: „Dieses Kapitel im Bericht macht einen merkwürdigen Eindruck. Es wird darin erzählt, was die (englische) Regierung und der Völkerbund gemacht haben, aber nicht, was die Exekutive getan hat, um die Losreißung Transjordaniens von Erez-Israel zu verhindern." Diese Losreißung geschah in einer Atmosphäre vollständiger Gleichgültigkeit. Weder die offizielle Zionistische Organisation, noch die jüdische öffentliche Meinung haben darauf in irgendeiner Weise gebührend reagiert. — „Man hat einen der besten Teile unseres alten Heimatlandes entgegen dem Wortlaut des Mandates weggerissen, — sagte auf dem XIII. Zionisten-Kongreß der Delegierte Farbstein — und ich frage sie mit den Worten unseres Präsidenten: „Was hast du, jüdisches Volk, dazu getan?" Wo waren unsere Proteste gegen das Unrecht, das man uns zugefügt hat? Wir hätten ein Protestgeschrei erheben müssen, das die ganze Welt durchdringen und bis zu den Arabern und der Mandatarmacht dringen sollte."

Ein solcher Protest ist auch von dem Kongreß nicht hervorgegangen. Nach vielen Erörterungen hat man schließlich folgende blasse, gewundene und nichtssagende Resolution votiert: „Der Kongreß gibt in Erkenntnis dessen, daß Ost- und West-Palästina eine auf historischen, geographischen und wirtschaftlichen Tatsachen beruhende Einheit ist, seiner Erwartung Ausdruck, daß die Gestaltung der Geschicke Transjordaniens im Einklang mit den legitimen Forderungen des jüdischen Volkes erfolgt."

Auch künftighin verhielt sich die offizielle zionistische Politik zum unabhängigen Transjordanien, wie zu einer endgültig beschlossenen und vollendeten Tatsache. Dem Emir Abdallah gegenüber wurde stets die größte Zuvorkommenheit zur Schau getragen, die so weit ging, daß man Anfang 1923 in der Presse ganz ernst das Projekt behandelte, Emir Abdallah — falls er

die Balfour-Deklaration anerkennen wird — zum Herrscher Palästinas zu machen. Und im Mai 1924 erklärte sogar das offizielle Organ der zionistischen Exekutive „Haolam", daß „die Vorteile der politischen Trennung der beiden Teile Palästinas hoch einzuschätzen sind;" es betonte nur die ökonomische Einheit dieser Teile und drückte bescheiden die Hoffnung aus, daß „zwischen den beiden Gebieten ein solches Verhältnis besteht, das eine wirtschaftliche Kooperation sicherstellt", und daß „jüdische Intelligenz und Schaffenskraft imstande wäre, der arabischen Regierung Transjordaniens bei der Entwicklung ihres Landes beizustehen;" dabei wurde sehr zuvorkommend versichert, daß „ein solches Zusammenwirken nicht von irgendwelchen imperialistischen Hintergedanken bestimmt werde" (gemeint ist dabei selbstverständlich der jüdische Imperialismus!).

Die offizielle zionistische Politik hat sich offensichtlich mit der Tatsache endgültig ausgesöhnt, daß 80 Kilometer von Jerusalem entfernt ein 150 000 Einwohner zählender Zwergstaat entstanden ist, der nicht nur von Palästina unabhängig, sondern auch unzweideutig dem entstehenden jüdischen Gemeinwesen in Palästina feindlich ist. Schon bald nach seiner Ernennung zum Herrscher von Transjordanien veröffentlichte Emir Abdallah während seiner Anwesenheit in London im Oktober 1922 ein ausgesprochen antizionistisches Interview im „Daily Expreß": „Palästina ist erregt", erklärte er, „die Araber sind unzufrieden, die zionistische Politik der englischen Regierung hat das arabische Volk entmutigt. Die Araber sind entschieden gegen die zionistische Immigration." Dieses Interview wurde zwar später unter englischem Druck im Auftrage des Emirs dementiert, indem erklärt wurde, daß Emir Abdallah „überhaupt keine Stellung zu den palästinensischen Angelegenheiten einnimmt". Das war aber nur eine erkünstelte diplomatische Ausrede, denn auch später hat der Emir dort, wo er sich ungeniert fühlt, aus seiner antizionistischen Einstellung kein Hehl gemacht. „Die Juden sind in Palästina nicht auf Grund des Rechtes, sondern im Gegensatz zum Willen des arabischen Volkes", erklärte er in Anwesenheit des araberfreundlichen englischen Hauptresidenten in Amman Mr. Philby der amerikanischen Journalistin Elisabeth Titzel. Und dem verstorbenen Agudah-Führer de Haan gegenüber äußerte er sich noch energischer: „Ich sehe kein jüdisches Palästina. Solange die Engländer in Palästina sind, wird die Politik englisch sein. Und sobald England das Land verläßt, ist das Land arabisch. Es ist seit Jahrhunderten ein arabisches Land. Seit Jahrhunderten!"

Bei diesen programmatischen feindlichen Aeußerungen Abdallahs ist es aber nicht geblieben. Er hat es durchgesetzt,

daß Transjordanien heute für die Juden ein völlig unzugängliches Land ist. Der Begleiter von Miß Titzel, Adel Bei, erklärte ihr seelenvergnügt: „Einige Juden, die aus Palästina herübergekommen waren, um hier Handel zu treiben, wurden schnell über die Grenze befördert." Ein noch härteres Schicksal hatten fünf spaniolische Handwerker, die versucht hatten, in Transjordanien Beschäftigung zu suchen; sie wurden dermaßen maltraitiert, daß sie eiligst flohen. In türkischen Zeiten pflegten sie jahraus, jahrein ungestört über den Jordan zu kommen. Auch einige jüdische Forscher, die zu wissenschaftlichen Zwecken nach Transjordanien sich begeben wollten, erhielten keine Reiseerlaubnis. Transjordanien bleibt allen Juden völlig verschlossen.

Eine nicht unbegründete Sorge bereitet der palästinensischen Judenheit auch die Rolle, die Transjordanien in der militärischen Ausbildung der palästinensischen Araber spielt. Die transjordanische Regierung veröffentlichte in der arabischen Presse Palästinas eine Notiz, in der sie die Araber zum Eintritt in das arabische Heer — angeblich zum Schutze der Hedschasbahn — aufforderte. Es meldeten sich über 2000 Araber, von denen sofort mehrere hundert eingestellt und nach Transjordanien abtransportiert wurden. Dort erhalten sie — wie das offizielle zionistische Organ „Haolam" meldete — im Laufe einer halbjährigen Frist eine vollkommene militärische Ausbildung, um dann nach Palästina zurückzukehren und von neuen Leuten ersetzt werden. Das bedeutet selbstverständlich eine offensichtliche und bedenkliche Umgehung des allgemeinen Verbotes der palästinensischen Regierung, an irgendeiner militärischen Ausbildung teilzunehmen und eine ständige Gefahr für die jüdische Bevölkerung Palästinas.

Erst Ende April dieses Jahres teilte die Palästinaregierung mit, daß die Eintragung von Palästinensern in die Listen der Hedschas-Armee den Landesgesetzen zuwiderläuft und geahndet wird: das war aber nur eine Folge des Abkommens mit Ibn-Saud, auf das wir noch zu sprechen kommen.

III.

Die Macht über Transjordanien ist dem Emir Abdallah mit dem Auftrag übergeben worden, vor allem Frieden und Ordnung herzustellen und die arabischen Scheichs zu bändigen. An sich war diese Aufgabe nicht leicht. Die Türken hatten seinerzeit in Transjordanien eine Garnison von 5000 Mann und konnten keine Ordnung halten. Aufstände, Räubereien und Ueberfälle waren ein alltägliche Erscheinung. Das war aber unter einer fremden und verhaßten Türkenherrschaft. Jetzt hat das Land eine eigene nationale Regierung. Die Bevölkerung ist

in nationaler und religiöser Hinsicht einheitlich: sie ist arabisch und muselmännisch. Es gibt keine protestierenden Minderheiten. Die 6000 Christen unterscheiden sich sehr wenig in Gebräuchen und Kleidung von den Moslem, und die 13 000 Zirkassier sind mehr an dem Preis des Getreides, als an der Politik interessiert; Juden gibt es nur zwei, die völlig arabisiert sind. Nationale und religiöse Reibungen sind also ausgeschlossen. Und doch fehlt die elementarste Ruhe und Ordnung im Lande. Die englische Regierung bemüht sich zwar, diese Tatsache zu verschweigen und die Lage als befriedigend darzustellen. In der Sitzung des Oberhauses vom 6. Mai 1924 erklärte der Unterstaatssekretär für die Kolonien, Lord Arnold, daß die Errichtung einer Verwaltung unter Emir Abdallah einen bedeutenden Vorteil gebracht hätte: „Früher bestand dauernde Gefahr des Eindringens von Beduinenbanden, deren Fernhaltung beträchtliche politische und militärische Anstrengungen erforderte. Seit dem Tage jedoch, an dem die arabische Regierung in Transjordanien errichtet worden ist, bleibt Palästina frei von Ueberfällen seitens der östlichen Grenzen." Die Tatsache stimmt; Palästina ist wirklich in den letzten Jahren von Ueberfällen verschon geblieben: das hat aber seinen Grund nicht in der Errichtung einer arabischen Regierung östlich des Jordans. Weil diese Regierung sich unfähig erwies, in ihrem eigenen Lande Ruhe und Ordnung herzustellen. Wandernde Räuberbanden durchqueren das Land in allen Richtungen. Einmal wurde der englische Resident selbst im Ghor von einer Bande angefallen. Im August 1924 hat das Ueberhandnehmen des Banditenwesens im nördlichen Transjordanien, insbesondere das Auftauchen einer vielköpfigen Verbrecherbande aus dem Hauran die palästinensische Regierung veranlaßt, ein Detachement der britischen Gendarmerie nach dem El-Remtha Irbid Distrikt zu entsenden, um zusammen mit der Ortspolizei und den Franzosen gegen die Räuber vorzugehen. Am 24. August meldete die Reuter-Agentur: „Die Räubereien an der transjordanischen Grenze haben bedeutende Dimensionen erreicht; bewaffnete Ueberfälle auf Autos haben viele Verwundete und Tote zur Folge gehabt." Der Kampf gegen dieses Banditenunwesen erforderte große Kräfte und Mittel, die die transjordanische Regierung nicht besaß, und schon im Budgetjahr 1923—24 sah sich die britische Regierung genötigt, ihre Subvention für den Emir Abdallah zu verdreifachen (von 50 000 Pfund auf 150 000 Pfund zu erhöhen), da — wie sich die Begleitdenkschrift zum Budget ausdrückte — „die lokalen Mittel für die Aufrechterhaltung der Sicherheit im Lande nicht ausreichen . . ." Im Mai 1924 versuchte zwar die Arbeiterregierung Macdonalds, sich dieser Bürde zu entledigen, und weigerte sich, Emir Abdallah weiterhin diese 150 000 Pfund

zu bezahlen; in der Sitzung des Unterhauses vom 30. Juni erklärte der Staatssekretär für Kolonien, Thomas, daß die Regierung keine Hilfsgelder mehr an Transjordanien im laufenden Finanzjahr leisten wird. Aber schon im März dieses Jahres hat sich die neue konservative Regierung genötigt gesehen, die dem Emir Abdallah gewährte Subvention um 55 000 Pfund zu erhöhen, mit der Bedingung, daß diese Summe für die Aufstellung und Unterhaltung einer ständigen Armee in der Höhe von 800 Mann Verwendung finden soll. Ohne diese militärische und finanzielle Unterstützung Englands wäre Emir Abdallah nicht imstande, die elementare Sicherheit in Transjordanien aufrecht zu erhalten und das Bandenwesen mehr oder weniger zu unterdrücken.

Noch weniger ist es ihm gelungen, eine gute Verwaltung herzustellen, das Vertrauen seiner Untertanen zu erwerben und sie zu regieren.

Seine Verwaltung ruft unter den Arabern selbst heftigste Angriffe hervor. Bereits im Jahre 1923 erschienen in der palästinischen arabischen Presse Artikel, in denen Emir Abdallah beschuldigt wurde, öffentliche Gelder für sich und seine Berater verbraucht zu haben, die alle in Transjordanien fremd sind und aus Syrien oder aus dem Hedschas stammen. Diese letzte Beschuldigung war eigentlich mehr demagogisch als gerecht. Emir Abdallah war gezwungen, solche „Fremde" heranzuziehen, weil es unter den Einheimischen fast gar keine Gebildeten gibt. Er glaubte auch, daß die echt arabische Abstammung dieser seiner Berater die einheimische Bevölkerung veranlassen wird, sie nicht als „Fremde", sondern als Brüder zu empfangen. Er hat sich aber getäuscht. Die Araber Transjordaniens bezeugten keine brüderlichen Gefühle für diese Ankömmlinge und waren wütend, daß diese, als Beamte, luxuriös lebten, indem sie selbst in sehr ärmlichen Verhältnissen sich befanden.

Noch energischer griff die Regierung Abdallahs der bekannte araberfreundliche Lord Raglan an. „Auf Grund meiner Kenntnis der Lage, die ich während meines Aufenthaltes im Lande erworben habe, und auf Grund einwandfreier Informationen, behaupte ich — erklärte Lord Raglan in einem Interview im „Daily Expreß" —, daß Transjordanien unter der Herrschaft von Emir Abdallah zu einem Herd von Korruption und Unordnung geworden ist. Der Emir hat niemals versucht, sein Land zu verwalten. Er begnügt sich damit, den kleinen Tyrannen zu spielen und die Bauern zu ruinieren. Er erhebt Steuern, um die Möglichkeit zu haben, seine Launen und die Launen seiner Günstlinge zu befriedigen. Ich behaupte und habe Beweise für meine Behauptung, daß Abdallah 5000 Pfund der öffentlichen

Kasse entnahm, um für einen Günstling ein Haus zu bauen . . . Die Entwicklung des Landes stockt, weil Steuereinkünfte, die für Chausseen und sonstige Aufbauarbeit bestimmt waren, für solche Bedürfnisse verwendet wurden. Der Handel stockt, und auf dem Gebiete der Volksaufklärung ist kein Fortschritt zu verzeichnen." In der Sitzung des Oberhauses vom 6. Mai 1924 hat Lord Raglan auch eine entsprechende Interpellation eingebracht, in der er die Regierung Abdallahs als eine „tyrannische, unbesonnene, unfähige und vor allem unpopuläre" charakterisiert.

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß Lord Raglan in seiner Charakteristik nicht übertrieben hat. Die Bevölkerung wird nicht nur von Räubern geplündert, sondern auch durch Willkür und Korruption der Beamten, sowie durch schwere Steuern bedrückt. Die Verteilung von Steuerlasten geschieht ungerecht. Emir Abdallah hat unter den einzelnen Stämmen seine Günstlinge. So zum Beispiel wurde dem Stamme Beni-Sakber, der ihm in seinem Kampfe gegen die Wahabiter Hilfe geleistet hatte, befreit und seinen Angehörigen wurden die höchsten Stellen des Staates verliehen. Von den Interessen und Wünschen der Bevölkerung nimmt der Emir keine Notiz. Obwohl die englische Deklaration, die vor der Unabhängigkeitserklärung Transjordaniens veröffentlicht worden war, ihm zur Pflicht machte, eine „konstitutionelle Regierung" im Lande einzuführen, kümmerte er sich wenig darum. Eine Deputation, die im Juli 1923 eine Verfassung für das Land verlangte, jagte er einfach davon. Unter englischem Druck hatte er zwar im August 1923 eine Kommission eingesetzt, die ein Wahlgesetz für die konstituierende Versammlung Transjordaniens vorbereiten sollte, und Ende 1923 sogar einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen, in welchem zur Kenntnis gebracht wurde, daß demnächst die Wahlen in das Parlament Transjordaniens stattfinden würden und daß das Parlament selbst nicht später als bis zum 1. April 1924 einberufen wird. Das ist aber nicht geschehen. Noch bis heute besitzt Transjordanien keine legitime Vertretung der Interessen der Bevölkerung.

Unter solchen Bedingungen ist es natürlich, daß die Unzufriedenheit der Araber immer drohender wurde. Im August 1923 ist es endlich zu einem offenen Aufstand gekommen. Der unzufriedene Teil der Beamten vereinigte sich mit einigen Notabeln; an die Spitze der Unzufriedenen stellte sich das volkstümliche Haupt des Adwanstammes, der Sultan Al-Adwan, und verlangte unter Drohungen Reformen. Die Forderungen dieser „Opposition" waren: Einberufung eines Parlaments, Erlaß der Rückstände des Oschers der Fellachen aus den letzten Jahren, Herabsetzung der Beamtengehälter, Einführung der Ersparungs-

maßnahmen in der Administration, Absetzung der Fremden von allen Posten und Zurückziehung der Privilegien, die dem Stamme Beni-Sakher eingeräumt wurden.

Emir Abdallah reagierte auf diese Forderung als ein waschechter orientalischer Potentat. Er ließ alle ungehorsamen Beamten einsperren; einige wurden des Verrats angeklagt, andere verbrannt. Dem Sultan Adwan gegenüber mußte aber Emir Abdallah höflich sein, und er versprach ihm die Erfüllung seiner Wünsche. Aber dieser und sein Anhang trauten diesem Versprechen nicht; sie fürchteten auch spätere Rache. Und am 16. September zogen die Stämme Adwan und Belka gegen Amman, zerschnitten die Telephon- und Telegraphenleitungen und versuchten die Stadt einzunehmen. Der Emir war aber vorbereitet, und obwohl seine eigene „Armee" vor den Aufständischen schnell reißaus genommen hat, blieb er doch Herr der Lage: britische reguläre Kräfte waren rechtzeitig zur Stelle und den Rebellen war es natürlich unmöglich, ihnen standzuhalten. Auf der Walstatt blieben ein Häuptling und 30 Aufständische; die übrigen flohen. Die Regulären hatten keine Verluste. Ausschließlich durch englische Bajonette vor seinen eigenen Untertanen gerettet: einige hundert Soldaten, die ihm zur Hilfe von seinem Vater, dem König Hullein von Hedschas geschickt worden waren, kamen erst ein paar Tage später.

Es sind verschiedene Versuche gemacht worden, die wahren Gründe des Septemberaufstandes zu finden. Eine gewisse Presse suchte ihn als eine „antizionistische Bewegung" darzustellen. Der bekannte Antizionist Lord Raglan versuchte in der „Daily Expreß", umgekehrt, zu behaupten, daß es die Zionisten waren, die den Aufstand anstifteten, weil sie die friedliche Entwicklung Transjordaniens fürchteten. Auf diese Behauptungen lohnt es sich nicht einzugehen. Mehr begründet scheint die Vermutung der angesehensten arabischen Zeitung „Mekkatam", daß bei dem Aufstand die französische Regierung die Hand im Spiele gehabt hatte: bei den Rebellen ist in 40 Fällen militärische Ausrüstung festgestellt worden; die Behörden haben einen Briefwechsel zwischen dem Führer der Aufständischen, Sultan Adwan und dem französischen Vertreter ermittelt; endlich hat der Sultan Adwan Zuflucht im französischen Syrien gefunden. Diese Vermutung mag mehr oder weniger richtig sein: sie erschöpft aber nicht den Kern der Frage, der nicht in irgendwelchen fremden Einflüssen liegt, sondern in der tiefen Unzufriedenheit der Bevölkerung und der Unfähigkeit der Regierung, das Land wirtschaftlich und kulturell vorwärts zu bringen.

Eigentlich strebte auch Emir Abdallah sehr wenig danach. Der Chef der dänischen Palästina-Expedition Gunar Sommer-

feld erklärte nach seiner Rückkehr von der Sinai-Halbinsel: „Das ganze Gebiet des Ostjordanlandes, das ich durchquerte, ist heute vollständig vernachlässigt und fast menschenleer . . . Leider hält Emir Abdallah nicht viel davon, die Beduinen moderne Landwirtschaftsmethoden zu lehren: „sie sollen bleiben wie sie sind", — meint er. Und so wird Transjordanien noch einige Zeit auf seine Auferstehung warten müssen." Das Land lebt noch jetzt unter denkbar primitiven Verhältnissen. In der Oktobersitzung der ständigen Mandatskommission des Völkerbundes in Genf konstatierte das Mitglied der Kommission, Mr. Grimshoro, daß in Transjordanien noch bis jetzt eine gewisse Form der Sklaverei besteht und daß sogar ein Sklavenhandel vom Süden aus getrieben wird. Sir Herbert Samuel gelang es nicht, diese Behauptung zu entkräftigen.

Der Kulturzustand des Landes ist erbärmlich. Die Hauptstadt Transjordaniens Amman ist ein kleines unansehnliches Nest. Emir Abdallah selbst wohnt mit seinem Gefolge in khakifarbigen Zelten. Das Amtsgebäude des Königreichs ist ein bescheidenes Gebäude, vererbt von der früheren türkischen Administration. Die Volksaufklärung steckt noch in den Kinderschuhen. Der Innenminister Transjordaniens Mazhar Bei Arslan erklärte zwar 1923 der amerikanischen Journalistin Elisabeth Titzel mit naivem Stolz: „Wir haben 54 Elementarschulen für 4000 Kinder, wir haben ein vorzügliches Spital, geleitet von arabischen Aerzten; im nächsten Monat werden wir sogar eine Zeitung herausgeben; Sie haben von unserer Ackerbauschule wohl gehört? Wir planen demnächst ein Internat für Beduinenjungen — zehn von jedem Stamm — zu vereinen. In einiger Zeit wollen wir Amman zu einer wirklichen Hauptstadt ausbauen." Aber in dieser naiven Prahlerei bezieht sich der größte Teil auf die Zukunft. Was die bestehenden „Schulen" betrifft (ihre Zahl ist ohne jeden Zweifel stark übertrieben), so sind das gewöhnliche erbärmliche „Mektebe", und die Kultur hat nicht einmal oberflächlich dieses primitive Land berührt. Die „Zeitung", die seit 15. Mai 1923 in Amman erscheint, ist ein typisches Amtsblatt, das von keinem, außer einem Häuflein von Beamten gelesen wird. Lesekundige sind überhaupt in Transjordanien eine Seltenheit.

Die Staatsautorität ist gleich Null. Die autochtone Bevölkerung, freiheitsliebend und rührig, zahlt faktisch fast keine Steuern und will von keinen Verpflichtungen seiner nationalen Regierung gegenüber etwas wissen. Das ganze Einkommen der Regierung beträgt 150 000 Pfund, — dieselbe Summe, die sie von England zugewiesen bekommt. Der Emir Abdallah selbst lebt auch ausschließlich von der englischen Pension: er

bekommt 5000 Pfund monatlich. Der ganze Staat existiert auf englische Kosten.

Die Lage begann allmählich unerträglich zu werden. Sowohl in arabischen als auch in englischen Kreisen wurde man unruhig. Es entstanden (Anfang 1924) Gerüchte, daß König Hussein mit der Regierung seines Sohnes Abdallah in Transjordanien dermaßen unzufrieden ist, daß er beabsichtigt, ihn nach Hedschas zu berufen und ihm das Kommando über die Hedschas-Armee zu übergeben; an Stelle Abdallahs sollte der älteste Sohn Husseins, Ali, Regent von Transjordanien werden. Der damalige Premier von Transjordanien Hassan Oslid Pascha mußte in einem speziellen Interview diese Gerüchte dementieren. Der König Feisal von Irak sandte seinem Bruder ein Telegramm, in dem er ihn ermahnt, in seiner Regierung und Verwaltung vorsichtig zu sein und ihn daran erinnert, daß er, Feisal, selbst in Syrien gezwungen war, seinen Thron aufzugeben. Die an den Aufstand gegen Abdallah beteiligten und zur Verbannung verurteilten transjordanischen Notabeln fanden Zuflucht und Verständnis bei dem Vater Abdallahs, König Hussein von Hedschas. Der letzte hat während seines Besuches in Amman die schwere Lage seines Sohnes und seine nach innen und nach außen erschütterte Position richtig eingeschätzt und durchgesetzt, daß der energische und starke Rida Rikabi Pascha, der dem Emir Abdallah tief verhaßt war und bisher in Verbannung lebte, im Mai 1924 nochmals zum Ministerpräsidenten ernannt wurde. Rikabi Pascha übernahm alle Regierungsgeschäfte und Emir Abdallah ist nur dem Namen nach Emir geblieben.

Die neue Regierung veröffentlichte ein ganz reichhaltiges und vernünftiges Arbeitsprogramm:

1. Anbahnung freundschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zu der französischen und englischen Regierung; 2. Schutz der öffentlichen Sicherheit durch schleunige Unterdrückung aller Aufstände; 3. Verringerung der Ausgaben durch Abbau von Aemtern usw.; 4. Schaffung einer neuen Form der Steuerveranlagung und -erhebung, bei der sowohl der Staat als die Bevölkerung zu ihrem Rechte kommen sollen; 5. Bevorzugung der Bezirkseinwohner bei der Vergebung von Beamtenstellen; 6. Gründung von Schulen, Förderung des Verkehrs durch Straßenbau, Unterstützung der Wirtschaft usw.

Es sind auch gewisse Schritte zur Verwirklichung dieses Programms gemacht worden. Das Kabinett ist in seinem Bestand bedeutend verkleinert worden. Außer den Ministerpräsidenten sind nur noch die Posten des Justiz- und Finanzministers beibehalten worden, die der bisherige Ministerpräsident Hassan Ihalid Pascha übernahm. Ein großer Teil der

Offiziere wurde entlassen. Rikabi Pascha wandte sich an alle leitenden Beamten und verlangte von ihnen binnen zwei Wochen ausführliche Antwort auf folgende Fragen: 1. Zustand des betreffenden Departements bei der Uebernahme der Geschäfte und jetzt; 2. Eingeführte Reformen und deren Resultate; 3. Auf welche Hindernisse stieß die Durchführung der Reformen?; 4. Programm für das nächste Finanzjahr.

Es wurde auch ein energischer Versuch gemacht, die vielen Nichtstuer, die sich um den Emir gesammelt haben und im Lande Unruhen und Intrigen stifteten, loszuwerden. Die Leitung für öffentliche Sicherheit wurde beauftragt, alle Personen, welche keine Reiseerlaubnis haben, sowie alle Arbeitslosen auszuweisen, alle Verdächtigen streng zu beobachten.

Alle diese Maßnahmen hatten aber nicht den erhofften Erfolg. Auch Rikabi Pascha ist es vor allem nicht gelungen, die öffentliche Sicherheit im Lande zu gewährleisten. Auch unter seiner Regierung ist Transjordanien ein Nest von Mördern und Räuberbanden geblieben, die ununterbrochen die Grenzen Palästinas und Syriens beunruhigen und sich dann nach Transjordanien zurückziehen. Ein Vertreter der französischen Regierung in Libanon und Syrien mußte nach Jerusalem kommen, um mit der palästinensischen Regierung die zum Schutze Palästinas notwendigen Maßnahmen zu besprechen. In der Verwaltung sind Korruption und Demoraliserung unter dem Regime Rikabi Paschas nicht geringer geworden, und die Intrigen sowie die inneren Streitigkeiten sind gewachsen. Am 20. Februar dieses Jahres haben 500 Scheichs, Führer der einflußreichsten Stämme in Transjordanien, in Amman eine Kundgebung veranstaltet und an Emir Abdallah (wahrscheinlich unter seiner heimlichen Zustimmung) ein Ultimatum gerichtet, in welchem sie die sofortige Vertreibung Rikabi Paschas und seiner Anhänger aus dem Lande sowie die Einsetzung eines „Rates der Repräsentanten" fordern. Die Atmosphäre im Lande ist sehr gespannt, die Schaffung eines einheitlichen nationalen Willens und die innere Festigkeit des Staates sind auch dem „starren Mann" Rida Rikabi Pascha nicht gelungen.*)

Das alles erklärt auch die äußere Schwäche Transjordaniens genügend. Der Staat ist, obwohl er eine eigene Armee, die sehr viel Geld kostet, besitzt, und ungeachtet des kriegerischen Charakters seiner Einwohner, vollständig wehrlos, nicht nur gegenüber einer europäisch ausgerüsteten Armee,

---

*) In einem am 22. Oktober v. J. erschienenen Artikel „Ein mißlungenes Experiment" fordert die „Times", daß man „Emir Abdallah zu einer mehr verfassungsmäßigen Herrschaft drängt". „Wenn er unser Schützling bleiben soll, so darf er uns nicht durch eine schlechte Verwaltung kompromittieren."

sondern auch gegenüber einer arabischen Nomadenhorde. Am deutlichsten hat es der wahabitische Ueberfall auf Transjordanien bewiesen.

Die Wahabiten sind Erzfeinde der Familie des Königs Hussein, die sehr oft schon das Hedschasgebiet und den Südteil Transjordaniens überfallen haben. Es waren aber immer nur vereinzelte Raubzüge, die sehr verheerend wirkten, aber keine rein politische Bedeutung hatten. Im August 1924 aber sind die Wahabiten mit ernsten und weitreichenden Absichten nach Transjordanien gekommen. Sie haben 10 000 Reiter zusammengezogen, legten unbemerkt hunderte Kilometer zurück und überfielen am 14. August in einen Umkreis von 80 Kilometern die Hauptstadt Amman. Sie hätten zweifelsohne die Stadt erobert, wenn nicht britische Streitkräfte rechtzeitig zu Hilfe gekommen wären. Die lokalen britischen Kräfte reichten nicht aus, und am 15. August zogen ununterbrochen britische Reiter und Fußtruppen von Palästina nach Transjordanien. Die britische Artillerie und Aeroplane haben die Wahabiten natürlich zurückgeschlagen und ihre Reihen bedeutend dezimiert. Das war aber ein englischer Sieg und kein arabischer. Auch die Regierung Rikabi Paschas war nicht imstande, Transjordanien so innerlich zu festigen, daß es einem feindlichen Ueberfall trotzen könnte.

Besonders akut wurde die Sicherheitsfrage Transjordaniens nach dem Oktober 1924, als die Wahabiten Mekka erobert und König Hussein von Hedschas, den Vater Abdallahs, vertrieben hatten. Der siegreiche Ibn Saud hat feierlich gelobt, nicht zuzusehen, bis alle Glieder der Haschimiten-Dynastie von ihren Thronen verjagt werden und bereitete offen eine Offensive gegen Transjordanien, um Emir Abdallah aus dem Lande zu vertreiben. Im Februar d. J. überschritt ein Trupp der Wahabiten unter dem Kommando des Emir Abd-el-Aziz die Grenzen Transjordaniens und tötete viele Einwohner. Emir Abdallah war machtlos, diesen Ueberfällen standzuhalten. Um ihren Schützling zu retten, war England im April d. J. schließlich gezwungen, mit Ibn Saud ein Abkommen zu schließen, in dem er sich verpflichtete, keinen neuen Angriff auf Transjordanien zu unternehmen. England hat aber dafür einen teuren Preis bezahlen müssen. Es hat Ibn Sauds Machtbesitz anerkannt und sich verpflichtet, den Bruder Abdallahs, den König Ali von Hedschas, preiszugeben und ihn in seinem Kampf gegen Ibn Saud nicht mehr materiell zu unterstützen. Das bedeutet ein Ende der großen Pläne der Familie Hussein. Anders aber wäre Transjordanien nie vor Wahabitenüberfällen sicher.

Und die Sicherheit des Landes hat für England eine ungeheuere Bedeutung. England liegt es sehr viel an der Sicher-

stellung des von Amman vierzehntägig ausgehenden Luftdienstes; die ständige Gefahr eines Wahabitenüberfalls vernichtete diese Sicherheit. Noch wichtiger vielleicht ist der Umstand, daß der Weg nach dem Irak von Palästina aus dem Zugriff der Wahabiten ausgesetzt war. Diese Gefahr veranlaßte sogar England, die ursprünglich für Haifa projektierten Rohrleitungen für das mesopotamische Petroleum für das in Syrien liegenden Alexandrette umzuprojektieren. Der Vertrag mit Ibn Saud, der sich verpflichtet hat, Transjordanien zu respektieren und damit Haifa sicherzustellen, beseitigt diese Gefahr, die Abdallahs Regierung nicht zu beseitigen vermochte.

Als indirekte Folge der großen Aenderungen in Arabien, die durch den Fall Husseins und den Sieg Ibn Sauds hervorgerufen wurden, erfuhr Transjordanien eine bedeutende Gebietsvergrößerung.

Wie bekannt, hat der Exkönig von Hedschas, Hussein, nach seiner Niederlage und nach dem Verzicht auf den Thron von Hedschas zugunsten seines Sohnes Ali, den Wunsch geäußert, sich in Transjordanien niederzulassen. Er hat sich bereit erklärt, die Verpflichtung zu übernehmen, sich in keiner Weise in die politischen Angelegenheiten zu mischen. Die Minister des Emir Abdallah, insbesondere der Premierminister Rida Pascha el Rikabi, haben aber Bedenken gegen diese Absichten Husseins geäußert; sie befürchteten, daß der siegreiche Ibn Saud sich dadurch veranlaßt sehen wird, seine Truppen gegen Transjordanien zu schicken. König Hussein wurde gezwungen, seine Absichten zu ändern und sich in Akaba am Roten Meer niederzulassen.

Aber auch in Akaba blieb er nicht untätig. Er schickte seinem Sohne Ali Verstärkungen nach Djedda gegen die Wahabiten, die ihrerseits, im März d. J., den Versuch machten, Akaba anzugreifen; die ägyptische Regierung sah sich dadurch veranlaßt, Panzerautos an die Grenze zu senden, um die Wahabiten am Ueberschreiten derselben zu hindern.

Das alles benutzte die englische Regierung als Vorwand für eine Intervention. Am 27. Mai d. J. erschien der englische Kreuzer „Konflower" im Golf von Akaba, und am nächsten Tage überreichte der Kommandant dem König Hussein folgende Note der britischen Regierung:

„Wir erhalten die Nachricht, daß Sultan Ibn Saud einen Angriff auf Akaba vorbereitet, das auf dem Wege nach Transjordanien liegt und somit zum Herzen des Mittleren Ostens führt. Da Transjordanien unter britischem Mandat steht, ist die britische Regierung verpflichtet, ihr Möglichstes zu tun, um Feindseligkeiten von dessen Grenzen fernzuhalten. Sie ersucht daher den Exkönig Hussein, Akaba und Maan unter das britische Mandat zu stellen und vom Hedschas abzutrennen, sowie Akaba innerhalb dreier Wochen, vom 28. Mai an gerechnet, zu

verlassen. Falls der Exkönig diese Forderung nicht annimmt, wird die britische Regierung zu ihrem Bedauern Akaba und Maan mit Gewalt nehmen müssen. Großbritannien kann einem weiteren Verbleiben des Exkönigs in Akaba nicht zustimmen, da er von dort aus Truppen an König Ali geschickt hat, die gegen den Sultan von Nedjid, unseren Verbündeten, fechten. König Ali und Emir Abdallah sind unter gleichem Datum vom Inhalt dieser Note in Kenntnis gesetzt worden. In Erwartung baldiger Antwort. Gez. Chamberlain.

Hussein mußte sich fügen und reiste am 18. Juni unter Begleitung eines britischen Kreuzers von Akaba nach Cypern ab. Am selben Tage sind Akaba (ein herrlicher Naturhafen am Roten Meer, ca. 1000 Einwohner) und Maan (eine kleine Wüstenstadt. ca. 3000 Einwohner) mit Transjordanien vereinigt worden. Ein Gebietsstreifen von 30 000 Quadratkilometer ist auf diese Weise Transjordanien einverleibt worden. Dieser Gebietszuwachs ist zwar fast nur Wüstenland, hat aber eine weitreichende strategische und politische Bedeutung. Akaba, die durch Hedschasbahn mit dem Hafen von Haifa verbunden sein wird, muß sich zu einem großen modernen Hafen entwickeln. Die Linie Jaffa—Akaba bedeutet die Verbindung vom Mittelmeer mit dem Roten Meer; der Landweg von Jerusalem nach dem Jrak mit seinem Petroleum ist dadurch gegen Süden gesichert und von Frankreich unabhängig geworden. Mit der Besetzung der Eisenbahnstation Tebuk hat nunmehr England fast die Hälfte der von Abdul Hamid mit Spenden der Muslims aller Länder erbauten Pilgerbahn nach Medina in ihrer Hand und rückt bis auf 390 Meilen an Medina heran.

Diese Annexion von Akaba und Maan wurde Gegenstand interessanter Auseinandersetzungen im englischen Parlament. In der Sitzung des Unterhauses fragte Captain Wedgwood den Kolonialminister Amery, ob die Grenzen Transjordaniens im Mandat festgelegt sind und ob an den Gerüchten, daß diese Grenzen geändert werden, etwas wahres wäre. Der Unterstaatssekretär für die Kolonien Ormsby Gore erwiderte, daß die nördliche Grenze Transjordaniens in der englisch-französischen Konvention vom 23. September 1923, die westliche nach dem vom britischen Vertreter dem Völkerbund unterbreiteten Memorandum am 23. September 1922 vom Völkerbundsrat festgelegt worden sind. D i e s e Grenzen haben keine Aenderungen erfahren. Die südliche und die östliche Grenze sind überhaupt noch nicht gezogen worden.

Am 6. Juli ergänzte der Kolonialminister Amery diese Erklärungen. In Beantwortung einer Anfrage des Captain Wedgwood, auf Grund welcher Befugnisse er (der Kolonialminister) jüngst die südliche Grenze Transjordaniens festgesetzt hat, erklärte Amery:

„Der Völkerbund billigte am 23. September 1922 eine Definition des Territoriums Transjordaniens, dessen Grenzen von einem Punkt zwei Meilen westlich der Stadt Akaba zum Zentrum von Wady Araba, zum Toten Meer und zum Fluß Jordan bis zu seiner Verbindung mit dem Fluß Yarmuk und dann zur syrischen Grenze laufen. Aus dieser Definition geht klar hervor, daß das transjordanische Territorium sich über die Stadt Akaba hinaus erstreckt. Die Grenzen zwischen Transjordanien und den unabhängigen arabischen Territorien von Hedschas und Nejd konnten niemals bisher gezogen werden, obwohl die britische Regierung zu verschiedenen Zeiten den Sultan von Nejd und den König von Hedschas zu einer Festsetzung dieser Grenzen eingeladen hatte. Die britische Regierung hat beiden Parteien mehr als einmal klar zu verstehen gegeben, daß sie als richtige Grenze den Punkt zwischen Maan und Tebuk, der von der Hedschas-Eisenbahn durchkreuzt wird, und einen transjordanischen Zugang zum Meere in der Nachbarschaft von Akaba zuläßt, betrachtet. König Hussein hatte zuerst anerkannt, daß über die Zugehörigkeit des Villayets Maan noch keine Regelung besteht, ließ aber trotzdem durch dieses Territorium Kriegstransporte gehen. Um die Neutralität zu wahren, wurden Schritte unternommen, um die Kontrolle der transjordanischen Administration in einer Gegend, die laut dem Mandat ihrer Obhut obliegt, durchzuführen. Der frühere König von Hedschas, dem anfangs erlaubt worden war, in Akaba eine Zuflucht zu finden, wurde nunmehr eingeladen, Akaba zu verlassen und nach der Insel Cypern zu gehen. Die Autorität des Emirs Abdullah von Transjordanien wird nun bis zu den gezogenen Grenzen ausgedehnt werden."

In allen Beziehungen und von jedem Standpunkt aus hat sich bisher die Lostrennung Transjordaniens von Palästina als ein künstliches und nicht gelungenes Experiment erwiesen. Noch 1920, als die ersten Schritte in dieser Richtung gemacht wurden, schrieb „Palestine": „Cisjordanien und Transjordanien sind geographisch, wirtschaftlich, historisch und strategisch untrennbar; es sind zwei Hälften eines einzigen ganzen Palästinas. Der Jordan ist keine Grenz- und Trennungslinie und kein Hindernis und war es nie. Handel und Verkehr gingen immer hinüber und herüber, und dieselben Völkerschaften und derselbe Staat hielten zu jeder Zeit beide Jordanufer besetzt. Gilead ist die erste jüdische Stellung in Palästina. Die reichen und zum großen Teil leeren Gebiete Transjordaniens sind für das wirtschaftliche Leben eines jüdischen Palästinas unentbehrlich. Daß Transjordanien strategisch von Cisjordanien untrennbar ist, beweist die ganze Geschichte, und die zahlreichen Raubzüge der letzten Jahre illustrieren diese Behauptung."

Diese Auffassung ist schon lange Gemeingut aller, die unvoreingenommen die Lage Transjordaniens studieren und beurteilen. Die Konferenz der englischen Labour Party in Brayton im Juni 1921 sprach ihr Bedauern darüber aus, daß „die ökonomische und administrative Einheit Palästinas" zerstört worden ist, und daß infolge einer „bedeutenden Verminderung des Territoriums, besonders durch Abtrennung von Hauran und Obergaliläa, der Kolonisation eine ernste Gefahr droht"; die Konferenz forderte die Regierung auf, „die Vereinigung von Ost- und Westpalästina herbeizuführen". Ein dermaßen ausgesprochener Antizionist, wie Lord Raglan, hat sich auf einer Versammlung der „Gesellschaft für den Nahen und Mittleren Osten" entschieden in dem Sinne aussprechen müssen, „es sei auch kein strategischer Grund dafür vorhanden, die Absonderung Transjordaniens vom übrigen Palästina aufrecht zu erhalten, da zwischen den Distrikten jenseits des Jordans und dem diesseitigen Palästina eine größere natürliche Verbindung besteht, als zwischen den einzelnen transjordanischen Distrikten selbst. Sie sind in allen Dingen, außer den Nahrungsmtiteln, auf Palästina und Damaskus angewiesen."

Dieser wirtschaftliche Standpunkt ist besonders hervorzuheben. Sogar das offizielle zionistische Zentralorgan „Haolam" schrieb im Mai 1924 anläßlich der Palästina-Debatte im Herrenhaus: „Wir kommen nicht um die Tatsache herum, daß Palästina westlich und östlich des Jordans eine ökonomische Einheit bildet. Besonders ein industriell sich entwickelndes Palästina kann ohne das transjordanische Hinterland nicht bestehen." Beide Länder stehen in engster wirtschaftlicher Verbindung miteinander. Zwischen ihnen besteht keine Zollschranke. Jerusalem und Nablus sind die wichtigsten Distributionszentren für die Gebiete östlich des Jordans, deren wichtigste Einfuhrwaren Baumwoll- und Wollwaren, sowie Tabak und Zucker sind, während Palästina aus Transjordanien beträchtliche Quantitäten Weizen erhält. Ueber die Größe des transjordanisch-palästinensischen Handels sind keine Statistiken vorhanden. Einige Vorstellung darüber gibt aber die Höhe der Import- und Exportzölle, den die palästinensische Regierung an Transjordanien nach dem geschätzten Wert des transjordanischen Außenhandels zahlt: Im Jahre 1921/22 waren es 5,08 Prozent der gesamten Einfuhr- und Ausfuhrzölle. Der Bericht des Handels- und Industriedepartements in Jerusalem für das Jahr 1920/21 schätzt den Handel zwischen Palästina und Transjordanien (für Waren, die zollpflichtig wären) auf 300 000 Pfund ein.

Für die jüdische Kolonisation sind die zum größten Teil brachliegenden und unvergleichlich fruchtbaren Flächen Trans-

jordaniens ein natürlicher und reicher Landfonds. Der Chef der dänischen Palästina-Expedition, Gunar Sommerfeld, der das ganze Ostjordanland durchquert hat, bezeichnet es als „vollständig vernachlässigt und fast menschenleer. Bei den „Heißen Quellen" z. B., die mit einem Dampfboot in kürzester Zeit von Jericho aus zu erreichen sind und die einst das Zentrum des ganzen Landes waren, hausen jetzt nur ein paar Nomaden in ihren Zelten. Und das prachtvolle Ackerland, das in biblischen Zeiten Palästinas Millionenbevölkerung versorgte, liegt heute brach. Wenn moderne Menschen und Geld nach Transjordanien kämen, dann müßte dieses Land, trotz seiner relativ geringen Regenmenge, landwirtschaftlich mit meiner Heimat Dänemark konkurrieren können: so fruchtbar ist der Boden, der heute kaum eine Viertel Million Menschen kümmerlich ernährt."

Dasselbe Urteil fällt auch Prof. Passarge, der in seinem Artikel in den „Naturwissenschaften" daran erinnert, daß das Ostjordanland im Altertum von märchenhafter Fruchtbarkeit und eine der wichtigsten Kornkammern des alten Rom war; nur seitdem der Islam hier herrscht, ist es zu einer fürchterlichen Steinwüste geworden. Jetzt liegt dieser herrliche Boden unter den Platten des Steinpflasters, der sogenannten Hamada; nach Entfernung dieser Lavaplatten tritt die fruchtbare Erde zutage, die einst den Hauran zur Kornkammer machte. „Einst war der Hauran," schließt Prof. Passarge, „als geordnete Verhältnisse herrschten, eine Kornkammer des römischen Reiches, könnte es das nicht wieder werden?"

Dazu gehören aber „geordnete Verhältnisse", Menschen und Geld: das alles hat das selbständige Transjordanien nicht zu schaffen vermocht. Die Absonderung Transjordaniens von Palästina hat sich bis jetzt in keiner Hinsicht bewährt.

Es scheint, daß man jetzt auch in England diese Tatsachen allmählich zu begreifen beginnt. Es mehren sich Anzeichen, die darauf schließen lassen. Am 28. Mai 1924 ist der Paßzwang, d. h. das Visum für Reisen von Palästina nach Transjordanien aufgehoben worden, was selbstverständlich eine große praktische und prinzipielle Bedeutung hat. Der frühere englische Resident in Amman, Mister John Philby, der augenscheinlich zu weitgehende Versprechen den Arabern gemacht hatte, wurde durch Kolonel Cox ersetzt. Dieser ist aber hinfort nicht selbstständig, wie es früher Mr. Philby war, sondern dem englischen High Commissioner in Palästina, als dem Vertreter der Mandatsmacht für das ganze Mandatsterritorium, d. h. Palästina und Transjordanien, unterstellt. „Das ist aber nicht so zu verstehen," interpretierte am 4. März d. J. im Oberhaus der Unter-

staatssekretär für Kriegswesen Graf von Onslow, „daß die transjordanische Verwaltung ganz von der Palästinabewegung abhängig sei: es existieren zwei ganz besondere Verwaltungen." „Aber," mußte er weiter gestehen, „aus administrativen Rücksichten stehen verschiedene Leiter von Palästinadepartements dem transjordanischen Residenten als Sachverständige zur Verfügung, wenn auch zeitweilig." Das gab die Möglichkeit, die Geschäfte der englischen Regierung in Transjordanien nur durch fünf britische Beamte zu führen: drei von diesen sind der Palästinaregierung unterstellt, einer ist Beamter des königlichen Luftwesens, einer im zeitweiligen Vertragsdienst. Dieser kleine Beamtenapparat ist nur dank der engsten Verbindung mit der Palästina-Administration möglich.

Diese administrative Verbindung ist eine natürliche Folge der Erkenntnis der Unmöglichkeit eines vollständig abgesonderten Bestehens Transjordaniens. Aufgabe der zionistischen Politik wird es sein, diese Erkenntnis zu vertiefen und eine möglichst enge Vereinigung Palästinas östlich und westlich des Jordans herbeizuführen.

ZUR ARABERFRAGE

DIE EISERNE WAND (WIR UND DIE ARABER)

Entgegen der guten Regel — einen Artikel direkt mit dem Wichtigsten zu beginnen — bin ich gezwungen, diesen Aufsatz mit einem Vorworte, und dazu noch mit einem persönlichen Vorworte einzuleiten. Der Verfasser dieser Zeilen gilt als Feind der Araber, als Anhänger ihrer Verdrängung aus Palästina usw. Das ist unrichtig. Mein gefühlsmäßiges Verhalten zu den Arabern ist dasselbe wie zu allen anderen Völkern: höfliche Gleichgültigkeit. Das politische Verhalten wird durch zwei Prinzipien bestimmt. Ich halte erstens eine Verdrängung der Araber aus Palästina in jeder Form für absolut unmöglich; Palästina wird immer ein Nationalitätenstaat bleiben — was mir vollständig genügt, unter der Bedingung, daß die Juden zur Mehrheit werden. Zweitens: Ich gehöre derjenigen Gruppe an, die einmal das Helsingforser Programm formuliert hat. Wir formulierten es nicht nur zugunsten der Juden, sondern zugunsten aller Völker; seine Basis ist Gleichberechtigung der Nationalitäten. Wie alle

anderen, bin auch ich bereit, auf dieser Basis für uns und für unsere Nachkommen den Eid zu leisten. Das scheint mir ein ziemlich friedliches Credo. Aber ganz anders gestaltet sich die Frage, ob friedliche Absichten auch auf friedlichem Wege erreicht werden können, da die Antwort auf diese Frage mit unserer Beziehung zu den Arabern nichts zu tun hat: Sie wird ausschließlich bestimmt von der Beziehung der Araber zum Zionismus.

Nach dieser Vorrede können wir zum eigentlichen Thema kommen.

I.

Von einer freiwilligen Versöhnung der palästinensischen Araber mit uns kann keine Rede sein; weder jetzt noch in absehbarer Zukunft. Diese Ueberzeugung äußere ich in einer derart scharfen Form, nicht aus dem Grunde, weil es mir gefällt, gutherzige Leute zu kränken. Uebrigens glaube ich nicht, daß sie sich darüber kränken werden, da sie alle, mit Ausnahme der Blindgeborenen, schon lange aus Eigenem begriffen haben, daß es ganz unmöglich ist, eine freiwillige Einwilligung der Araber Palästinas zur Umwandlung desselben Palästinas aus einem arabischen Lande in ein Land mit einer jüdischen Majorität zu erlangen.

Jeder Leser hat einen gewissen allgemeinen Begriff über die Geschichte der Kolonisation anderer Länder. Ich empfehle dem Leser, sich an alle bekannten Beispiele zu erinnern — und dann zu versuchen, die ganze Reihe überblickend, einen einzigen Fall zu finden, wo eine Kolonisation sich unter der Zustimmung der Eingeborenen vollzogen hat. Ein solcher Fall ist nicht vorgekommen.

Eingeborene, gleichgültig, ob zivilisiert oder unzivilisiert, haben immer hartnäckig gegen Kolonisatoren, gleichgültig ob zivilisiert oder unzivilisiert, gekämpft. Dabei hat das Verhalten der Kolonisatoren gar keinen Einfluß auf das Verhalten der Einheimischen gehabt. Die Gefährten eines Cortez und Pizarro oder (wird man vielleicht behaupten) auch unsere Vorfahren zur Zeit Joschua Ben Nun benahmen sich wie Räuber; aber die englischen und schottischen Pilgrim-Fathers, die ersten wirklichen Pioniere Nordamerikas, waren ausgesuchte Leute von hohem ethischen Pathos, Leute, die nicht nur die Indianer nicht übervorteilen, ja sogar nicht einmal einer Fliege etwas zu Leide tun wollten, und die aufrichtig glaubten, daß in den Prärien genügend Platz für die Weißen und die Roten vorhanden sei. Und doch haben die Einheimischen mit derselben Wut gegen die guten und gegen die bösen Kolonisatoren gekämpft. Dabei spielt auch die Frage gar keine Rolle, ob in dem Lande

viel Boden vorhanden ist. Man zählte im Jahre 1921 auf dem Territorium der Vereinigten Staaten 340 00 Indianer; ihre Zahl war aber auch in ihrer besten Zeit nicht höher als ¾ Millionen auf dem ganzen riesigen Gebiet von Labrador bis zum Rio Grande. Es gab damals keinen Menschen auf der Welt, der eine derart rege Phantasie gehabt hätte, um sich ernst die Gefahr einer wirklichen „Verdrängung" der Eingeborenen durch die Fremdlinge einbilden zu können. Die Eingeborenen haben gekämpft, nicht etwa, weil sie sich bewußt vor der Verdrängung fürchteten, sondern ganz einfach darum, weil eine Kolonisation dem Eingeborenen niemals, nirgends und unter keinen Umständen annehmbar erscheinen kann. Jedes einheimische Volk, gleich ob es zivilisiert oder wild ist, betrachtet sein Land als sein nationales Heim, wo es der einzige Herr ist und für immer bleiben will; nicht nur neue Wirte, auch neue Mitbeteiligte oder Partner in der Wirtschaft wird es nicht freiwillig zulassen.

Dies bezieht sich auch auf die Araber. Die Friedenstifter in unseren Reihen versuchen uns zu überreden, daß die Araber entweder Narren sind, die man mit einer „milderen" Formulierung unserer wirklichen Ziele täuschen kann, oder daß sie eine bestechliche Bande sind, die gegen kulturelle und ökonomische Vorteile uns den Vorrang in Palästina abtreten wird. Ganz entschieden bin ich mit dieser Ansicht über die palästinensischen Araber n i c h t einverstanden. Kulturell sind sie um 500 Jahre hinter uns zurückgeblieben; in geistiger Hinsicht besitzen sie weder unsere Widerstandsfähigkeit noch unsere Willensstärke, damit ist aber der ganze innere Unterschied erschöpft. Sie sind nämlich genau so scharfsinnige Psychologen wie wir und sind wie wir seit Jahrhunderten durch schlaue „Pilpul" erzogen: Wir können ihnen erzählen, was wir wollen, sie verstehen doch die Tiefe unserer Seele genau so gut, wie wir die Tiefe ihrer Seele erfassen. Und zu Palästina hegen sie mindestens dieselbe instinktive Liebe und organische Eifersucht wie die Azteken zu ihrem alten Mexiko und die Sioux zu ihren Prärien. Die Einbildung der Arabophilen, daß dieses Volk freiwillig in eine Verwirklichung des Zionismus einwilligen wird, als Gegenwert für die moralischen und materiellen Bequemlichkeiten, die ihm der jüdische Kolonisator mitbringen wird — diese kindische Phantasie stammt aus einer Art voreingenommener Verachtung des arabischen Volkes, einer Art Pauschalvorstellung von der arabischen Rasse als einem bestechlichen Gesindel, das bereit ist, sein Vaterland für ein gutes Eisenbahnnetz abzutreten. Diese Vorstellung entbehrt jeder Grundlage. Man sagt, daß einzelne Araber oft bestechlich sind. Daraus folgt aber nicht, daß das palästinensische Arabertum als Ganzes fähig wäre, seinen eifersüchtigen Patriotismus zu verkaufen, etwas, das nicht einmal die

Papuas verkauft haben. Jedes Volk kämpft gegen die Kolonisation, solange es noch die geringste Hoffnung hat, sich von der Gefahr der Kolonisation zu befreien. So handeln die Araber von Palästina und so werden sie auch handeln, solange sie noch einen Funken solcher Hoffnung haben.

II.

Viele von uns glauben noch immer naiv, daß hier nur ein Mißverständnis vorliegt: Die Araber hätten uns nicht verstanden und deshalb seien sie gegen uns; und nun, wenn wir ihnen erläutern könnten, was für bescheidene Absichten wir haben, so würden sie uns die Hand reichen. Dies ist ein wiederholt nachgewiesener Irrtum. Ich will nur an einen Fall von vielen erinnern. Vor ungefähr drei Jahren hat Herr Sokolow während seines Aufenthaltes in Palästina über dieses „Mißverständnis" eine große Rede gehalten. Er hat klar bewiesen, wie sehr sich die Araber irren, wenn sie glauben, daß wir ihnen ihr Eigentum wegnehmen oder sie zum Auswandern zwingen oder sie unterdrücken wollen. Wir wollen nicht einmal eine jüdische Regierung, wir wollen nur eine Regierung als Mandatarin des Völkerbundes. Diese Rede hat damals die arabische Zeitung „El-Carmel" in einem Leitartikel beantwortet, dessen Sinn ich hier zwar aus dem Gedächtnisse, aber genau wiedergebe: Die Zionisten regen sich unnötig auf; es liegt gar kein Mißverständnis vor. Herr Sokolow sagt die Wahrheit, aber die Araber verstehen sie auch ohne ihn sehr gut. Gewiß träumen die Zionisten jetzt weder von einer Verdrängung der Araber noch von ihrer Unterdrückung, noch von einer jüdischen Regierung. Derzeit wollen sie nur eines, daß die Araber sie ungehindert einwandern lassen sollen. Die Zionisten versichern, daß sie nur in denjenigen Quoten immigrieren werden, die nach der wirtschaftlichen Tragkraft Palästinas zweckmäßig erscheinen. Die Araber haben dies auch niemals bezweifelt: das ist doch ein Truismus, in einer anderen Weise ist es doch nicht denkbar zu immigrieren. Der arabische Redakteur ist sogar gerne bereit zuzugeben, daß die potentielle Fassungskraft Palästinas sehr groß ist, das heißt, daß man im Lande beliebig viel Juden ansiedeln kann, ohne einen einzigen Araber zu verdrängen. „Nur das" wollen auch die Zionisten und eben dasselbe wollen die Araber nicht. Weil nämlich dann die Juden die Majorität erhalten werden, woraus schon automatisch eine jüdische Regierung entstehen wird; und dann wird das Schicksal der arabischen Minorität vom guten Willen der Juden abhängig sein; und daß die Lage einer Minorität nicht sehr vorteilhaft ist, davon erzählen doch die Juden selbst mit ganz besonderer Beredtsamkeit. Es sind daher keine Mißverständnisse vorhanden. Die Juden wollen nur eins, die

Freiheit der Immigration; die Araber wollen aber eben die jüdische Immigration nicht.

Diese Erwägung des arabischen Redakteurs ist so klar und unwiderlegbar, daß man sie auswendig lernen und allen unseren weiteren Exkursionen in die Araberfrage als Leitsatz zugrunde legen sollte. Es handelt sich nicht darum, welche Worte, ob Theodor Herzls oder Herbert Samuels, wir für die Aufklärung unserer kolonisatorischen Bemühungen benützen werden. Die Kolonisation trägt in sich selbst ihre einzige, unveräußerliche, jedem normalen Juden und jedem normalen Araber verständliche Erklärung. Die Kolonisation kann nur ein Ziel haben; für die palästinensischen Araber ist dieses Ziel unannehmbar; das liegt alles in der Natur der Dinge, und leider läßt sich diese Natur nicht ändern.

III.

Vielen scheint folgender Plan verlockend zu sein: die Einwilligung für den Zionismus nicht von den palästinensischen Arabern zu erlangen, da dies unmöglich ist, sondern von der übrigen arabischen Welt — Syrien, Mesopotamien, Hedschas und sogar Aegypten.

Falls etwas derartiges denkbar wäre, so würde dies doch nichts im Grunde ändern. In Palästina selbst wäre das Verhältnis der Araber zu uns dasselbe geblieben. Seinerzeit sind als Preis für die Einigung Italiens das Trento und Triest unter österreichischer Herrschaft geblieben. Die italienischen Bewohner des Trento und von Triest haben sich aber damit nicht befriedigt, sondern setzten im Gegenteil mit einer verdreifachten Energie den Kampf gegen Oesterreich fort. Falls es auch gelänge (woran ich zweifle), die Araber von Bagdad und Mekka zu überreden, daß Palästina für sie nur ein kleines, bedeutungsloses Grenzgebiet ist, so würde auch dann Palästina für die palästinensischen Araber nicht ein Grenzgebiet, sondern ihr einziges Vaterland, der Mittelpunkt und die Stütze ihrer eigenen nationalen Existenz bleiben. Deshalb wäre man auch dann gezwungen, die Kolonisation gegen den Willen der palästinensischen Araber zu unternehmen, das heißt unter denselben Verhältnissen wie jetzt.

Aber auch ein Uebereinkommen mit den Arabern außerhalb Palästinas ist für uns eine unrealisierbare Phantasie. Für eine Konzession von derartiger Bedeutung, wie Verzicht auf den arabischen Charakter Palästinas (eines Landes, das gerade im Mittelpunkte der „Federation" liegt) — müßten wir den Nationalisten von Bagdad, Mekka und Damaskus ein sehr großes Aequivalent anbieten. Es ist klar, daß nur zwei Formen für dieses Aequivalent denkbar sind: entweder Geld oder politischen Bei-

stand oder beides zusammen. Wir können aber weder das eine noch das andere anbieten. Was Geld anbelangt, so ist es lächerlich zu denken, daß wir imstande sind, Mesopotamien und Hedschas zu finanzieren, nachdem es uns sogar für Palästina nicht langt. Für jedes Kind ist es klar, daß jene Länder, mit ihren billigen Arbeitskräften, die nötigen Kapitalien einfach am Markte finden werden, ja viel leichter sogar, als wir sie für Palästina finden werden. Alles Gerede von einer materiellen Unterstützung ist entweder kindische Selbsttäuschung oder gewissenloser Leichtsinn. Und besonders gewissenlos wäre es unsererseits, ernst von einer politischen Unterstützung des arabischen Nationalismus zu sprechen. Der arabische Nationalismus strebt nach demselben, nach dem der italienische bis 1870 gestrebt hat: nach Einigung und staatlicher Selbständigkeit. Mit einfachen Worten bedeutet dies eine Vertreibung Englands aus Mesopotamien und Aegypten, die Verjagung Frankreichs aus Syrien und später vielleicht auch aus Tunis, Algerien und Marokko. Dabei mitzuhelfen, wäre unsererseits Selbstmord und Verrat. Wir stützen uns auf das englische Mandat; die Deklaration von San Remo hat auch Frankreich unterzeichnet. Wir dürfen nicht an einer politischen Intrige teilnehmen, die eine Vertreibung Englands vom Suezkanal und vom Persischen Golf und eine vollständige Vernichtung Frankreichs als Kolonialmacht im Orient bezweckt. Ein derartiges Doppelspiel ist nicht nur unstatthaft: es schickt sich auch nicht, etwa daran zu denken. Man wird uns zerdrücken — und mit wohlverdienter Schmach — bevor wir noch die geringste Bewegung in dieser Richtung machen werden.

Die Schlußfolgerung: weder den palästinensischen noch den übrigen Arabern können wir eine in ihren Augen genügende Kompensation für Palästina anbieten. Eine freiwillige Uebereinkunft ist deswegen undenkbar. Und deswegen können diejenigen, die eine derartige Uebereinkunft als conditio sine qua non des Zionismus ansehen, schon jetzt „non" sagen und vom Zionismus Abstand nehmen. Die zionistische Kolonisation muß man entweder einstellen oder sie gegen den Willen der einheimischen Bevölkerung weiterführen. Sie kann daher nur unter dem Schutze einer von der einheimischen Bevölkerung unabhängigen Macht — einer eisernen Wand — die die einheimische Bevölkerung nicht durchbrechen kann, weitergeführt und entwickelt werden.

Darin besteht auch unsere ganze arabische Politik; nicht nur „sollte bestehen", sondern sie besteht auch tatsächlich darin, wenn wir es auch mit noch so viel Redensarten verhüllen würden. Wozu die Balfour-Deklaration? Wozu das Mandat? Ihr Sinn und Bedeutung besteht für uns darin, daß eine fremde

Macht sich verpflichtet hat, solche Verwaltungs- und Sicherheitsverhältnisse im Lande zu schaffen, daß der einheimischen Bevölkerung ohne Rücksicht auf ihre Wünsche die Möglichkeit genommen wäre, die jüdische Kolonisation administrativ oder politisch zu verhindern. Und wir alle, ausnahmslos alle, treiben tagtäglich diese äußere Macht an, damit sie diese Rolle fest und ohne Nachsicht ausführen soll. In dieser Hinsicht gibt es keinen wirklichen Unterschied zwischen unseren „Militaristen" und unseren „Vegetariern". Die einen ziehen eine eiserne Wand aus jüdischen, die anderen aus irländischen Bajonetten vor; die dritten, die Anhänger eines Uebereinkommens mit Bagdad, sind bereit, sich mit bagdadischen Bajonetten zu begnügen (ein sonderbarer und gefährlicher Geschmack); wir alle aber bemühen uns Tag und Nacht um die eiserne Wand. Dabei aber, mit unserer Deklaration von der Uebereinkunft, verderben wir selbst unsere Sache, indem wir der Mandatarmacht zu verstehen geben, daß es sich nicht um die eiserne Wand, sondern um immer neue und neue Redereien handelt. Es sind dies Deklamationen, die unsere Sache zugrunde richten. Sie zu diskreditieren, zu zeigen, daß sie ebenso phantastisch wie auch objektiv-unehrlich sind, ist daher nicht nur ein Vergnügen, sondern auch eine Pflicht.

IV.

Noch zwei kurze Bemerkungen.

Erstens: Auf den abgenützten Tadel, als ob der obenerwähnte Standpunkt unethisch wäre, antworte ich: nicht wahr. Eins von beiden: entweder ist der Zionismus moralisch oder er ist unmoralisch. Es war unsere heilige Pflicht, diese Frage für uns selbst schon früher entschieden zu haben, noch bevor wir den ersten Schekel genommen haben. Und wir haben sie doch im positiven Sinne entschieden. Ist aber der Zionismus moralisch, das heißt gerecht, so muß die Gerechtigkeit ins Leben geführt werden, ohne Rücksicht, ob A, B und C damit einverstanden sind oder nicht. Und falls A, B oder C die Verwirklichung der Gerechtigkeit mit Gewalt hindern wollen, weil sie sich dadurch benachteiligt sehen, so muß man ihnen auch mit Gewalt die Möglichkeit dazu nehmen. Das ist Ethik; eine andere Ethik gibt es nicht.

Zweitens: Das alles bedeutet nicht, daß mit den palästinensischen Arabern überhaupt keine Verständigung denkbar wäre. Nur eine freiwillige Uebereinkunft ist unmöglich. Solange die Araber nur die geringste Hoffnung haben, uns los zu werden, werden sie diese Hoffnung weder für süße Worte noch für nahrhafte Butterbrote verkaufen, eben weil sie kein Gesindel, sondern ein lebendiges, wenn auch ein zurückgebliebenes Volk sind.

Ein lebendiges Volk gibt nur dann in solchen gewaltigen, schicksalsschweren Fragen nach, wenn kein einziges Schlupfloch mehr in der eisernen Wand zu finden ist. Nur dann verlieren die radikalen Gruppen, deren Parole „Niemals" lautet, ihr Prestige; nur dann beginnen die gemäßigten Gruppen an Einfluß zu gewinnen. Nur dann werden diese gemäßigten Gruppen an uns mit Vorschlägen über gegenseitige Nachlässe herantreten; nur dann werden sie anfangen, mit uns über praktische Fragen, wie die Garantie gegen eine Verdrängung oder für die Gleichberechtigung oder nationale Selbständigkeit ehrlich zu feilschen. Der einzige Weg zur Einigkeit ist die eiserne Wand, das heißt, Befestigung einer den arabischen Einflüssen unzugänglichen Macht in Palästina; und das ist eben dasjenige, was die Araber bekämpfen. Mit anderen Worten: der einzige Weg für uns zu einer Uebereinkunft in der Zukunft besteht in dem absoluten Verzicht auf irgendwelche Versuche, eine Uebereinkunft in der Gegenwart zu erzielen.

DIE ETHIK DER EISERNEN WAND.

I.

Wir wollen auf das bereits im vorigen Artikel erwähnte Helsingforser Programm zurückblicken.*) Ich bin als einer der Verfasser natürlich am wenigsten geneigt, an der Gerechtigkeit der darin aufgestellten Grundsätze zu zweifeln. Es garantiert bürgerliche Gleichberechtigung und nationale Selbstverwaltung. Ich bin fest überzeugt, daß jeder unparteiische Richter dieses Programm als eine ideale Grundlage für ein friedliches und gut nachbarliches Zusammenleben zweier Völker anerkennen wird.

Es ist jedoch der größte Unsinn, von denselben Arabern die Psychologie eines unparteiischen Richters zu fordern, die in diesem Streite nicht Richter, sondern Partei sind. Vor allem

---

*) Anmerkung der Redaktion. Das „Helsingforser Programm" ist auf der Konferenz der russischen zionistischen Organisationen in Helsingfors im Jahre 1906 zustande gekommen und enthält das Programm der nationalpolitischen Arbeit der zionistischen Organisation in Rußland, sowie das Programm der praktischen Arbeit in Palästina. Diese beiden Momente (Gegenwarts-und Palästinaarbeit) wurden zuerst im Helsingforser Programm harmonisch vereinigt und als „synthetischer Zionismus" fortan benannt.

Das Helsingforser Programm war auf der Tagung der zionistischen Presse in Wilna vorbereitet worden, wobei die leitende Rolle an der Ausarbeitung des Programms das Redaktionskollegium des „Rasswjet": A. D. Idelsohn, V. Jabotinsky, A. O. Seidenmann, A. M. Goldstein und S. K. Gepstein, gespielt haben.

bleibt doch noch die erste und wichtigste Frage selbst dann, wenn die Araber an ein friedliches Zusammenleben glauben könnten, ob sie überhaupt „Nachbarn", wenn auch gute, im Innern des Landes, das sie als ihr eigenstes betrachten, dulden wollen. Nicht einmal jene, die uns mit wohltönenden Worten beschwichtigen wollen, dürfen den Mut haben, abzuleugnen, daß die nationale Einheitlichkeit bequemer ist als eine Vielheit. Aus welchem Grunde soll nun ein Volk, welches mit seiner Isolierung vollkommen zufrieden ist, gute Nachbarn in einer derart beträchtlichen Anzahl in sein Land hineinlassen? „Ich will nicht ihren Honig, will auch nicht ihren Stachel". — Das ist seine natürliche Antwort.

Aber auch abgesehen von dieser grundsätzlichen Schwierigkeit, kann man nicht verlangen, daß gerade die Araber an das Helsingforser Programm — oder überhaupt an irgend ein Programm eines Staates mit national gemischter Bevölkerung — glauben sollen. Eine solche Forderung aufzustellen, heißt, etwas Unmögliches verlangen. Die Theorie Springers ist kaum 30 Jahre alt. Bisher war aber noch kein Volk, und sei es auch noch so zivilisiert, bereit, diese Theorie ehrlich in der Praxis anzuwenden. Sogar die Tschechen, unter der Leitung Masaryks, dieses Lehrers aller Autonomisten, konnten oder wollten sie nicht verwirklichen.

Was nun die Araber anlangt, so hat nicht einmal ihre Intelligenz von dieser Theorie irgendetwas gehört. Wohl aber weiß diese Intelligenz sehr gut, daß die Minorität überall und immer sehr viel gelitten hat: Die Christen in der Türkei, die Mohammedaner in Indien, die Irländer unter der Herrschaft der Engländer, die Polen und Tschechen unter der Herrschaft der Deutschen, die Deutschen jetzt unter der Herrschaft der Polen und Tschechen und so weiter ohne Ende. Man müßte sich zuerst mit Redensarten beinahe bis zur Volltrunkenheit betäuben, um nach alldem zu verlangen, daß die Araber daran glauben sollen, gerade die Juden seien fähig (oder wenigstens aufrichtig willens), einen Plan zu verwirklichen, der anderen, mit größerer Autorität ausgestatteten Nationen nicht gelungen ist.

Ich beharre darauf, nicht aus dem Grunde, weil auch wir von dem Helsingforser Programm als einer Grundlage des künftigen Modus vivendi Abstand nehmen sollen. Im Gegenteil, wir — wenigstens der Verfasser dieser Zeilen — glauben an dieses Programm sowie an unsere Fähigkeit, dieses — ungeachtet des Mißerfolges aller Präzedenzfälle — im politischen Leben durchzuführen. Es wäre aber ganz zwecklos, es jetzt den Arabern gegenüber zu loben: Sie werden es nicht verstehen, seinen Grundsätzen nicht trauen, und sie nicht schätzen.

II.

Und wenn dies zwecklos ist, so ist es auch schädlich. Die politische Naivität des Juden ist unglaublich und fabelhaft; er begreift die einfache Regel nicht, daß man nie demjenigen „entgegenkommen" darf, der dir nicht entgegenkommen will.

Im alten Rußland war ein typischer Fall, daß eine der unterdrückten Nationen, geschlossen wie ein Mann, einen Kreuzzug unter der Losung des Boykotts und Pogroms gegen die Juden unternahm. Gleichzeitig erstrebte dasselbe Volk eine Autonomie für sich, ohne daraus ein Geheimnis zu machen, daß es beabsichtige, diese Autonomie zu einer noch größeren Unterdrückung der Juden auszunützen. Ungeachtet dessen haben jüdische Politiker und Publizisten (sogar aus den Reihen der Nationaljuden) es für ihre Pflicht gehalten, die autonomistischen Bestrebungen ihrer Feinde in jeder Weise zu unterstützen; weil nämlich die Autonomie eine heilige Sache ist. Wir betrachten es, wie ich schon einmal gesagt habe, geradezu als unsere Pflicht, wo immer wir die „Marseillaise" hören, sofort stramm zu stehen und Hurra zu rufen — selbst wenn Haman diese Melodie spielen würde, oder wenn dabei jüdische Knochen im Leierkasten krachen sollten. Das halten wir für politische Moralität.

Das ist aber nicht Moral, das ist Ausschweifung. Die menschliche Gemeinschaft ist auf Gegenseitigkeit aufgebaut; entfernt sie die Gegenseitigkeit, so wird das Recht zu einer Lüge. Jener Mann, der jetzt unter meinem Fenster auf der Straße vorübergeht, hat ein Recht auf Leben nur so weit, als er auch m e i n Recht auf Leben anerkennt; falls er aber mein Leben antasten will, so kann ich ihm kein Recht auf Leben zugestehen. Das gleiche gilt auch für Völker. Denn sonst würde die Welt zu einem barbarisch-tierhaften Wettrennen werden, in dem nicht nur der Schwächere, sondern auch der Sanftmütigere zugrunde gehen würde.

Die Welt muß auf gegenseitiger Bürgschaft begründet sein. Alle sollen in gleicher Weise leben können und alle sollen in gleicher Weise umkommen müssen. Aber es gibt keine Ethik, die dem Gierigen das Recht zusteht, sich bis zum Uebermaße satt zu essen, während der Bescheidene hinter dem Zaun verenden muß. Nur eine einzige Ethik ist möglich, die der Menschlichkeit, und ihre praktische Schlußfolgerung lautet in unserem Falle ungefähr so: Wenn wir auch außer dem Helsingforser Programm unsere Taschen voll verschiedener Konzessionen hätten, einschließlich unserer Einwilligung, an irgend einer phantastischen arabischen Föderation od morza do morza (von Meer zu

Meer) teilzunehmen, so könnte man doch erst dann darüber verhandeln, wenn die Araber ihre Einwilligung zur Schaffung eines jüdischen Palästinas abgeben würden.

Unsere Großväter haben dies wohl verstanden. Darüber kann man im Talmud einen sehr belehrenden Rechtsfall finden: Zwei gehen eines Weges und finden unterwegs ein Stück Tuch. Einer sagt: „Ich habe es gefunden, es gehört daher mir", der andere sagt: „das ist nicht wahr, ich habe das Tuch gefunden, und mir gehört das Tuch". Der Richter, den die beiden anrufen, teilt aber das Tuch in zwei Teile, und jeder der Starrköpfe erhält eine Hälfte.

Dieser Rechtsfall wird aber auch in einer anderen Weise vorgetragen, daß nämlich einer der beiden ein Starrkopf sei, der andere aber im Gegenteil sich entschlossen habe, die Welt durch seinen Edelsinn in Verwunderung zu setzen. So sagt er: „Wir haben zusammen das Tuch gefunden, ich fordere deshalb nur eine Hälfte, die andere Hälfte gebührt B." Der andere aber bleibt fest, er habe das Tuch gefunden, es gehöre ihm. In diesem Falle empfiehlt der Talmud dem Richter eine weise, aber für den „Gentleman" traurige Entscheidung. Der Richter sagt: „Ueber eine Hälfte ist man einig. A. gibt selbst zu, daß sie dem B. gehört. Nur die zweite Hälfte ist strittig, infolgedessen teilen wir sie in zwei Hälften." — Der Starrkopf bekommt also im ganzen drei Viertel und der „Gentleman" nur ein Viertel, und es geschieht ihm auch recht. Es ist ja recht schön, ein Gentleman zu sein, aber deshalb muß man ja noch lange kein Tropf sein. Unsere Großväter haben das ganz gut verstanden. Wir aber haben es vergessen. Wir sollten dies im Gedächtnis behalten. Insbesondere deshalb, weil es in unserem Falle um die Sache der Konzession sehr traurig bestellt ist. Das Maß der Konzessionen, die wir dem arabischen Nationalismus anbieten können, ohne den Zionismus umzubringen, ist sehr bescheiden. Auf das Bestreben, zu einer jüdischen Mehrheit im Lande zu gelangen, können wir nicht verzichten, wir können auch keine arabische Aufsicht über unsere Immigration dulden, noch ein Parlament mit einer arabischen Majorität zulassen, noch in eine arabische Föderation eintreten. Ja sogar noch mehr. Wir können nicht einmal die arabische Bewegung unterstützen, da sie uns vorläufig feindlich gegenübersteht und freuen uns alle herzlich, selbst die arabophilen Deklamatoren, an jedem Mißerfolg dieser Bewegung nicht nur im benachbarten Ostjordangebiet in Syrien, sondern auch in Marokko. Und so wird es auch bleiben, weil es nicht anders sein kann, bis eines Tages die eiserne Wand die Araber zwingen wird, sich mit dem Zionismus ein für allemal abzufinden.

III.

Stellen wir uns einen Augenblick auf den Standpunkt derjenigen, denen dies alles unmoralisch scheint. Denken wir nach. Die Wurzel alles Uebels besteht freilich darin, daß wir ein Land gegen den Willen seiner Bevölkerung, infolgedessen mit Gewalt kolonisieren wollen. Alle anderen Unannehmlichkeiten wachsen aus dieser Wurzel mit automatischer Unvermeidlichkeit. Was ist nun zu tun?

Der einfachste Ausweg wäre, nach einem anderen Lande für unsere Kolonisation Umschau zu halten. So zum Beispiel: Uganda. Bei einer näheren Betrachtung wird man aber auch hier dasselbe Unheil finden. Auch Uganda hat eine einheimische Bevölkerung, die sich natürlich, wie in allen anderen Beispielen der Geschichte, instinktiv oder bewußt dem Andrange der Kolonisatoren widersetzen wird. Die Tatsache, daß diese Eingeborenen schwarz sind, ändert nichts am Wesen der Dinge. Wenn es unmoralisch ist, ein Land gegen den Willen der Eingeborenen zu kolonisieren, so muß doch diese Moral für schwarze Menschen genau so Geltung haben, wie für weiße. Man kann freilich hoffen, daß die schwarzen Menschen noch nicht so entwickelt sind, um Delegationen nach London zu schicken, eine sehr schwache Hoffnung, da sich überall gute Freunde weißer Farbe finden werden, um sie zu belehren. Und wenn auch diese Eingeborenen wie hilflose Kinder wären, so liegt der Fall noch viel schlimmer. Da eine Kolonisation einem Raubüberfall analog ist, so wäre es doch das größte Verbrechen, hilflose Kinder zu berauben. Daher ist auch Uganda unmoralisch, daher ist auch jedes andere Gebiet, unabhängig von seinem Namen, „unmoralisch". Unbewohnte Inseln gibt es in der Welt nicht mehr. In jeder Oase sitzt schon seit unvordenklichen Zeiten eine eingeborene Bevölkerung, die keine eingewanderte Mehrheit oder überhaupt keinen Andrang von Fremdlingen dulden will. Wenn nun irgendwo auf der Welt ein landloses Volk existiert, dann muß sogar sein Traum von einem nationalen Heim ein unmoralischer Traum sein. Die Landlosen müssen für immer landlos bleiben. Der ganze Boden der Welt ist bereits verteilt und damit basta, das verlangt die Ethik.

In unserem Falle hat die Ethik ein besonders interessantes Ansehen. Wir Juden zählen, sagt man, auf der ganzen Welt 15 Millionen Menschen. Die Hälfte lebt jetzt buchstäblich wie hauslose, verfolgte Hunde. Die Zahl der Araber beträgt insgesamt 38 Millionen. Sie bewohnen Marokko, Algier, Tunis, Tripolis, Aegypten, Syrien, Arabien und Mesopotamien — ein Gebiet, das ohne die Wüsten in seiner Ausdehnung der Hälfte Europas gleichkommt. Durchschnittlich entfallen auf diesem

riesigen Gebiete 16 Araber auf eine englische Quadratmeile; es ist nützlich, vergleichsweise daran zu erinnern, daß in Sizilien 352 und in England 669 Einwohner auf eine Quadratmeile entfallen. Noch nützlicher wäre es, daran zu erinnern, daß Palästina ungefähr den 200. Teil dieses Gebietes ausmacht. Wenn aber das obdachlose Judentum Palästina für sich fordert, so ist dies aus dem Grunde „unmoralisch", weil es den Eingeborenen nicht paßt. Eine derartige Ethik kann wohl unter Menschenfressern, nicht aber in der zivilisierten Welt Geltung haben. Der Boden gehört nicht denjenigen, die ihn im Uebermaß besitzen, sondern denjenigen, die keinen haben. Es ist ein Akt der Gerechtigkeit, den Völkern, die zu den Großgrundbesitzern der Erde zählen, eine Parzelle zu enteignen, um einem Wandervolke Zuflucht zu gewähren. Wenn ein solches Großgrundbesitzervolk das nicht will — was ja ganz natürlich ist — so muß man es dazu zwingen. Die Gerechtigkeit, die mit Gewalt durchgeführt wird, hört daher nicht auf, die heilige Gerechtigkeit zu sein. Darin besteht die einzige für uns objektiv mögliche arabische Politik. Ueber eine Uebereinkunft werden wir auch später Zeit finden, zu debattieren.

ISLAM.

I.

Wollen wir einmal untersuchen, ob und in welchem Maße die bei uns verbreitete Mär von der großen politischen Macht des Islams zutrifft. Diese Mär spielt gegenwärtig eine große Rolle in unserem Leben. Die Verteidiger unserer offiziellen Politik begnügen sich nicht damit, daß sie ihre eigenen Führer, die fast alle politischen Stellungen kampflos aufgegeben haben, decken. Sie gehen weiter und bemühen sich, auch die englische Regierung zu decken, die angeblich „nicht anders handeln konnte", „weil sie den Islam fürchte". Ob England sich vor dem Islam „fürchte", ist eine psychologische Frage, auf die wir nicht eingehen wollen. Aber die Frage, ob es ernste Gründe gibt für diese Furcht, ob der Islam tatsächlich eine Macht darstellt, vor der ein mächtiges Kulturland, den eigenen Interessen und der sittlichen Pflicht zuwider, zurücktreten muß, ist eine objektive Frage, eine Frage vom Verhältnis der Kräfte, über die wir uns klar zu werden versuchen müssen.

Ehe wir an das Problem herangehen, ist es von Nutzen, einiges aus der Geschichte zu rekapitulieren. Bis zum letzten Kriege nahm Europa, im Laufe der letzten hundert Jahre, dem Islam nach und nach Griechenland, Transkaukasien, Serbien,

Rumänien, Bulgarien, Marokko, Tripolitanien, Algier, Aegypten, Tunis, Sudan, Kreta, Mazedonien, Phrakien, kurz alles weg bis auf Konstantinopel, Kleinasien und Afghanistan. Die meisten dieser Annektionen erfolgten in einer Epoche, als der Islam stärker, Europa dagegen schwächer war als heutzutage. Denn vor achtzig Jahren bedeutete der islamische Fanatismus im Osten einen ungleich festeren Verband als gegenwärtig. Ueberdies war die Hauptstütze des Islams, die Türkei, damals noch eine Großmacht ersten Ranges. Die Technik spielte damals noch keine so große Rolle in der Kriegskunst wie jetzt, es gab keine Flugzeuge, keine Giftgase, keine Panzerautomobile, keine Maschinengewehre. Deshalb war beiläufig nicht nur in der Epoche der Befreiung Serbiens, sondern ebensowenig in der Epoche des Kampfes um Algier der Unterschied in der Rüstung Europas und des Islams bei weitem nicht so gewaltig wie jetzt. Dessenungeachtet waren die Annektionen erfolgt und der Islam fügte sich, er fügte sich gehorsamst. Während dieser hundert Jahre gab es, abgesehen von dem Aufstand der Sipaier, der nur zur Hälfte islamischen Charakter trug, keinen nennenswerten Aufruhr in den mohammedanischen Kolonien, nachdem sie unter europäische Gewalt gestellt worden waren. Die Serben und die Bulgaren lehnten sich gegen die Türkei auf; die Italiener lehnten sich gegen Oesterreich auf, die Irländer lehnten sich gegen England auf; die Albaner endlich (die selbst zur Hälfte Mohammedaner sind) lehnten sich gegen eben dieselbe Türkei auf. Aber weder in Algier nach 1847, noch in Aegypten oder Tunis nach 1882, noch in Sudan nach 1899 kam es zu einem Aufruhr. Man kann diese Demut nicht mit christlicher Sanftmut erklären: im Koran gibt es keine Sanftmut. Es mit „Fatalismus" zu erklären, hieße sich auf den Weg leichter Belletristik zu begeben (warum hinderte der „Fatalismus" nicht die albanischen Moslems, sich gegen die Türkei, einmal nach dem anderen, im Jahre 1908, 1909, 1910 aufzulehnen?). Es bleibt nichts übrig, als es mit dem gesunden Menschenverstand zu erklären: der Islam hat eingesehen, daß er gegen Europa nichts anfangen kann.

Diese historische Reminiszenz ist sehr nützlich, weil seither auf beiden Polen des uns interessierenden Problems große Veränderungen stattgefunden haben. Erstens ist der Krieg eine ungeheuer verfeinerte Organisationsangelegenheit geworden, die nur große und kulturelle Reiche in der Lage sind zu meistern. Zweitens hat der Koran als politische Kittsubstanz dasselbe Schicksal erlitten wie alle anderen Religionen: er hat seinen ganzen oder fast den ganzen politischen Magnetismus eingebüßt.

II.

Vor etwa 30 Jahren galt die Ansicht, daß „im Osten" der religiöse Fanatismus nicht nur mit dem nationalen Fanatismus verschmolzen ist, sondern ihn sogar überwiegt. Man ließ diese Ansicht nicht nur in bezug auf Mohammedaner, sondern auch auf die balkanischen Christen gelten. Inzwischen begannen in Mazedonien die orthodoxen Bulgaren und die orthodoxen Serben, in ausgiebigem Maße einander die Kehlen abzuschneiden. Nicht etwa im Streit um Glaubensfragen, da sie ja denselben Glauben hatten, sondern im Streit um die Sprache, in der der Gottesdienst abgehalten wird. Da diese Zustände jahrelang fortdauerten, mußte sich Europa endlich davon überzeugen, daß die Legende von der amalgamierenden Kraft der religiösen Bekenntnisse keine Anwendung mehr auf die Christen des Ostens fand. Aber in bezug auf den Islam blieb die alte Ansicht gelten.

Sonderbarerweise übersah man dabei eine sehr lehrreiche Tatsache. Zuerst im Jahre 1832, dann im Jahre 1839 führte der ägyptische Khedive Mohammed Ali Krieg gegen den türkischen Sultan, seinen Lehnsherrn, den Padischah, den Khalifen aller Gläubigen usw. Das zweitemal hatte er ihn sogar besiegt und drang bis Syrien vor. Nur die Einmischung des christlichen Europas rettete damals die islamische Türkei von der Abrechnung des islamischen Aegyptens. Dies war indes vergessen. Ende vorigen und Anfang des laufenden Jahrhunderts vernahm man in Arabien dumpfe Aufstandsstöße; in Yemen ging so etwas wie Rebellion oder so etwas wie Krieg gegen die Türkei vor. Aber auch darauf achtete man in Europa nicht. Nicht einmal drei aufeinanderfolgende albanische Aufstände vermochten die alte Legende zu zerstören, der Islam wäre „eine Herde mit einem Hirten", eine Herde, die sich eines Tages auf Befehl des Hirten einmütig erheben werde, und dann werde etwas Schreckliches geschehen.

Endlich kam der Winter 1914. Die Türkei trat in den Krieg ein, der Hirt sprach sein Machtwort, aber es geschah nichts. In den ersten Wochen nach dem Eintritt der Türkei in den Krieg proklamierte der Sultan, als der Khalif der Gläubigen, den „heiligen Krieg" und rief alle mohammedanischen Völker zur Auflehnung gegen die christlichen Unterdrücker in Marokko, Algier, Tunis, Aegypten, Sudan, Kaukasus und Indien.

Der Effekt dieses Aufrufes ist in unserem Gedächtnis eingezeichnet und steht dort als absolut leeres Blatt da. Ich werde mir indes erlauben, dieses leere Blatt mit einigen persönlichen Eindrücken auszufüllen, wenn auch nur, um die langweilige Erzählung ein wenig zu beleben. Zufällig kam mir um dieselbe Zeit ein, die wichtigsten Orte der nordafrikanischen Küste zu

besuchen. Die Erfahrung hat mich, als alten Zeitungskorrespondenten, eine große Weisheit gelehrt: wenn du dich über die heimlichen Stimmungen des Iwan unterrichten willst, darfst du nicht den Iwan, sondern seinen Nachbar Peter und noch besser seinen Nachbar Isaak interviewen. Aus Diensteifer unterhielt ich mich in jeder Stadt selbstverständlich auch mit den maßgebenden Mohammedanern, insbesondere mit den jungen. Selbstverständlich antworteten sie alle, daß der „heilige Krieg" ein Blödsinn sei. Aber ich gab mich damit nicht zufrieden. Ich hatte Empfehlungsbriefe aus dem Gibraltar an angesehene Juden der ganzen Küste. Außerdem fand ich in jeder Stadt Zionisten, mit vielen von ihnen war ich bereits längst persönlich bekannt oder stand mit ihnen im Briefwechsel. Alle waren sie Sephardim, ortsgeborene Einwohner und Urenkel ortsgeborener Einwohner. Sie sprachen mit mir ohne etwas zu verheimlichen, und es stellte sich natürlich heraus, daß es auch nichts zu verheimlichen gab. Nicht nur in Marokko, wo der Sultan überhaupt nicht anerkannt war, sondern auch in Oran, Algier, Konstantinopel, Tunis, Alexandria und Kairo bekam ich immer dieselbe Antwort zu hören. „Haben Sie vom Aufruf zum heiligen Kriege gehört?" — „Gehört!" — „Eindruck?" — „Nicht den mindesten!" — „Sind Aufstände zu erwarten?" — „Keine Idee!" — „Was geschieht nun?" — „Nichts, nur volle Ordnung und voller Gehorsam!" — So war es auch.

Der volle Gehorsam war am überraschendsten. Die algierischen „Goumiers", ausnahmslos Moslems, haben sich mit Ruhm bedeckt auf den Feldern von Flandern, für ihre „christlichen Unterdrücker" gegen die Verbündeten des Khalifen kämpfend. Am Suezkanal standen Regimenter indischer Mohammedaner; sie waren es eben, die die türkischen militärischen Trupps versenkten, als diese sich anschickten, den Kanal zu passieren. An einer Stelle leistete ihnen dabei, bei der Versenkung der Türken, eine Abteilung der ägyptischen leichten Artillerie Beistand, die ebenfalls aus Mohammedanern bestand. Agha-Khan, das Haupt des indischen Islams, trat demonstrativ als Gemeiner in die britische Armee ein. Usw.

Die Kundgebung der politischen Einheit des gesamten Islams endigte damit, daß der Sherif von Mekka Hussein ein Bündnis mit England schloß, sich vom Khalifen lossagte und der Türkei den Krieg erklärte.

Das alles schreibe ich nicht, um den Islam zu schmähen oder um ihn zu tadeln. Es kämpfen Katholiken gegen Katholiken, Protestanten gegen Protestanten. Je weiter, desto klarer wird es, daß die Religion aufgehört hat, ein politischer Kittstoff in den internationalen Beziehungen zu sein. Die Menschen des 20. Jahrhunderts verfolgen in der ernsten Politik die Richtung

ihrer materiellen oder nationalen Interessen. Die Frage, wer unser Glaubensgenosse, wer ein Ketzer oder ein Giaur ist, spielt dabei gar keine Rolle. In dieser Hinsicht sind die Moslems ebenso Menschen des 20. Jahrhunderts wie die Europäer.

III.

Sehr gut haben diese Wahrheit die Türken verstanden und haben sie feierlich unterzeichnet. Die Aufhebung des Konstantinopeler Khalifates ist vor allen Dingen und hauptsächlich ein Zeugnis von der hoffnungslosen politischen Belanglosigkeit des Panislamismus. Die Türken sind die besten Sachkundigen in dieser Frage. Seit uralten Zeiten hatten sie das Institut des Khalifates inne, oft hatten sie im Laufe der Jahrhunderte versucht, es als politischen Hebel sich dienstbar zu machen, um andere mohammedanische Völker zugunsten der türkischen Sache in Bewegung zu setzen. Einst, sagt man, soll dieses Mittel geholfen haben, obwohl auch das zweifelhaft ist. Aber während der letzten Dezennien hatte die türkische Intelligenz Gelegenheit, zu anderen Ergebnissen zu gelangen. Sie hat den Wert des Islams in mannigfacher politischer Hinsicht auf die praktische Probe gestellt: als Mittel, das die Loyalität der dem Khalif unterstellten mohammedanischen Provinzen gewährleisten sollte; als Mittel, das dem Khalifen realen Beistand der ausländischen Mohammedaner verbürgen sollte im Falle einer politischen Gefahr für die Türkei. Nach allen Richtungen hin hat die Probe offenkundig die eindeutige Antwort erteilt: Null.

Der radikale Charakter der türkischen Umwälzung beweist, daß diese Null nicht nur eine runde, sondern, nach der Meinung der maßgebendsten Instanz, eine hoffnungslose Null ist. Die Aufhebung des Khalifates hat selbst solche Beobachter überrascht, wie den Schreiber dieser Zeilen; Beobachter, die schon längst nicht mehr den Islam als solchen für einen realen politischen Faktor hielten. Man hätte meinen sollen, daß die neue Türkei eigentlich das Khalifat ruhig für sich hätte behalten können. Wenn das Khalifat, wie es damals war, nach der Ansicht der Patrioten, nicht loyal genug war, so konnte es doch durch ein anderes ersetzt werden. War das ganze Osmanenhaus verdächtig, so hätten doch die Türken leicht eine andere Dynastie finden können, und die ganze mohammedanische Welt hätte sie, bei dem gegenwärtigen Nimbus Kjemal Paschas, anerkannt, ohne nur zu mucksen. Das alte Institut hätte ohne jede Gefahr erhalten bleiben können, einfach „so", für alle Fälle, in der Hoffnung, daß es vielleicht doch noch einmal, bei veränderten Verhältnissen, zu etwas gut sein wird. Gesetzt, man hätte dann einige unwägbare Unbequemlichkeiten mit in Kauf nehmen müssen; die Anwesenheit des Khalifats würde den intelligenten

Türken an die ganze mittelalterliche Rückständigkeit, von dem roten Fes bis zum Harem, erinnern, die er wie ein schändliches Mal haßt, weil sie seine Nation zur Stufe von Wilden, seine Religion fast zum Fetischismus herabwürdigt. Aber das wäre doch nur eine Unbequemlichkeit, die die Türken ebensowenig hindern würde, ihr Leben zu modernisieren, wie die Anwesenheit des Papstes in Rom den Italienern in keiner Weise hinderlich ist. Die Türken sind ein bedächtiges, nüchtern denkendes und berechnendes Volk. Wenn sie geglaubt hätten, daß das Khalifat auch nur einen problematischen Wert besitzt, würden sie sich schon in die „Unbequemlichkeiten" fügen. Aber, wie es scheint, sind sie zur Einsicht gekommen, daß das ganze Institut keines noch so geringen Opfers wert ist. Und sie sind zuständig dafür.

Ueber den Erfolg der Aufhebung des Khalifates ist noch schwer zu urteilen. Aber einige ihrer Folgen deuten sich bereits an. Zunächst steht ein heftiger Kampf um die Erbschaft bevor. Der vertriebene Khalif erläßt Befehle aus Lausanne. Hussein hat sich in Mekka zum Khalifen ausgerufen. Al-Azhar zu Kairo hat, offenbar auf Befehl von oben, die Einberufung eines Kongresses zur Wahl eines Khalifen angekündigt. Nach der Meinung angesehener Scheichs wird der Kongreß in Kairo tagen, was auf die Wahlwünsche der Scheichs schließen läßt. Außer diesen offiziellen Nachrichten sind Gerüchte über Wirren und über Prätendenten aus anderen Zentren des Islam in Umlauf. Das scheint der Anfang einer komplizierten und langwierigen Geschichte zu sein. Wie immer sie auch enden mag, wird sie nimmermehr den alten, schon seit Jahrzehnten verlorenen Nimbus wiederherstellen können. Der Begriff „Khalif" ist heutzutage untrennbar vom Begriff irdischer Macht. Historisch war der Khalif stets das Haupt eines großen und mächtigen Reiches oder wenigstens eines „weiland" großen Reiches. Weder Kairo noch Mekka zählen zu solchen. Kurz, wem auch der Titel zufallen wird, seine reale Macht wird künftighin noch geringer sein als bisher. Die Einheit der mohammedanischen Welt, die längst nur ein Gespenst ist, wird in den bevorstehenden Kämpfen auch diesen gespenstlichen Schein einbüßen.

IV.

Was sich daraus ergibt, ist sehr einfach. Zum Islam bekennen sich 200 Millionen Menschen oder mehr. Aber einen Islam als einen einheitlichen Faktor in den internationalen Beziehungen gibt es in Wirklichkeit nicht. Man kann einen christlichen Staat demolieren und die übrigen christlichen Völker bleiben dabei neutral, wenn ihre wirtschaftlichen Interessen nicht bedroht sind. Ebenso kann man heute wie vor hundert

Jahren den Konflikt mit irgendeinem muselmännischen Volke noch so weit treiben, ohne panislamistische Verwicklungen zu befürchten.

Der Islam ist, wie jede andere Religion, von gleicher ethischer Höhe, eine große und positive sittliche Macht. Aber das gehört nicht zur Sache. Als politisches Schreckgespenst — und eben als solches wird er jetzt angesprochen — existiert der Islam nicht. Diejenigen, die sich auf ihn berufen, wissen es wahrscheinlich selbst sehr wohl, sie gebrauchen nur eine alte Phrase, als populäre Losung, um die Widersacher einzuschüchtern, ohne sich selbst davor zu fürchten. So gibt es z. B. englische Zeitungen, die in derselben Nummer die Liquidation des Zionismus fordern, „um die grimmige Macht des Islams nicht aufzureizen", aber gleichzeitig empfehlen, Aegypten ins Joch zu zwingen, und versichern dabei, daß dies keinen Einfluß auf die Beziehungen zwischen England und die Türkei, dem Afghanistan, Heidjas, Feisal, Abdullah und sogar den indischen Mohammedanern, von welchen noch weiter unten die Rede sein wird, haben wird. Und in dieser Beziehung, sage ich, haben sie vollständig recht: keinen Einfluß!

V.

Wenn man uns, die „ungemäßigten" Zionisten, ermahnt, daß wir „auf das arme England Rücksicht nehmen", daß wir uns in Englands Lage versetzen und begreifen, daß England um der Juden willen sich doch nicht der Gefahr eines Konfliktes mit der „unermeßlichen" Macht seiner mohammedanischen Untertanen aussetzen kann, so enthalten diese Phrasen zwei große Unwahrheiten.

Die erste Unwahrheit ist, als ob beiläufig 70 Millionen Mohammedaner in Indien in ihrem Verhalten gegenüber England sich nicht nach ihren eigenen Interessen, sondern nach Gerüchten aus Palästina richten werden. Die zweite Unwahrheit ist, als ob das mohammedanische Element innerhalb des britischen Reiches oder außerhalb desselben eine so gewaltige Macht darstellt, daß dieses Reich einfach nicht fertig werden kann mit ihm, obwohl es den besten Willen hat, seinen Verpflichtungen gegen die Juden nachzukommen.

Wenden wir uns zunächst Indien zu, auf das sowohl die Engländer, wie insbesondere ihre zionistischen Apologeten sich am häufigsten berufen. Nach der Volkszählung 1921 belief sich die Bevölkerung Indiens auf 320 Millionen. Davon waren 220 Millionen Brahmanen und 68 Millionen Mohammedaner.

Seit undenklichen Zeiten besteht ein heftiger Antagonismus zwischen diesen beiden Bevölkerungsteilen. Es sei hier bemerkt, daß, wenn der religiöse Fanatismus als einigende Kraft,

als Lötstoff zur Verschmelzung verschiedenartiger Elemente seine Bedeutung längst verloren hat, so hat er seine trennende Kraft, als Merkmal, nach dem sich nahe Nachbarn in Haß befehden, bekanntlich noch in vollem Umfange beibehalten — selbst im Westen, um so mehr im Osten. In Indien war die Fehde zwischen den Brahmanen und Mohammedanern während der letzten Dezennien (geschweige denn in der fernen Vergangenheit) das Kennzeichen der politischen Lage. Manchmal nahm diese Fehde für unsere Begriffe absonderliche Formen an. Erinnern wir uns an die Bewegung gegen „das Schlachten der Kühe", die vor etwa 20 Jahren in Bengalen und an der Westküste sich ausbreitete. Für die Brahmanen ist die Kuh ein heiliges Tier, für die Mohammedaner die Hauptlieferantin von Braten. An der Spitze der Bewegung standen die angesehensten nationalen Führer der Hindus. Ihre Agitation erinnert aufs genauste an die uns bekannte Agitation gegen die Schechita. Aber zuweilen äußerte sich der Antagonismus in durchaus und von allen Gesichtspunkten aus ernsten Formen. Anfang des laufenden Jahrhunderts machte die englische Regierung den Versuch, wenigstens einem Teil der indischen Mohammedaner eine Art von „National home" zu gewähren: mehrere Provinzen Bengalens, wo die Mohammedaner die Majorität bilden, wurden in eine selbständige Provinz ausgeteilt. Die Brahmanen antworteten darauf mit terroristischen Akten, Pogromen, Boykott, bis die Regierung schließlich nachgeben mußte und ungeachtet der Proteste der Mohammedaner das einige und untrennbare Bengalen nicht wieder hergestellt hat.

Es ist hier nicht angebracht, die Geschichte dieser Fehde ausführlich darzustellen. Es genügt, auf ihren charakteristischen Hauptzug hinzuweisen: die Angreifer waren stets die Brahmanen, die Mohammedaner dagegen „wehrten bloß ab" und rechtfertigten sich. Mit anderen Worten ist die Lage der Mohammedaner in Indien die einer typischen Minorität. Ihre Psychologie ist daher von Grund aus die typische Psychologie einer Minorität. Die Minorität scheut sich allemal und allerorts vor Gebietsautonomien, sie ängstigt sich, allein mit der Majorität in einem fest verschlossenen Zimmer zu bleiben, und hegt deshalb stets Sympathien für zentralistische oder imperialistische Tendenzen. Nicht aus Tugend, sondern aus Furcht. Deshalb waren die indischen Mohammedaner ausnahmslos, trotz allem ihnen zugefügten Unrecht (wie die bengalische Geschichte) die einzige moralische Stütze, über die die Engländer in Indien bis nach dem Kriege verfügten. Im Jahre 1919 schien eine Aenderung einzutreten. Ghandi verstand es scheinbar, die Brahminen mit den Moslems zu versöhnen. An der Spitze der antibritischen Agitation traten auch mohammedanische Führer

auf. Dieses alles geschah aus Gründen, auf die wir nicht eingehen wollen, zumal sie sich als seicht und ephemer erwiesen haben. Der Friede dauerte bloß drei Jahre. 1922 kehrte allmählich das alte Bild wieder, es kamen von neuem Nachrichten von Pogromen gegen die Mohammedaner, im indischen Islam macht sich von neuem der Hang zu London und die Angst vor den Perspektiven eines unabhängigen Indiens bemerkbar. In dieser Rückwärtsbewegung fällt dem unerwarteten Vorfall mit dem Khalifat eine große Rolle (wenn auch nicht die Hauptrolle) zu. In Indien stiftete er große Verwirrung an. Seit 1919, namentlich aber seit dem Auftreten Kjemal-Paschas hatten die indischen Moslems die Rolle der Verteidiger der Türkei, als der Hochburg des Khalifats, übernommen. Sie sandten vielfach Denkschriften und Deputationen nach London mit der Eingabe, daß die Knechtung der Türkei der Knechtung des Khalifats gleichbedeutend sei, was vom Islam nicht geduldet werden könne. Sie verlangten die volle Wiederherstellung der Türkei, damit der Khalif wieder ein unabhängiger und mächtiger Monarch wird. Nebenbei bemerkt, war in einer dieser Denkschriften an exponierter Stelle im Namen des Kongresses der indischen Mohammedaner die Forderung erhoben, daß Mesopotamien und Hedjas ebenfalls der Türkei zurückgegeben werden, den nationalen Bestrebungen der Araber zum Trotz. Wieder einmal eine Illustration der politischen Harmonie innerhalb des Islams. Aber dies alles war unbedeutend im Vergleich mit der Tatsache, daß die Türkei selbst das Khalifat aufgelöst und ihre bengalischen Fürsprecher in einen Zustand völliger Verwirrung versetzt hat.

Die gegenwärtige Lage in Indien ist genau dieselbe wie vor dem Kriege. Die Mohammedaner sind gezwungen, sich auf England zu orientieren, einfach deshalb, weil sie in der Minderheit sind. Diese Bahn werden sie letzten Endes einschlagen müssen, und sie werden weder die Möglichkeit noch Lust haben, danach zu fragen, wie England an der Küste des Mittelmeeres sich benimmt.

So war es von jeher. 1882 unterdrückte England den Aufruhr von Arabi-Pascha und annektierte Aegypten. Nach einiger Zeit erstickte England den Aufstand von Mahdi mit seinen Derwischenhorden und besetzte den Sudan. Zwischendurch hatte der Premier Gladstone aus Anlaß der armenischen Metzeleien offiziell erklärt, die Türkei müßte vertrieben werden aus Europa mit „Sack und Pack" (bag and bagage). Aber gerade in diesen Jahren klebten die indischen Mohammedaner ganz besonders an England, weil es für sie, kraft der Verhältnisse im Lande, politisch vorteilhaft war. Heutzutage sind die „Verhältnisse im Lande" genau dieselben wie damals: die Angst der Minorität vor der Majorität. Deshalb wird auch das Ergebnis

dasselbe sein. Die Hände der englischen Regierung sind von dieser Seite frei. Nicht nur in Palästina, sondern auch in Mekka mag England im Frieden oder in Zwist mit den dortigen Arabern leben, auf die Sympathien des indischen Islams wird es nicht den geringsten Einfluß haben.

Im Grunde weiß es jeder vernünftige englische Politiker. Daraus folgt aber nicht, daß er so leicht auf das wertvolle Privileg verzichten wird, die anderen (zum Beispiel u n s) mit dem Schreckgespenst zu schrecken, an das er selbst nicht glaubt. Von populären Vorwänden und Ausflüchten trennen sich die Menschen nur ungern. Unsere Aufgabe besteht heutzutage nicht darin, daß wir Regeln festsetzen, wie wir uns mit der englischen Regierung unterhalten sollen. Unsere Aufgabe war es, aufzuklären, ob es wahr ist, daß die englische Regierung „objektiv nicht in der Lage sei", das uns gegebene Wort zu halten, weil ein sagenhafter Recke den Weg versperrt habe und vor seinen feuerspeienden Augen Armeen niedersinken. Die Antwort lautet: es gibt keinen Recken, es gibt keine feuerspeienden Augen und es sinken keine Armeen nieder. Von dieser Seite ist der Weg frei.

VI.

Von der moralischen Stärke des Islams haben wir genug gesprochen. Aber in unserem Sprachgebrauch hat das Wort „Stärke des Islams" einen anderen gegenständlicheren Sinn, die Bedeutung einer physischen, fast militärischen Kraft gewonnen. Man versichert uns, und oft versichern wir uns selbst, daß der oder jener Schritt zu unseren Gunsten die Gefahr bedeutet, „einen Aufstand hervorzurufen", dessen man nicht Herr werden können wird. Ueberhaupt lebt heute der Durchschnittszionist in der bebenerregenden Vorstellung, daß das mikroskopisch winzige jüdische Völkchen mit seinen anmaßenden nationalen Ansprüchen vor die kolossale Macht des Islams Antlitz gegen Antlitz gestellt ist, vor diese gewaltige, geeinte, grimmzornige, vom Scheitel bis zur Zehe bewaffnete Macht, und daß, wenn wir uns nicht still verhalten, diese Legionen losgehen, uns vernichten und für eins auch unsere Schutzherren zusammen mit uns demolieren, rein physisch demolieren werden, wie die Römer einst Karthago und die Barbaren ihrerseits Rom demoliert haben. Dieses Beben hat sich ganz besonders verstärkt, nachdem der griechisch-türkische Krieg mit einer Niederlage der Griechen geendet hatte. Aus ganz unbegreiflichen Gründen hat dieses unbedeutende Ereignis auf uns den Eindruck einer Offenbarung gemacht: wir erblickten darin das Symbol eines militärischen Sieges des Islams über „Europa".

Versuchen wir, uns in diesen Legenden zurechtzufinden, zumal das durch einige kurze Auskünfte geschehen kann.

Für das uns interessierende Problem sind zwei Konflikte lehrreich: der italienische Feldzug nach Tripolis im Jahre 1911 und die französische Expedition gegen Feisal, als er in Damaskus regierte, im Jahre 1920. Charakteristisch ist nicht, daß in beiden Feldzügen Europa den Sieg davongetragen hat — das wäre nicht der Rede wert, denn man konnte es vom Anfang an voraussehen. Aber ebenso konnte vor 25 Jahren vorausgesehen werden, daß England unausbleiblich das 300 000 Köpfe starke Burenvölkchen besiegen wird; dennoch kam England der Sieg t e u e r zu stehen. Was in unserem Falle interessant ist, das ist der b i l l i g e P r e i s beider Siege über den arabischen Widerstand, ein ganz unerwartet, fast unglaublich billiger Preis. Um den tripolitanischen Krieg glaubten die italienischen Herren viel Lärm machen zu müssen. Indes, wenn man die Literatur an die Seite legt und in die Verlustzahlen Einsicht nimmt, dann erfährt man, daß der „Krieg" Italien, wenn ich nicht irre, 2500 Mann an Toten und Verwundeten zusammen gekostet hat. Die Franzosen haben die Eroberung von Damaskus noch ungleich billiger erstanden. Feisal hatte vorher sein Heer sorgfältig organisiert, jedenfalls hatte er sehr eifrig Gerüchte über die Mächtigkeit dieses Heeres und des Hilfstrupps von 16 000 berittenen, mit moderner Rüstung versehenen Beduinen aus Transjordanien verbreitet. Die Gerüchte waren glaubwürdig. Denn während des Krieges hatten die Engländer tatsächlich viele Gewehre nach Hedjas gebracht, und der Kommandierende über die Hedjasheere war damals eben dieser Feisal, der zweifelsohne große Vorräte davon mit sich nach Damaskus nahm. Außerdem hatte die türkische Armee in der Zeit ihres Verfalles und ihrer Flucht im September 1918 buchstäblich zehntausende Gewehre und Millionen Patronen in der Wüste liegen lassen, und die Beduinen hatten tatsächlich die Hälfte dieses Gutes erplündert. Als es bekannt geworden war, daß die Franzosen eine Expedition nach Damaskus ausrüsteten, glaubten alle, „es werde heiß werden". Aber es ist gar nicht heiß geworden. Der „Krieg" dauerte eine halbe Stunde (buchstäblich). Die Franzosen haben auf dieser Promenade, mir scheint, 12 Mann verloren. Feisal flüchtete aus Damaskus. Und das war alles.

Ich schreibe es nicht, um die Araber herabzuwürdigen oder auszulachen. An ihren kriegerischen Tugenden zweifle ich nicht. Und wenn an ihrer Stelle Leonidas selbst mit seinen Kampfgenossen gewesen wäre, das Ergebnis wäre dasselbe gewesen. In unserer Zeit ist der Krieg eine wissenschaftliche und

finanzielle Angelegenheit. Rückständige Völker sind ihm nicht gewachsen: bei einem ernsten Zusammenstoß mit Europa — falls Europa wirklich und ernst seinen Willen durchsetzen will — werden sie es nicht nur daran nicht hindern, sondern nicht einmal einen nennenswerten Widerstand leisten können. Und da sie es verstehen, so versuchen sie gar nicht, ernst Krieg zu führen.

Es gibt keine Ausnahmen von dieser Regel. Das, was euch wie eine Ausnahme vorkommt, bestätigt, näher betrachtet, nur die Regel. Dies gilt z. B. für die Aufstände der Senussen in Tripolitanien. Das war keine Auflehnung gegen die europäische Macht dort, wo sie bereits eingesetzt war, sondern Unruhen in der Tiefe der Wüste, wohin die Italiener noch keine Zeit oder Lust hatten, hinzukommen. Als die Italiener ihre Kolonnen ausgerüstet hatten und dorthin gekommen waren, wo es nötig war, gab es auf einmal keine Unruhen mehr. Dasselbe kann man im allgemeinen in der französischen Zone von Marokko beobachten. Die wirklich okkupierten Teile (die sogenannten Maghsenländer) sind ergeben, aber jenseits dieser Gebiete gibt es Klüfte, wo es bisher noch überhaupt keine Regierungsgewalt gab, faktisch herrenlose Gebiete, und eben dahin müssen die Franzosen ihre ernsten Expeditionen schicken. Ein wirklicher Schlag wurde Europa nur in einer Stelle versetzt: in der spanischen Zone Marokkos. Aber ganz Spanien macht, wie wir gesehen haben, nicht etwa die Stärke der Mauren, sondern die unverzeihliche Lässigkeit der spanischen Behörden dafür verantwortlich. Das stimmt auch, ist übrigens so richtig und einleuchtend, daß alle meine Auskünfte und Erklärungen vielleicht gar überflüssig sind.

Trotzdem werde ich noch eines Falles Erwähnung tun, wo der Islam in der Tat Sieger ward: den letzten griechisch-türkischen Krieg. Um meinen Aufsatz nicht zu sehr in die Länge zu ziehen, sei es mir gestattet, kurz und schlicht zu sagen, daß dieses Ereignis kein Symbol, kein Symptom u. ä. bedeutet. Es war ein unbedeutender Krieg zwischen zwei kleinen, an Bevölkerung und Kriegstechnik gleich starken Staaten. Dabei hat, wie es oft vorkommt, derjenige Teil verloren, der über längere Verkehrslinien verfügte und gezwungen war, einen Ueberseekrieg zu führen. Das ist alles. Weder der Islam, noch Europa haben etwas damit zu tun. Alles Gerede, daß „hinter Griechenland ganz Europa gestanden habe", ist vage Faselei. Die englische Regierung sympathisierte Griechenland, aber gab weder englische Truppen noch Panzerautomobile her. Dagegen erfreute sich die Türkei der Sympathien Italiens, und nicht allein Italiens unter den Großmächten: die Ausrüstung erhielten die Türken von den Deutschen und, was noch fehlte,

von den Bolschewiki. Aber wenn morgen ein Zusammenstoß zwischen denselben Bolschewiki und demselben Kjemal sich ereignet, wird die Türkei selbstverständlich zermürbt werden. Und wenn der Balkankrieg sich nach einigen Jahren wiederholt, wird die Türkei wahrscheinlich ebenso zerschlagen werden wie im Jahre 1912 und infolge derselben Ursachen.

Aber das hat mit unserem Problem nichts zu tun. Die Türkei hat selbst den Nachweis erbracht, daß der „Islamismus" sie nichts angeht und sie sich in die damaskischen, jordanischen, suezischen Angelegenheiten nicht mischen will noch kann. In den Rechnungen zwischen Europa und den Arabern — soweit sie uns interessieren — können sowohl die Türken wie die indischen Moslems glatt gestrichen werden. Ebenso kann alles Gerede von der „Schwäche" Europas, das angeblich „nichts vermag", an die Seite geschoben werden. In objektivem Sinne „vermag" Europa alles, und auf der West- und Ostküste des Mittelmeeres und darüber hinaus von Agadir bis Baßra gibt es nicht die Kräfte, die Europas Handlungen zu behindern oder nur zu bremsen vermöchten, wenn es (Europa) ernst entschlossen ist, in der oder jener Richtung zu handeln.

Europa „vermag" im Osten alles, was es „will". Nicht nur Europa als ein großes Ganzes — so ein Europa gibt es nicht —, sondern auch jede der Großmächte für sich (und darunter auch England) „vermag" im Osten alles, was sie will, solange sie nicht in eine Zone eindringt, die der Jurisdiktion einer anderen europäischen Großmacht zugeteilt ist. Deshalb handelt es sich lediglich um die Frage, ob Europa „will" und w a s es eigentlich will. Es muß zugegeben werden, daß d i e s e Frage sehr kompliziert und schwer ist, komplizierter als das Problem von der legendären Macht des Islams. Trotzdem werden wir versuchen, sie aufzuhellen.

PROBLEME DES SCHUTZES.

SCHUTZJUDEN.

I.

Einer der verhängnisvollsten Fehler der Zionisten war es, die Auflösung der jüdischen Bataillone in Palästina zuzulassen. In den Jahren 1918/19 standen dort 5000 jüdische Soldaten. Im Frühjahr 1920 sind es nur mehr 400 gewesen. Anfang 1921 wurde auch dieser Rest demobilisiert. Dadurch hatten sich die

Zionisten freiwillig in die Rolle derer begeben, die im alten Deutschen Reiche als „Schutzjuden" bezeichnet wurden. Der Status „Schutzjuden" entstand manchmal dadurch, daß ein Kurfürst oder Markgraf einer bestimmten Zahl Juden gestattete, sich in seiner Residenz anzusiedeln, und übernahm die Verpflichtung, sie vor Angriffen des Pöbels zu schützen. Dabei verloren „seine" Juden jenen letzten Rest von Menschenrechten, mit denen ihre Glaubensgenossen in anderen Gemeinden noch rechnen konnten. Und das war ganz natürlich. Da jeder Versuch des Pöbels, mit den angesiedelten Juden aufzuräumen, für den Kurfürsten die Notwendigkeit mit sich brachte, seine Landsknechte aufzubieten, eventuell auch Verluste an Toten und Verwundeten zu verzeichnen, konnte er mit einem gewissen logischen Rechte von „seinen" Juden alles verlangen und ihnen alles verbieten, unter dem einfachen Vorwande, daß es sonst zu einem Aufruhr des Pöbels kommen könnte. War der Kurfürst dazu noch ein schlauer Diplomat, so erfand er die Gefahr eines Volksunwillens, wann immer es ihm paßte. Schlimmer war es in jenen seltenen Fällen, da der Kurfürst ehrlichen Willens war. Hier erlangte der Pöbel tatsächlich eine unbeschränkte Herrschaft über die Juden. Es genügte, daß ein beliebiger Mönch die Anzeichen eines Volksaufruhrs inszenierte, um den Kurfürsten zu veranlassen, von „seinen Beschützten" widerspruchslose Erfüllung aller Forderungen der Menge zu verlangen.

Und dies ist mutatis mutandis das genaue Vorbild unserer derzeitigen Situation in Palästina. Wir kolonisieren das Land gegen den Willen der einheimischen Bevölkerung, deren Zahl im Lande etwa sechsmal größer ist, als die der dort ansässigen Juden. Deshalb kann sich unsere Kolonisation nur unter dem Schutze einer bewaffneten Macht entwickeln, wie sich jede Kolonisation in der Vergangenheit entwickelt hat. Der grundlegende Unterschied besteht nur darin, daß bei anderen kolonisatorischen Unternehmungen diese bewaffnete Macht von dem kolonisierenden Volke selbst aufgestellt wurde, während in unserem Falle die Pflicht zum Schutze englischen Truppen obliegt, die aus Soldaten und Offizieren fremder Nationen bestehen. Bei dem geringsten gegen die Juden gerichteten „Volksaufruhr" wird die Pflicht zum aktiven Eingreifen auf diese Soldaten fallen, und bei allfälligen Verlusten der Truppe werden in den in England veröffentlichten Listen der Opfer die Namen „Peter Robinson" und „John Smith" erscheinen. Und sollte sich einmal der Zwang ergeben, auf die Menge zu feuern — eine Handlung, die für einen intelligenten Soldaten weit unangenehmer ist, als sein eigenes Leben zu riskieren — so wird diese unangenehme Pflicht auch auf die „Peter Robinson" und

„John Smith" fallen. In diesem Umstande liegt die Wurzel unserer Tragödie. Der Verfasser dieser Zeilen ist sicher nicht geneigt, Sir H. Samuel oder die zionistische Organisation zu rechtfertigen. Wäre das Vorgehen dieser beiden Faktoren stets zielbewußt und stark gewesen, so hätten nie die Fälle des bei keiner zivilisierten Verwaltung zulässigen Unfuges vorkommen können, die man manchmal in Palästina beobachten konnte. Aber selbst im günstigen Falle wäre es über eine Beseitigung des Unfuges nicht hinausgekommen. Denn es ist nicht denkbar, jene günstigen Verhältnisse zu schaffen, die Voraussetzung einer größeren Kolonisation sind, solange wir in Palästina die Rolle der „Beschützten" spielen, deren Schutz englische, irländische und indische Soldaten besorgen.

Um das zu verstehen, genügt es, die Argumentation unserer Gegner zu verfolgen. Es sind drei Gruppen: die palästinische Verwaltung, deren Vertreter Sir H. Samuel ist; die arabische Bevölkerung, vertreten durch den arabischen Kongreß, die arabische Delegation und die arabische Presse, schließlich ein großer Teil der englischen Oeffentlichkeit, deren Stimmung in der guten Hälfte der englischen Presse Ausdruck findet. Bereits nach dem Pogrom in Jaffa — Mai 1921 — sind Sir H. Samuel zahlreiche Anfragen aus dem Jischub wie auch seitens seiner Freunde in England zugekommen. Mit Erstaunen fragten alle, worauf diese unerwartete Nachgiebigkeit gegenüber dem Ansturm der Araber zurückzuführen war. Ich kann auf Grund genauer Kenntnis des Materials feststellen, daß in allen Antworten, die Sir H. Samuel auf Anfragen und Proteste gab, ausgeführt war: „Eine feste Politik sei nur dann möglich, wenn wir bereit wären, äußerstenfalls die britische Garnison voll auszunützen, was in England sicher nicht populär wäre, auch abgesehen von der Frage, ob eine solche Taktik wünschenswert wäre." Dasselbe Argument — aber schon in Form einer Drohung — zieht sich wie ein roter Faden durch alle Vorstellungen der arabischen Delegation, die während dieser Zeit London aufgesucht hat. In ihrer Darstellung wird dieses Argument ungefähr so ausgedrückt: „Wenn ihr (die Engländer) die Juden nicht wegschaffen wollt, werden wir gezwungen sein, dies mit eigenen Mitteln durchzuführen, und dann werdet ihr eure Truppen gegen uns einsetzen müssen mit Opfern für uns und für euch, überlegt euch also, ob . . ."

Noch deutlicher und charakteristischer traten diese Argumente in der englischen antizionistischen Presse hervor. Ich habe schon erwähnt, daß die gute Hälfte der englischen Zeitungen in dieser Richtung tätig ist. Rechnet man aber nur mit jenen Organen, die irgendwelches Interesse für oder gegen den Zionismus bekunden, dann wird sich nicht ein noch viel grö-

ßerer Teil als Gegner erweisen. Und doch hatte im November 1917 die ganze englische Presse, ohne Ausnahme, die Balfour-Deklaration mit aufrichtiger Begeisterung begrüßt.

Der allmähliche Uebergang der maßgebenden Organe zum Antizionismus ist ein äußerst lehrreicher Prozeß. Bei der Durchsicht der Zeitungsausschnitte aus dieser Zeit, insbesondere der letzten drei Jahre, kann man schon aus den Ueberschriften den Kern der Sache ersehen. „Zionismus kann nur durch Blut der britischen Soldaten erkauft werden." „Wegen der Juden müssen wir in Palästina eine übermäßig große Garnison erhalten." „Sollen die Juden selbst mit Geld und Menschen den Zionismus bezahlen!" Unter diesen Titeln verbarg sich immer wieder die gleiche Argumentation. „England ist durch den Krieg ermüdet, es will seine Angehörigen nicht aufs neue in den Tod schicken oder andere Menschen töten. Gäbe es nicht den Zwist mit den Arabern wegen des Zionismus, so wäre alles ruhig. Dann könnte man in Palästina eine ganz kleine Garnison erhalten. Will man daher die Verringerung der Garnison durchsetzen, so muß man alles beseitigen, was die Araber aufreizt. Denn wird der große Aufstand, mit dem die arabischen Delegationen fortwährend drohen, einmal tatsächlich ausbrechen, wird das Ergebnis desselben Opfer auf Seite der englischen Soldaten zeitigen, so wird dies in England eine allgemeine Entrüstung gegen die Regierung hervorrufen, die eine derartige Krise zugelassen hat."

Das Betrübenste an dieser Argumentation ist eben, daß sie nicht erfunden, sondern, wie jeder vernünftige Leser wohl begreift, daß sie natürlich, ja sogar unvermeidlich ist. Daher sind auch ihre Folgen unvermeidlich gewesen. Dies hat sich vor allem in einer bis zur vollständigen Impotenz durchgeführten Verringerung der palästinensischen Garnison ausgedrückt. Noch im Jahre 1921 standen in Palästina 15 000 britische Soldaten. Derzeit sind es einschließlich der irländischen Gendarmerie nicht einmal 3000. Es drängt sich wirklich die Frage auf, ob eine solche Macht imstande wäre, im Lande die Ordnung zu erhalten, wenn die Araber doch einmal Lust bekommen sollten, größere Aktionen zu inszenieren. Aus diesem Grunde hat auch die Verwaltung in ihrem Streben, die Ruhe zu sichern, den bequemeren Weg eingeschlagen: Allmählich alles zu beseitigen, das die einheimische Bevölkerung aufreizt.

Die jüdische Immigration, die den Arabern am meisten lästig ist, ist durch direkte und indirekte Maßnahmen herunterzudrücken. Ihr Niveau mag von Zeit zu Zeit eine Hausse erreichen — aber nur bis zur ersten „gelungenen" Machtmanifestation der Eingeborenen. Alle Illusionen darüber sind zwecklos. Es ist dies ein ehernes Gesetz der Kolonisation. Ein Volk,

dessen Schutz Soldaten fremder Nationalität besorgen müssen, darf von wirklicher Kolonisation nicht einmal träumen. Die Grenzen, bis zu denen seine Immigration gestattet ist, werden von den Eingeborenen diktiert. Jede Drohung derselben wird vollauf genügen, damit die mit der Erhaltung der Ordnung betraute Verwaltung die Tür vor der Immigration schließt.

II.

Fremder Schutz ist nicht nur politisch gefährlich, er ist einfach ein schlechter Schutz. Der britische Soldat ist ein ausgezeichneter loyaler Soldat. Man kann ihn überall und für alles in Krieg und Tod schicken; er wird immer korrekt seine Pflicht erfüllen. Die erste Regel, die man in der britischen Armee jedem Offizier lehrt, lautet aber: „Sie müssen sich alle Mühe geben, die Truppe nie zu einer Arbeit zu verwenden, von der Sie bestimmt wissen, daß sie ihr organisch unangenehm ist. Sie untergraben damit die Disziplin, Sie zerstören die Moral der Armee, auch wenn Ihr Befehl genau ausgeführt wird." Dem britischen Soldaten ist die Rolle, die er bei einer gewissenhaften Unterdrückung der antizionistischen Unruhen in Palästina übernehmen müßte, organisch unangenehm und wird es immer bleiben. Der englische Soldat wird, wenn es notwendig ist, in Indien, Aegypten oder Irland offensiv vorgehen, da es ihm ganz klar ist, daß er dort Englands Interessen unmittelbar verteidigt. In diesem Falle gibt es für ihn auch keine Frage, ob Rebellen Recht oder Unrecht haben. Palästina ist aber keine britische Provinz. Palästina ist Eigentum des Völkerbundes; formell führt England dort einen Auftrag aus, der in keinem Zusammenhange mit der englischen Souveränität steht. Diesen formellen Standpunkt kennt jeder Soldat. Er glaubt deshalb, daß er in Palästina nicht England, sondern die Juden, ein Volk, dessen Ideale und Interessen nicht die seinen sind, verteidigen muß. Ueberdies erzählt ihm jede Zeitung, die aus England kommt, daß der Zionismus eigentlich ganz unberechtigte Ansprüche erhebt; daß Englands Politik in dieser Frage als unerhörte Unterdrückung der Araber erscheint; daß das ganze Palästina-Unternehmen überhaupt ein Fehler ist; daß England durch die Juden in ein unmögliches Unternehmen hineingezogen wurde; wäre nicht der Zionismus, so könnte England Palästina verlassen oder dort unter dem besten Wohlwollen der Eingeborenen verbleiben . . .

Das liest er tagtäglich, da gerade die kleine Presse, die am meisten in den Kasernen verbreitet ist, sich besonders eifrig der antizionistischen Propaganda widmet. Wenn wir sogar annehmen, daß ihn unser Standpunkt auch manchmal erreicht (obwohl ich auf Grund eigener Erfahrung behaupte, daß dies unwahrscheinlich ist), so wäre es doch lächerlich, zu verlangen,

daß „John" oder „Peter" in dieser für ihn äußerst verwickelten Frage Richter spielen sollte.

Im besten Falle wird „John" neutral bleiben. Er wird sich sagen, daß weder Araber noch Juden ihn etwas angehen, und daß die aktive Einmischung in deren Gezänk ihm daher zuwider ist. In der Wirklichkeit haben wir aber fast immer den schlimmeren Fall erlebt. Im Jahre 1922 sandte die zionistische Exekutive einen ihrer Sekretäre nach Palästina, um sich über die politische Situation im Lande zu informieren. Dieser Sekretär war ein englischer Jude mit sehr „gemäßigten" Ansichten, überzeugter Anhänger Sir Herbert Samuels, Gegner der Judenstaatsidee, Gegner des Gedankens einer jüdischen Legion usw. Er bereiste das Land und erstattete der Exekutive einen Bericht, der den Satz enthält: „Die Armee in Palästina, vom Tambour bis zum General, ist gegen den Zionismus."

Anders könnte es auch nicht sein. Das soll aber nicht heißen, daß der Zionismus in den Augen neutraler Menschen unethisch erscheinen muß. Im Gegenteil. Vor jedem, der fähig ist, Richter zu sein, wird der Zionismus nach aufmerksamer Prüfung aller Argumente für und gegen stets den moralischen Rechtsstreit gewinnen. Der Soldat ist aber kein Richter und kann auch kein Richter sein.

Die Kolonisation Nordamerikas war auch eine gerechte Sache. Hätten aber „jüdische" Soldaten die englischen Pioniere vor den Eingeborenen schützen müssen, so wäre diese Aufgabe bei uns Juden genau so unpopulär gewesen, und man hätte sich auf unseren Schutz nicht verlassen können. Genau dasselbe gilt für den Schutz unserer Kolonisation durch englische Truppen. Eben deshalb hat die Truppe — wie Sir Herbert Samuel in einem offiziellen Telegramm rühmend hervorhob — während des Pogroms in Jaffa keinen einzigen Schuß abgegeben. Eben deshalb sind dieselben Truppen ohne Gewehr, nur mit Stöcken bewaffnet, ausgerückt, um Rehoboth vor der 10 000köpfigen arabischen Manifestation zu schützen. Jede Armee hat ihre Psychologie, und die Vorgesetzten rechnen mit ihr, insbesondere wenn sie desselben Geistes sind.

Diese Psychologie ist selbstverständlich auch den Arabern bekannt. Zufolge des naturnotwendigen Verkehrs zwischen dem englischen Soldaten und dem Araber, von denen „Tommy" im täglichen Leben Orangen und Grünzeug kauft, mit denen er plaudert und scherzt, entsteht bei den Arabern, wie bei allen Orientalen, sehr gerne der Glaube an das, was sie wünschen. Und in ihrer leicht erregbaren Phantasie verwandelt sich bei der Wiedergabe von Mund zu Mund der Wunsch in eine reale Tatsache, und damit ist ein sehr gefährliches Moment gegeben. Achmed teilt Tewfik mit: „Tommy hat mir gesagt, daß ihm

diese ganze Geschichte unangehnem ist." Tewfik erzählt Schefket: „Tommy hat gesagt, er hätte gar keine Lust, die Juden zu verteidigen, wenn es zu Unruhen käme." Schefket gibt es schon an Mohammed in der Form weiter: „Tommy hat gesagt, daß sie einen geheimen Befehl erhalten haben, die Juden nicht zu verteidigen." So entsteht unter der arabischen Masse die unzerstörbare Meinung, daß die Regierung und besonders die Armee für sie und gegen die Juden ist. Eben deshalb haben die Araber keine Angst gehabt, im April 1920 und Mai 1921, als im Lande so viel englisches Militär vorhanden war, Pogrome in Jerusalem und Jaffa zu versuchen.

Und jetzt sei uns gestattet, einen entgegengesetzten Fall zu erwähnen:

Anfang 1919 brachen in Aegypten ernste Unruhen aus. Das dort stationierte Militär war unzureichend, um diese Unruhen, die den Charakter eines Aufstandes trugen, zu unterdrücken. Deshalb wurden beinahe alle englischen Bataillone aus Palästina nach Kairo abgerufen. In Palästina sind damals außer den 5000 jüdischen Soldaten fast gar keine europäischen Truppen geblieben. Die Situation war äußerst gefährlich. Täglich kamen aus Aegypten geheime Gerüchte von „arabischen Siegen"; und obwohl diese Gerüchte ganz unsinnig waren, fanden sie doch bei den arabischen Massen gierige Aufnahme. In ganz Palästina huschten Agitatoren herum. die versuchten, einen Aufstand der Fellachen gegen die jüdischen Kolonien hervorzurufen. Trotzdem blieb im Lande die Ordnung vollkommen erhalten. Nicht der geringste Zusammenstoß ereignete sich. Sogar in den einsamsten und abgelegensten Kolonien herrschte ungestörte Ruhe. Nur weil die Araber wußten, daß einige tausend jüdische Soldaten im Lande sind, über deren Gesinnung weder Achmed noch Schefket irgend welche Zweifel haben konnten.

Ich verstehe sehr gut, daß die Stärke jeder Garnison nicht in ihr selbst liegt, sondern in der Macht des Staates, der hinter ihr steht. Deshalb war ich nie und bin auch jetzt nicht ein Anhänger einer „nationalen Armee", auch wenn eine solche Armee politisch möglich wäre. Wir brauchen nur die Wiederaufrichtung unserer Bataillone in der Form, in der sie von 1917 bis 1921 existierten. Diese Bataillone waren Teile der britischen Armee und trugen britische Uniformen. Das Menschenmaterial in dieser Uniform war aber rein jüdisch, und hier liegt das Wesen der Sache. Als wir noch Gymnasiasten waren, war jeder Lehrer ein Vertreter derselben Staatsgewalt: er konnte es nach seiner Willkür so einrichten, daß jeder von uns aus der Schule hätte relegiert werden können. Und trotzdem gab es Lehrer, denen wir gehorchten, und andere Lehrer, denen wir auf der Nase tanzten. Nicht die Macht, die den Lehrer, Beamten, den Sol-

daten ernannt hat, gibt den Ausschlag: seine eigene Gesinnung, sein eigener Wille ist für die Frage maßgebend, ob er der Klasse oder der Masse imponiert, und in welcher Richtung.

III.

Die Schlußfolgerung ist klar: Erstens kann eine Garnison in Palästina der jüdischen Kolonisation nur dann wirklichen Schutz gewähren, wenn sie zum größten Teile aus jüdischen Soldaten besteht. Zweitens, nur unter dieser Bedingung wäre eine Reform des Verwaltungssystems in Palästina möglich, eine Reform, die uns den Weg zu einer tatsächlichen Verwirklichung des Mandats, vor allem zu einer großzügigen Kolonisation und Immigration erschließen würde. Genau so, wie wir von England keine Unterstützung des Zionismus durch Geld verlangen können, können wir nicht das Blut seiner Söhne fordern. Sollte die Garnison einmal Verluste haben, dann dürfen die Listen der Toten und Verwundeten keinen „John" und „Peter" enthalten, sondern nur die Namen „Moses" und „Juda".

Die Frage, ob uns der Militarismus und das Soldatentum angenehm ist, steht mit dieser Angelegenheit in keiner Beziehung. Wir stehen vor einer unwiderlegbaren logischen Kette. Wir kolonisieren Palästina gegen den Willen der Eingeborenen. Diese Opposition kann nicht beseitigt werden. Deshalb ist unsere Kolonisation nur unter der Voraussetzung eines aktiven bewaffneten Schutzes möglich. Derartigen Schutz kann oder will uns England nicht geben. Es muß daher entweder die Garnison aus Juden bestehen oder der Zionismus ist unausführbar.

DIE LEGION.

I.

Gegenwärtig liegt die ganze bewaffnete Verteidigung Palästinas in den Händen einer Garnison (einschließlich der irländischen Gendarmerie), die aus Nichtjuden besteht. Die bedeutenden Unzuträglichkeiten, die sich aus dieser Sachlage ergeben, sind jedem gewissenhaften Beobachter klar. Wollen wir diese Unzuträglichkeiten kurz besprechen.

In politischer Hinsicht hat dieser Schutzjudenstatus das Ansehen des Zionismus in der öffentlichen Meinung Englands stark beeinträchtigt. Die ganze Entwicklung der zionistischen Stimmung in England verlief die letzten vier Jahre unter der Losung: „Wir wollen weder entbehrliche Steuern zahlen, noch unsere Söhne um jüdischer Interessen willen Gefahren aussetzen."

In praktischer Beziehung hat sich die Zweckmäßigkeit einer aus Nichtjuden bestehenden Garnison für die Beschützung der

Juden als sehr problematisch erwiesen. Den englischen Soldaten und Offizieren ist der Gedanke einer bewaffneten Einmischung in die jüdisch-arabischen Streitigkeiten höchst unsympathisch. Den Arabern ist diese Stimmung der Armee bekannt, und in arabischen Kreisen herrscht die unausrottbare Ueberzeugung vor, daß ein evtl. Ueberfall auf keinen ernsten Widerstand stoßen wird, wenn die Engländer nicht dazwischentreten.

In moralischer Beziehung schließlich entwürdigt uns dieser Schutzjudenstatus und beeinträchtigt unser Prestige sowohl bei den Arabern wie bei den Engländern. Die Engländer, die aus eigener Geschichte wissen, daß echte Kolonisatoren niemals fremden Schutz in Anspruch nahmen, gewöhnen sich die Juden als ein Element anzusehen, das für eine echte Kolonisation untauglich ist, und unsere ganze Arbeit als ein künstliches, treibhausartiges Unternehmen zu betrachten. Die Araber legen sich eine noch schimpflichere Vorstellung über uns zurecht. Und da unsere politische Kraft hauptsächlich in unserer moralischen Potenz liegt, in der Achtung vor uns und vor unseren Idealen, die wir der Welt einflößen können, so muß unsere Stellung von „Schutzanvertrauten" letzten Endes unvermeidlich zu einer Schwächung unserer politischen Position führen.

Daß während der letzten 2½ Jahre keine Pogrome in Palästina stattgefunden haben, widerlegt unsere Ausführungen keineswegs, sondern bestätigt sie vielmehr. Es sind keine Pogrome vorgekommen nicht etwa deshalb, weil die Araber nun „fürchten". Im Gegenteil, die Garnison ist im Laufe dieser Jahre beträchtlich verringert worden, von 17 Tausend im Jahre 1921 auf 3 Tausend. Es sind nur deshalb keine Ausschreitungen vorgekommen, weil die jüdische Immigration in den Jahren 1922 bis 1923 zur vollständigen und offenkundigen Bedeutungslosigkeit herabgesunken ist. Mit dem Anwachsen der Immigration werden auch die Gefahren anwachsen. Und die englisch-irländisch-indische Garnison, die gegenwärtig auf etwa 3000 Mann herabgesetzt und „neutral gestimmt" ist, bietet wenig Garantien gegen diese Gefahr. Das ist leider unbestreitbar wie das Einmaleins.

II.

Das sehen eigentlich auch die Vertreter der sogenannten vegetarianischen Richtung gut ein. Daß der englische Schutz kein Schutz ist, darüber gehen die Meinungen in den zionistischen Kreisen nicht auseinander. Sogar die Vegetarier verlangen organisierte ständige Selbstwehr.

Diese Tatsache muß beim Lesen unserer nachstehenden Ausführungen im Auge behalten werden. Es wird nicht um die Frage gestritten, ob die Juden bewaffnete Kräfte haben müssen

oder nicht. Der Streit dreht sich nur um die Frage: „Selbstwehr" oder „Legion".

Die Anhänger der ersten sehen in ihr erstens ein ausreichendes Mittel zum Schutz des Lebens, der Arbeit und des Eigentums der Juden. Zweitens finden sie, daß die Selbstwehr die Araber nicht aufregen wird, während die Anwesenheit jüdischen Militärs für die Araber eine beständige „Provokation" bedeuten würde. Drittens ist es nach ihrer Ansicht ungerecht, zu verlangen, daß in Palästina jüdische bewaffnete Streitkräfte, aber keine arabischen unterhalten werden, in der Selbstwehr dagegen fände sich nach ihrer Meinung dieses Element der Ungerechtigkeit nicht. Viertens halten sie die Soldateska überhaupt für unerwünscht, denn die Soldateska reiße die Leute für mehrere Jahre von der produktiven Arbeit weg und erziehe in ihnen einen militaristischen Kastengeist, wohingegen bei der Selbstwehr die Menschen auf ihren wirtschaftlichen Posten bleiben und sich für gewöhnliche Bürger halten.

Untersuchen wir's.

Wenn die „Selbstwehr" der „Soldateska" entgegengesetzt wird, so denkt man dabei augenscheinlich an etwas, das jedem militärischen Charakters vollständig entbehrt. Die Mitglieder der Selbstwehr können nicht in Kasernen oder im Lager, sondern müssen in Privatwohnungen wohnen. Sie können nicht ihre ganze Zeit der Erlernung der Kriegstechnik widmen, sie können sich damit nur in den Mußestunden, wenn sie keine produktiven Arbeiten zu verrichten haben, abgeben. Sie können von keiner militärischen Disziplin beherrscht werden, sie können keine einheitliche Uniform tragen.

Auf Grund meiner russischen und palästinensischen Erfahrungen muß ich sagen, daß der Wert einer derartigen Selbstwehr außerordentlich gering ist. Das Militärwesen ist ohnehin eine schwere Kunst, aber das Problem der Verteidigung einer zersprengten Minorität ist zehnmal so schwer. In einer richtig organisierten Selbstwehr müssen folgende Elemente der Kriegskunst berücksichtigt werden: geschlossene und insbesondere aufgelöste Kampfreihen; Gebrauch von Feuerschußwaffen aller Arten; Gebrauch von blankem Gewehr, vom Stock an — da man nur in äußersten Fällen vom Pulver Gebrauch machen soll; das Bauen von Barrikaden, Laufgräben und Stacheldraht; Signalisation auf weite und nahe Entfernung; Ausführung topographischer Aufnahmen und Planzeichnungen; elementarmilitärische Taktik; Behandlung und Instandsetzung der Waffen. Das ist das Minimum, das erforderlich ist, damit das Ganze nicht ein Kinderspiel wird. Aber es ist lächerlich, zu glauben, daß dies alles oder nur die Anfangskenntnisse davon so nebenbei, bruchstückweise, in den Mußestunden, wenn der Betreffende

dazu noch ermüdet ist von seiner Tagesarbeit, erlernt werden können. Jedermann sieht ein, daß der Chaluz, ehe er ins Land kommt, sein Handwerk erlernt haben muß, ob er Landarbeiter oder Tischler ist, denn ein improvisierter Landarbeiter oder Handwerker taugt nichts. Nun ist es einleuchtend, daß ein improvisierter Schütze noch weniger taugt. Ja, er ist gefährlich.

Es handelt sich dabei nicht so sehr um die eigentliche Technik, obschon auch sie sehr kompliziert ist. Von größerer Bedeutung ist die Psyche des Menschen, dem auf einmal ein gefährliches Instrument in die Hand gegeben wird. Ein Gewehr wirkt berauschend auf einen Neuling, insbesondere wenn er einer nervösen und in solchen Dingen ungeübten Rasse angehört. Wenn er Soldat ist, spielt seine individuelle Psyche eine sehr untergeordnete Rolle. Erstens wird ein Soldat unterwiesen, wie er mit dem Gewehr umzugehen hat, er gewöhnt sich daran, wird nicht mehr aufgeregt. Zweitens gewöhnt er sich, sich für eine Maschine des Unteroffiziers, dieser für eine Maschine des Fähnrichs usw. zu halten. Bei der „Soldateska" ist deshalb die Gewähr gegeben, daß von dem gefährlichen Instrument nur Gebrauch gemacht wird, wenn die höhere, erfahrene und die Situation richtig zu übersehen verstehende Instanz es für nötig erachtet, die Gewähr also, daß die Instrumente nicht „von selbst zu sprechen anfangen". Ohne Unteroffizier, ohne Maschinenseele, ohne Drill und Uebung gibt es diese Gewähr nicht, zumal bei vererbter Nervosität und in überstürzter Situation. Was das bedeutet und wozu das führen kann, davon sprechen wir lieber nicht.

Ebenso gefährlich ist das Fehlen einer Organisation. Es ist töricht zu glauben, daß unsere üblichen Organisationsformen — Komitees, Leaders usw. — die wirkliche Einheit der Handlungen in einem außerordentlichen Moment von physischer kollektiver oder individueller Gefahr gewährleisten können. Selbst in einem Heer verläßt man sich dabei nicht auf das Bewußtsein des Soldaten, sondern auf, unterbewußt, automatisch, instinktiv einem Menschen mit einem bestimmten Abzeichen auf dem Aermel zu gehorchen. Wer bei Ereignissen solcher Art zugegen war, der weiß, daß bei dem Durchschnittsmenschen die Bewußtseinsimpulse in solchen Momenten unvermeidlich auf den zweiten Plan zurücktreten und die Instinkte die Hauptrolle spielen. Manchmal ist es der Instinkt, ins Feuer zu rennen, häufiger aber zu fliehen. Beide sind schlecht, deshalb muß ihnen ein neuer Instinkt entgegengestellt werden: automatische Disziplin. Es ist indes kein angeborener Instinkt. Die Automatie der Heeresdisziplin wird durch lange fortgesetzten Drill erreicht, wenn der Mensch viele Monate hindurch dem Alltag entrissen, von einer besonderen Atmosphäre umgeben

ist und täglich der Hypnose eben dieser automatischen Disziplin ausgesetzt wird. Erst nach solcher Einübung kann man erwarten, daß der Durchschnittsmensch gehen wird, wohin er soll, und tun wird was er soll, und keine dummen und gefährlichen Streiche nach eigenem Gutdünken machen wird.

Abgesehen von allen diesen Nachteilen, geht der nicht offiziellen Selbstwehr der Hauptvorteil des Militärs ab: sie besitzt fast gar keinen vorbeugenden Wert. Das Heer mit seiner Uniform, seinen Paraden, seinem offiziellen Nimbus, imponiert. Wenn seine zahlenmäßige Stärke ausreichend ist, wenn die Stimmung des Soldaten fest ist und die Bevölkerung daran nicht zweifelt, dann kommt es meistens gar nicht dazu, daß man Gewalt anwendet. Dagegen kann die unsichtbare Selbstwehr nimmermehr imponieren. Zwar gelingt es ihr manchmal, einen schlecht organisierten Pogrom niederzuhalten, aber das, worauf es hauptsächlich ankommt, einem Pogrom vorzubeugen, die Versuchung in der Wurzel zu ersticken, vermag sie nicht zu leisten. In Palästina tut uns nicht eine Abrechnung mit Mördern und Brandstiftern not, sondern wir brauchen Ruhe, solche Ruhe, daß es gar nicht so weit kommen darf, daß eine Abwehr nötig wird. Eine nicht offizielle Selbstwehr vermag es nicht.

Das ist die praktische Seite der Frage. Politisch betrachtet, ist eine nicht offizielle Selbstwehr, als permanente Einrichtung, in einem Rechtsstaate auf die Dauer undenkbar, weder in der Form einer Geheimorganisation noch in der Form einer legalen Institution.

Eine geheimorganisierte Selbstwehr bedeutet: geheime Waffeneinfuhr, konspirative Organisation, geheimer Unterricht in Kellern. In einem Rechtsstaate muß das zu Konflikten mit der Regierung führen. Wenn es aber so weit kommt, daß die Selbstwehr sich zum Vorgehen veranlaßt sieht, dann wird das offizielle Militär und die offizielle Polizei diese Selbstwehr in neunzig Prozent der Fälle auseinanderjagen. Nicht aus Böswilligkeit, sondern deshalb, weil es in einem Rechtsstaate für solche Erscheinungen, wie geheime bewaffnete Zivilkorps wirklich keinen Platz geben darf.

Spricht man daher ernst von einer Selbstwehr, dann muß ihre volle Legalisation und gleichzeitig das Verbot und die Aufhebung sämtlicher „Konter-Selbstwehre" angestrebt werden. Das wäre die einzig richtige Problemstellung. Aber dann müßten diesem ersten Schritt unausbleiblich weitere nachfolgen. Wenn die Regierung offen das Bestehen einer bewaffneten Organisation zuläßt, nimmt sie eine große Verantwortung auf sich. Diese Organisation wird demselben Kontrollsystem unterstehen müssen, das überall und stets an ständigen

bewaffneten Organisationen geübt wird; das bedeutet: Hierarchie, Heeresdisziplin, Belohnungen und Strafen, sorgfältiger Unterricht (dabei bleibt keine Zeit für produktive Leistungen), und schließlich die einzigen radikalen Aufsichtsmittel: obligatorische Kasernierung und einheitliche Uniform. Mit anderen Worten: eine richtig instandgesetzte Selbstwehr ist eben ein jüdisches Regiment. Alles andere ist Ersatz, der praktisch unbrauchbar, politisch schädlich, juristisch undenkbar und in jeder Beziehung gefährlich ist.

Das Prinzip der Selbstwehr schätze ich hoch ein. Kenne die historischen Verdienste dieses Prinzips, gebe unumwunden zu, daß, solange die Bildung eines jüdischen Heeres nicht möglich ist, eine wenn auch schlecht organisierte Selbstwehr da sein muß. Sie muß zunächst einmal aus moralischen Gründen, der Beschützung unserer Ehre wegen, da sein. Aber in Palästina ist es nicht unsere Aufgabe, in Ehren zu fallen, sondern unter keinen Bedingungen zu fallen. Deshalb muß die Frage betrachtet werden nicht vom Standpunkte von Heldentaten, sondern vom Standpunkte des rein praktischen Nutzens. Es muß eine Form der Selbstwehr angestrebt werden, die folgenden Bedingungen genügen muß:

1. Vollständige Legalität, die die Gefahr eines Krieges auf zwei Fronten ausschließt.
2. Möglichkeiten für die Vervollkommnung der Schutztechnik.
3. Die Ausrüstung muß so vollständig sein, daß keine geheime Konterorganisation mitkommen kann.
4. Imposantes Aeußere, das auf die Bevölkerung „prophylaktisch" wirkt.
5. Disziplin und Beaufsichtigung, die uns und die Nachbarn vor Taktlosigkeiten und nervösen Handlungen schützen soll.

Diesen Bedingungen leistet nur eine einzige Organisation Genüge: die militärische.

III.

Es handelt sich nicht um die Schaffung einer nationalen jüdischen Armee. Solange England das Mandat inne hat, muß das Heer in Palästina ein britisches sein. Aber das Menschenmaterial der britischen Bataillone darf kein englisches, kein irländisches, noch indisches, sondern ein jüdisches sein.

Von 1918 bis 1920 standen in Palästina das 38., 39. und 40. Bataillon der „Royal Fusiliers". Sie waren aus Juden zusammensetzt. Im Jahre 1919 erhielten sie einen Zusatznamen: „Judean Bataillons" und ein eigenes Wappen: eine Menorah mit der hebräischen Aufschrift „Kadimah". In einem

davon war das Kommando in hebräischer Sprache zugelassen. Aber sie waren britische Bataillone, ein Teil der britischen Armee, ebenso wie das schottländische und wallonische Kontingent. Diese jüdischen Detachements sind demobilisiert worden. Es muß darum ihre Wiederaufstellung und ihr Einschluß in den Bestand der britischen Garnison in Palästina verlangt werden.

Das Problem hat auch seine finanzielle Seite. Die englische öffentliche Meinung will weder übrige Soldaten noch übriges Geld für Palästina hergeben. Folglich müssen w i r das Geld sowohl wie die Menschen für die Wiederaufstellung der jüdischen Bataillone zustellen.

Der erforderliche Betrag läßt sich unschwer errechnen. Diese Berechnung wurde genau in dem Gesuch der zionistischen Exekutive vom 1. Dezember 1921 an die britische Regierung um Wiederherstellung der jüdischen Bataillone aufgestellt. Die Exekutive unterbreitete der Regierung folgenden Vorschlag: das Schatzamt stellt den jüdischen Bataillonen nur das Inventar zur Verfügung, d. h. Waffen, Zelte, Bekleidungsstoffe u. ä. Da in England während des Krieges große Vorräte an allerhand Material, die für eine lange Dauer des Feldzuges und für eine Armee aus 5 Millionen Mann berechnet waren, hergestellt worden sind, so würde diese Ausrüstung im gegenwärtigen Moment keine baren Geldaufwendungen bedeuten. Was die baren Geldausgaben betrifft, so wollte sie die Exekutive auf ihre Rechnung übernehmen. Auf Grund der vorangegangenen Unterredungen mit den Jugendorganisationen in Palästina gab sie die Erklärung ab, daß die jüdischen Soldaten ohne Besoldung dienen würden. Die übrigen Ausgaben waren mit 40 000 Pfund für ein Bataillon zu Fuß, bestehend aus 1000 Mann berechnet. Die Exekutive beantragte die Gründung von 3 Bataillonen und wollte auf ihre Rechnung das Etat von 120 000 Pfund jährlich übernehmen.

Der Antrag blieb aus Gründen, über die ich hier nicht sprechen möchte, ergebnislos. Die Rechnung trifft aber im allgemeinen zu und gibt eine Vorstellung von der Höhe der Last, die die jüdischen Bataillone uns aufgebürdet hätten.

Daß die Anwesenheit von nur dreitausend jüdischer Soldaten in Palästina die Sicherheitsverhältnisse des Landes durchgreifend gebessert hätte, kann auf Grund der Erfahrung und der Urteile Kundiger nicht bezweifelt werden. Das Fehlen eines Schutzes für die Juden und die daraus sich ergebenden Unzuträglichkeiten für die Immigration sind die Hauptsache, die den Erfolg unserer Geldsammlungen beeinträchtigt, und im Hinblick darauf wäre die Jahresausgabe von 120 000 Pfund die produktivste von allen unseren Ausgaben.

IV.

Einige Gegner des Legionismus erblicken eine Gefahr darin, daß „dann auch die Araber die Aufstellung von arabischen Legionen verlangen würden" und bestätigen dabei, daß „das eine gerechte Forderung sein würde", denn man könne nicht gut „den Arabern etwas verweigern, was den Juden gebilligt wird".

Dieser Gesichtspunkt ist erstens sachlich falsch. Niemand droht, die Araber zu töten oder ihr Hab zu sengen. Wenn die Selbstwehr in unterirdische Geheimgänge getrieben wird, d. h. tatsächlich verboten ist, so muß eine Regierung, die wirklich gleiches Maß üben will, die Juden sowohl als die Araber mit gleicher Gründlichkeit entwaffnen. Dann bleiben aber immerhin noch Pflöcke, Messer und Zündhölzer für Brandstiftungen. Da es aber siebenmal soviel Araber als Juden gibt, so wird es immer gegen jeden jüdischen Pflock sieben arabische geben. Genau dasselbe wird sein, wenn man die Selbstwehr „gleichmäßig" hüben und drüben dulden oder hüben und drüben legalisieren wird: sieben arabische Gewehre gegen ein jüdisches. Mit anderen Worten: das nivellierende Maß kann den Juden nur Verderben bringen. Der ganze Sinn der Selbstwehr einer bedrohten Minorität besteht darin, daß sie über solche Abwehrmittel verfügt, die der Majorität fehlen.

Der Einwand, die Anwesenheit jüdischer Truppen müsse „herausfordernd" auf die Araber wirken, kann durch einfache Ueberlegungen widerlegt werden.

Zunächst sei die Tatsache in Erwägung gezogen, daß es keine Pogrome in Palästina gab, solange dort jüdische Soldaten quartierten und sie überall gesehen wurden. Als nur ein Häuflein jüdischer Soldaten übrig geblieben war, dann erst huben die Pogrome an.

Zweitens, entschließt man sich, alles zu liquidieren, was den Arabern wie eine „Herausforderung" anmuten kann, dann hebe man den Posten des jüdischen Oberkommissars (und nicht nur des gegenwärtigen, sondern überhaupt) ebenfalls auf, dann lasse man den jüdischen Justizminister, die „jüdische" Balfourdeklaration fallen, gebe man die jüdische Immigration auf.

Drittens, wenn der Aspekt bewaffneter Kräfte „herausfordernd" wirkt, um so schlimmer wirken dann auf die sensible Masse Gerüchte von unterirdischen Bewaffnungen, Gerüchte, daß „sie" im geheimen sich im Schießen üben, insgeheim verschiedenes gefährliches Zeug einführen, daß jeder von „ihnen" Pistolen in der Tasche versteckt hat usw. Der Unterschied ist nur der, daß die Ansicht bewaffneter Kräfte wenigstens abschreckend wirkt, die Gerüchte von geheimen Organisationen

dagegen bloß in Erregung versetzen, ohne jemanden zu schrecken.

V.

Zum Schluß einige Worte über eine bei uns sehr beliebte Ungereimtheit. Ich meine die Phrase, die lautet: „Mag sein, daß es nötig ist, eine Legion zu schaffen, aber man soll davon nicht sprechen".

Wenn es diplomatische Vorsicht ist, die diese Phrase vorschreibt, dann ist sie kindisch naiv. Geheimnisse gibt es hier nicht. Sowohl die Araber wie die Engländer wissen, wohin die Juden hinzielen und wozu der Zionismus führt. Mit halben Redensarten kann nichts verschleiert werden. Wohl kann man mit halben Redensarten einen „Frieden mit den Arabern" zusammenflicken, aber eben diesen „Frieden", der auf offenkundige Lügen beider Seiten aufgebaut ist, wünschen wir nicht, denn er kann nur zu noch ärgeren Katastrophen führen.

Will aber die Phrase von den Vorzügen eines lautlosen Legionismus Anspruch erheben auf die bei uns so sehr Mode gewordene praktische Tüchtigkeit, so gehört sie in dieselbe Kategorie der Illusionen am grünen Tisch, wie alle anderen Rezepte des lautlosen Zionismus. „Sammelt Geld, aber macht nur keinen Lärm", „Kolonisiert, aber ja keinen Lärm", „Verteidigt eure Rechte, aber nur nicht lärmen" . . . Das wäre alles sehr nett, wenn es nur möglich wäre. Der Zionismus ist eine freiwillige Bewegung, keine von Staates wegen. Eine zwangübende Gewalt haben wir nicht. Unser einziger Steuerneinzieher, unser einziger Mobilisator von Menschenmaterial ist das Wort. Einen lautlosen Zionismus gibt es nicht, hat es niemals gegeben, wird es nie geben.

Insbesondere bezieht sich das auf die „Legion". Um sie zu schaffen, muß zunächst der Wille bedeutender jüdischer Kreise auf dieser Forderung geeinigt werden; zweitens muß der Inhalt und die Gesetzlichkeit dieser Forderung den englischen Sphären auseinandergesetzt werden; drittens und hauptsächlich muß die opferwillige Jugend vorbereitet werden. Das kann nur mit dem Wort geleistet werden, und auf dieses redliche Mittel, auf das aufrichtige, offene und überzeugende Wort werden wir nimmermehr verzichten.

Ueberdies, wenn wir von der Vorbereitung der Jugend sprechen, so meinen wir nicht nur eine psychologische Vorbereitung. Die jüdische Jugend muß auch technisch gut vorbereitet sein. „Militärischer Sport" muß eine der Grundlagen unserer nationalen Erziehung werden, muß den ersten Platz bei der Ausbildung der Chaluzim, die ein moralisches Recht auf diesen, von Trumpeldors Andenken geheiligten Namen haben

wollen, behaupten. Die Zellen der „Legion" müssen vorbereitet und zusammengefügt werden sowohl in Palästina wie in allen Ecken der Diaspora, ganz gleich, ob der Zeitpunkt für ihre Einberufung schon gekommen ist oder nicht.

Man bezeichnet unsere Agitation als Militarismus. Wir scheuen auch dieses Wort nicht. Einstens, vor etwa 25 Jahren, schalt man uns, die Zionisten, mit einer anderen unpopulären Bezeichnung: „Nationalisten". Wir bekamen damals keinen Schreck, sondern erklärten unseren Scheltern, daß es zwei Formen des Nationalismus gibt: eine aggressive und eine abwehrende. Jene ist in der Tat verwerflich, diese aber bedeutet eine erfreuliche Bewegung und wir sind stolz auf unser Bekenntnis zu ihr. Ebenso muß es auch jetzt festgestellt werden, daß es zwei Arten von Militarismus gibt. Der aggressive Militarismus geht uns nichts an. Aber der abwehrende Militarismus eines Volkes, gegen das von allen Seiten Schlachtmesser gezückt werden und dem man mit Gewalt seine letzte Hoffnung entreißen will, mit Gewalt den Weg versperren zu dem einzigen Winkel, den das kollektive Gewissen der gesamten zivilisierten Welt ihm zuerkannt hat, — dieser Militarismus ist eine heilige Sache, und wir werden ihn mit Worten und Taten predigen.

Nachtrag: Hefker.

In Sir Herbert Samuels Bericht an die Mandatskommission findet sich eine Behauptung, die geeignet ist, ernstes Staunen, wenn nicht gar Beunruhigung hervorzurufen:

„Die Garnison, so lautet Samuels Bericht, besteht gegenwärtig aus 500 Mann Gendarmerie und einem Kavallerieregiment. Außerdem gibt es eine Eskadrille Flugzeuge, eine Kolonne von blindierten Automobilen und in Transjordanien eine arabische Legion aus 700 Mann, die im Lande aufgeworben sind."

In der britischen Armee besteht ein Kavallerieregiment aus 4 Schwadronen zu je 128 Mann (faktisch weniger). „Blindierte Automobile" — das klingt für das zivile Ohr sehr „imponierend", ändert aber an der Lage nichts. Solche Automobile stellen ein großartiges Mittel dar zur raschen Beförderung kleiner Abteilungen, wenn nur Leute da sind, die befördert werden sollen. An und für sich ist ein blindiertes Automobil, als Kriegszeug, im Kriege sehr nützlich, aber bei pogromartigen Ausschreitungen, die in der „Hauptsache" im inneren der einzelnen Wohnungen vor sich gehen, ist es unwirksam. Die Beschützung zerstreuter Siedelungen kann nur auf eine Weise verwirklicht werden: dadurch, daß man eine ausreichende Anzahl Soldaten in allen Knotenpunkten einquartiert. Wenn das ganze Land

über nur 1500 Soldaten verfügt, ist das freilich unmöglich, zumal in einem Lande, wo zwischen 600 000 Arabern etwa 100 jüdische Kolonien und Siedlungen verstreut sind. In bezug auf die Stimmung der Araber behauptete Herr Samuel in seinem Bericht immer wieder, daß die arabischen Parteien in der Frage nach der Beteiligung in dem gesetzgebenden Rat auseinandergehen, aber daß dem Zionismus gegenüber selbst die gemäßigten Richtungen sich negativ verhalten.

Zur Vervollständigung des Bildes seien noch einige Einzelheiten erwähnt. In der Nachbarschaft, schrägüber, liegt Transjordanien, wo, nach offiziellem Geständnis, Banditen ihr Unwesen treiben, wo es keine Ordnung, aber dafür „eine arabische Legion, 700 Mann stark" gibt. Die Grenze zwischen Westpalästina und Transjordanien wird verteidigt von „der palästinensischen berittenen Gendarmerie", in Wirklichkeit von einer arabischen Legion anderer Gattung. Weiter ostwärts liegt das Reich der Vagabiten, jenes Reich „der Jagd auf Menschen", von der bei uns unlängst Herr Dioneo, ein kaltblütiger, unparteiischer, mit der Frage innig vertrauter Schriftsteller geschrieben hat. Gegen Süd liegt Aegypten, und England selbst schüttelt, wenn es hinblickt, sorgenschwer sein Haupt. Sonst ist rings herum Unzufriedenheit, Gährung, schwarze, rote, kunterbunte Propaganda. Unter diesen Verhältnissen setzt das Reich, das sich verpflichtet hat, z u m i n d e s t die jüdischen Ansiedler zu schützen, seine Garnison auf eine Stärke von kaum 1500 waffentragende Menschen herab.

Dieses Verhalten müssen wir schlechtweg als eine unverzeihliche Leichtfertigkeit, als beispiellose Nachlässigkeit gegen die elementarste Pflicht jeder Staatsgewalt bezeichnen. Daß sich die Juden mit solch einer Lage zufrieden geben, nimmt es uns nicht wunder. Der Golus hat sich gewöhnt, in den Tag zu leben, seine Politik, wie wir schon oft betonten, auf Saison zu bauen. Für diese Psychologie ist es „einleuchtend", daß, wenn es während der letzten Jahre (infolge des Rückganges der Immigration bis zur vollen quantitativen Belanglosigkeit) keine Ueberfälle gegeben hat, sie folglich überhaupt nicht mehr vorkommen werden, selbst wenn der Immigrationsstrom, der die Araber so sehr irritiert, zunehmen wird. Es wundert uns ebenfalls nicht, daß auch Herr Samuel von dieser Psychologie angesteckt ist. Der Golus des Londoner Westens ist ebenfall sein Golus, ja ein typischer. Aber in Palästina gibt es doch noch andere verantwortliche Männer. Auf unserer Seite — ein ganzes Regiment davon. K i s c h ist, soviel wir wissen, ein Jude ganz anderer Formation, an militärische Sitten gewöhnt, an jene heilige Regel, daß an jedem Pulverlager ein Posten stehen muß. Auf der englischen Seite gibt es erfahrene

Armee- und Polizeioffiziere. Zu vermuten, daß auch s i e unter diesen Verhältnissen eine Explosion für unmöglich halten, wäre töricht: sie wissen, daß sie möglich ist. Noch törichter wäre es, zu vermuten, daß sie glauben, im Falle ernster Komplikation mit solchen Kräften etwas retten zu können.

Es gibt keine Rechtfertigung für diese allen Dinge. Erst vor einigen Tagen haben wir, die Aussichten der Kolonisation in Rußland mit der Lage in Palästina vergleichend, die sowjetische Atmosphäre mit dem Worte Hefker gekennzeichnet. Bitteren Herzens sind wir gezwungen, zu gestehen, daß man uns dieses Wort zurückwerfen kann, ohne daß wir eine Antwort erteilen könnten.

PROBLEME DES AUFBAUES.

WIRTSCHAFT UND POLITIK.

Die Predigt kleiner Taten ist jetzt eine beliebte Losung der Zionisten aus der Regierungspartei und ihrer sozialistischen Widerhaller geworden. Nieder mit der Politik, wir brauchen keine Kämpfe um unsere Rechte mehr, wir haben Gott sei dank das Mandat, und jetzt stehen uns nur mehr rein wirtschaftliche Aufgaben bevor, für die wir all unsere Kräfte anstrengen müssen. So lautet der übliche Refrain der offiziösen Gespräche. Meistens werden die wirtschaftlichen Fragen noch weiter auf die Geldsammlungen des Keren Hajessod reduziert und die Verteilung der gesammelten Beträge auf Krankenhäuser, Schulen und Kwuzot. Wollen wir uns hier bei diesen Spießbürgern, die zu den Methoden der seligen Meer-Baal-ha'nes und Dr. Salvendi zurückkehren, nicht aufhalten. Sehr viel gefährlicher sind die Prediger des reinen Oekonomismus, die etwa auf die Rolle von Reformatoren des Zionismus Anspruch erheben und Künder der neuen realistischen Strömung, im Gegensatz zu der „unfruchtbaren" Beschäftigung mit der Politik. Als typische Vertreter dieser Richtung figurierten die polnischen Zionisten auf dem letzten Kongreß. Ein positives ökonomisches Programm war bei ihnen damals nicht zu finden. Aber bei den negativen Sätzen, bei dem Verzicht auf jede aktive zionistische Politik beharren viele von ihnen immer noch und erfreuen sich vielfacher Unterstützung.

Die Binsenwahrheit zu beweisen, daß die Oekonomik von der Politik nicht getrennt werden kann, ist hier wohl nicht nötig. Die Wissenschaft von der Volkswirtschaft heißt eben

deshalb politische Oekonomie, weil in dieser politische Maßnahmen eine dominierende Rolle spielen. Das wird von den Kündern des reinen Oekonomismus auch gar nicht in Zweifel gezogen. Sie wollen, wie es scheint, nur betonen, daß die politischen Verhältnisse in Palästina der wirtschaftlichen Entwicklung der jüdischen Bevölkerung freien Spielraum lassen, und daß es hauptsächlich an rein wirtschaftlichen Ressourcen und ökonomischer Aktivität fehlt. Um diese Antithese zwischen Politik und Oekonomik aufzuklären, müssen wir die jetzigen Bedingungen der ökonomischen Entwicklung Palästinas eingehend erörtern. Dann werden wir die Frage zu beantworten versuchen, worin denn die Haupthindernisse für das Wachstum unseres Landes liegen.

I.

Für die Erhöhung der Aufnahmefähigkeit unseres Landes, für die Immigration ist die Entwicklung seiner Landwirtschaft, seiner Industrie und seines Handels erforderlich. Die jüdische Landwirtschaft entwickelt sich nur langsam und träge, die seit Jahrzehnten gegründeten Wirtschaften sind siech, die neuen Ansiedelungen erfordern große Subventionierungen und bieten vorläufig keine Aussicht die dabei beteiligten Arbeitskräfte zu ernähren. Was mag die Ursache davon sein? Die teueren Unkosten der Kolonisation sind gewiß nicht abhängig von den natürlichen Anlagen des Landes, auch nicht von einem Mangel an Menschenmaterial, sondern sind in erster Linie eine Folge der Agrarpolitik der englischen Behörden. Diese gewähren den neuen Kolonisten keinen Streifen von dem brachliegenden Boden, und seien es nur Dünen, Sümpfe oder kahle Bergflächen, und räumen ihnen keine Begünstigungen ein. Diese zwei Bedingungen sind indes in jedem kulturellen oder unkulturellen Land stets gegeben, wenn an die Entwicklung der Landwirtschaft gedacht wird. Die Steuerpolitik ferner, die die brachliegenden Flächen der Großgrundbesitzer von der Besteuerung befreit, begünstigt die schädliche Spekulation und die künstliche Verteuerung des Bodens. Aber die Zionisten in Palästina haben dank den großen Spenden des Nationalfonds und des Keren Hajessod dieses Hindernis überwunden und eine für eine geraume Zeit ausreichende Bodenfläche erworben, die sie den Ansiedlern unentgeltlich zugeteilt haben. Dessen ungeachtet geht die Sache sehr langsam vorwärts. Womit erklärt es sich? Die mangelhafte Einrichtung einiger neuen Kolonien, die kommunistischen Verirrungen der Jugend und der offiziellen Agronomen, die schlecht geregelte agronomische Instruktion spielen gewiß eine bedeutende, aber doch keine entscheidende Rolle dabei. Wenn man bedenkt, daß auch die alten reichen

Plantagenwirtschaften in Judäa und vorzüglich instandgesetzen Ackerbaukolonien in Galiläa sich in ebensolcher Lage befinden, gelangt man zur Ueberzeugung, daß man für die Stagnation in der Entwicklung der jüdischen Landwirtschaft tieferliegende Ursachen zu suchen hat. Diese Ursachen sind rein politischer Natur.

Es gibt in Palästina keine Sicherheit weder für den Landwirt noch für seine Saaten. Die Schutzunkosten und die großen Verluste von Diebstählen verursachen gewaltige Mehrausgaben. Im ganzen Lande sind Ansiedelungen außerhalb der Großstädte und der menschenreichen Kolonien heutzutage undenkbar. Die Polizei ist träge oder unbeholfen und läßt bange Gedanken über die türkischen Hajale, die dem Lande bei minimalen Unkosten Ruhe und Sicherheit gewährleisteten. Nicht besser ist es um die Justiz bestellt, die eine erstaunliche Schwäche, feiges Politikantentum und Abhängigkeit von den wilden Sitten an den Tag legt. Moderne Gerichtsbarkeit gibt es nur für Ausländer, und die palästinenser Bürger, selbst die Juden, machen selten vom Gerichtsschutz Gebrauch. Der Oberkommissair, getreu den Geboten des jüdischen Liberalismus und der jüdischen Demut, hielt sich bis jetzt an die Politik des „laisser faire laisser passer". Inzwischen hat sich das Land in ein Räuberlager verwandelt, wo Banden von Landstreichern und Mördern frei umhergehen und sogar die Transporte des Herrn Oberkommissairs selbst überfallen.

Es ist als ob die ganze administrative Politik der englischen Behörden darauf ausginge, den gegenwärtigen barbarischen Zustand des Landes zu konservieren und mitnichten seine kulturelle Entwicklung nach europäischem oder amerikanischem Muster zu fördern.

Nicht besser sieht es auf dem Gebiete der Steuerpolitik des Herrn Herbert Samuel aus. Bis jetzt ist noch das mittelalterliche System des „Oschr", das heißt der Besteuerung des Landwirts in der Höhe eines Achtteils seiner Ernte, beibehalten. In allen zivilisierten Ländern, sogar in der Türkei, in allen englischen Kolonien ist dieses System längst abgeschafft. In Palästina dagegen hat man urplötzlich beschlossen, sie zu erhalten. Der Herr Oberkommissair selbst hat es noch unlängst erklärt als Antwort auf die Beschwerden der Kolonisten.

Das „Oschersystem", das die kleinen Landwirte ruiniert and sie den untergeordneten Beamten, den Steuereinziehern, preisgibt, ist aber für die großen Gutsbesitzer vorteilhaft, die bei einem extensiven Ackerbau nur die kostenlosen Kräfte der Natur ausnutzen, in der Form einer Rente, bei geringfügigster Arbeits- und Kapitalverwendung. Jeder Intensifikation der Wirtschaft setzt der Oscher entschiedene Schranken. Das ist

eine Binsenwahrheit der Agrarökonomie, die schon vor hundert Jahren das allgemein anerkannte Gesetz vom progressiven Sinken der Leistungsfähigkeit der Arbeit und des Kapitals bei ihrer Akkumulation auf einer gegebenen landwirtschaftlichen Fläche. Bei der Abgabe von einem Achtteil der Ernte ist nur eine extensive raubwirtschaftliche Ausbeutung der geschenkten Kräfte der Natur möglich, aber große Auslagen werden von dieser Steuer verschlungen, da diese schneller wächst als die Einnahmen. Das ist ein eisernes Gesetz, das nicht umgangen werden kann. An ihm sind bereits unsere Ackerbauer in Galiläa gescheitert, bald werden die Tabakpflanzer seine Macht verspüren, wenn sie sich anschicken, ihren Tabak nach anderen Ländern zu exportieren, über die Grenzen des mit Zöllen umschützten Palästinas. Wenn sich die Kolonistenwirtschaft noch einigermaßen hält, so ist es nur durch zionistische Subventionen und der fast unentgeltlichen Arbeit der Fellachen.

Auf solchen Grundlagen kann man nicht die Entwicklung der jüdischen Landwirtschaft aufbauen. Die Juden können keine extensive Landwirtschaft durch die Arbeit von fast Leibeigenen treiben, weil sie keine großen Bodenflächen besitzen und nicht willens sind die Arbeiter in halbhungrige Sklaven zu verwandeln.

Eine intensifizierte Landwirtschaft ist aber verlustbringend, so lange der Oscher besteht. Und nun befindet man sich in einem verzauberten Kreis, aus dem es nur wenigen, wenn die Verhältnisse ihnen besonders günstig sein werden, gelingen kann zu entkommen.

Bei dieser Verwaltung und Steuerpolitik kann sich die Landwirtschaft in Palästina in nennenswertem Umfange nicht entwickeln und ihre intensiven Formen müssen verlustbringend sein, einige seltene Fälle, wie die Lieferung von frischer Milch und Geflügel ausgenommen. Es können durch hohe Subventionen neue Kolonien gebaut werden, aber auch sie werden bald dahinsiechen, wie die früheren. Ohne eine Umgestaltung der gesamten administrativen und wirtschaftlichen Politik der englischen Behörden, ohne einen entschiedenen Uebergang von der Konservierung der bestehenden Feudalordnung zu einer europäischen Gesetzgebung ist das Problem der jüdischen Landwirtschaft nicht zu lösen.

Die von unseren Offiziösen empfohlenen Wundermittel, wie der Enthusiasmus der jugendlichen Chaluzim und zionistische Subventionen können den endgültigen Durchfall der jüdischen Landwirtschaft aufschieben, aber ihm nicht vorbeugen.

Zur Entwicklung der jüdischen Landwirtschaft in Palästina sind radikale Aenderungen in der Verwaltung und im Steuer-

system vonnöten. Zu derselben Folgerung gelangen wir, wenn wir die Entwicklung der jüdischen Industrie und des jüdischen Handels betrachten.

II.

Der Wiederaufbau der jüdischen Städte in Palästina hat immerhin bedeutend größere Fortschritte gemacht als die Entwicklung der Landwirtschaft. Im Laufe der letzten Jahre ist die Stadt Tel Awiw ausgewachsen, die das alte Jaffa fast eingeholt hat. Die Bevölkerung von Jerusalem hat wieder die Höhe der Vorkriegszeit erreicht, die Bevölkerung von Haifa und Tiberias hat einen bedeutenden Zuwachs erfahren. Aber in der jüngsten Zeit sind auf diesem Gebiete Hindernisse aufgetreten, trotz aller Opferwilligkeit der Zionisten.

Das Gewerbe und der Handel des Landes entwickeln sich viel langsamer als wir erwarteten, ungeachtet der anerkannten Fähigkeit der Juden in dieser Richtung und trotz der von den Juden investierten beträchtlichen Kapitalien.

Bei der Erörterung dieses Problems wollen manche die Trägheit der jüdischen Kapitalisten und ihre verbrecherische Gleichgültigkeit zu den Interessen des eigenen Landes verantwortlich machen dafür. Das ist indes nur eine seichte und ungerechtfertigte Erklärung. In der Tat haben die jüdischen Unternehmer schon viel für Palästina getan, und wenn trotzdem das Kapital zu saumselig dem Lande zufließt, so geschieht es infolge einer schwer zu überwindenden Ursache, infolge der geringen Einträglichkeit. Die Möglichkeiten für Handel und Industrie sind in Palästina heutzutage noch zu gering, um eine starke jüdische städtische Bevölkerung aufkommen zu lassen. Der palästinensische Handel ist auf den inländischen Markt beschränkt. Es werden nur die im Lande verbrauchten Waren eingeführt und nur inländische Erzeugnisse ausgeführt. Mangels eines geeigneten Hafens kann Palästina kein großes internationales Handelszentrum sein. Seines natürlichen Hinterlandes wurde Palästina nach der ungünstigen Durchführung der syrischen Grenze und der Abtrennung von Hauran, insbesondere aber nach der Abtrennung Transjordaniens beraubt. Der übrig gebliebene ziemlich schmale Streifen ist heutzutage in politischer Beziehung abgeschnitten von den weiten Steppen Arabiens und in wirtschaftlicher Beziehung isoliert. Soweit es ging, haben die Juden die Handelsstellungen des Landes besetzt und sind schon fast bis zur natürlichen Grenze angelangt. Das Anwachsen der Zahl der Handelstreibenden ist von dem allgemeinen Wachstum des Landes sowohl wie von großzügigen staatlichen Unternehmungen, wie etwa dem Bau von Häfen,

Zollverträgen und politischer Vereinigung mit Transjordanien abhängig. An Predigern kaufmännischer Initiative und an Lehrern der Unternehmungslust leidet auch das palästinensische Judentum keinen Mangel.

Aehnlich ist die Lage der palästinensischen Industrie. Durch die Initiative der Juden sind im Lande viele Unternehmungen entstanden, die das inländische Rohmaterial zu Fertigwaren für den inländischen Markt verarbeiten. Gewerben, die importiertes Rohmaterial verarbeiten, sind heutzutage, bei der gegenwärtigen Zollpolitik, die Fabrikate mit denselben Zöllen belastet, wie Rohstoffe und Halbfabrikate, undenkbar. Bei dieser Sachlage können die jungen und unansehnlichen Fabriken nimmermehr konkurrieren mit der hochentwickelten Industrie des Auslandes. Alle modernen Industrieländer haben ihre Entwicklung mit Prämien und Zollprotektionen angefangen. Wenn das in Palästina nicht gemacht wird, ist es nicht deshalb, weil die englischen Beamten es nicht verstehen, sondern aus rein politischen Gründen. Das Land führt gegenwärtig viele Waren ein, die es in der Form von Rohstoffen oder Halbfabrikaten beziehen könnte. Die negative Handelsbilanz Palästinas, die vier Millionen Pfund erreicht, hätte ausgeglichen werden und mehreren zehntausenden Arbeitern Existenz verschaffen können. Aber dazu müßte die Politik des Oberkommissars geändert werden. Ohne diese unentbehrliche Reform werden alle direkte und indirekte Prämien aus den Mitteln des Keren-Hajessod und alle Privatverluste der jüdischen Unternehmer die Industrialisation Palästinas nur wenig vorwärts bringen.

Ebenso hilflos stehen die sich selbst überlassenen Juden in der Frage des Hafenbaues da, die eine Grundvoraussetzung ist für jede industrielle Entwicklung. Aus politischen Gründen hatte England den Hafenbau übernommen, hat aber immer noch nicht die Ausführung dieser für das ganze Land lebenswichtigen Aufgabe in Angriff genommen. Diese zwei Hindernisse, die schädliche Zollpolitik und das Fehlen eines Hafens, sind ausreichend, um die palästinensische Industrie in sehr enge Grenzen einzuschließen. Es kommt aber noch eine ganze Reihe kleiner politischer Hindernisse und Störungen hinzu von seiten der dortigen Beamten, die sich mit ihrem Antizionismus verdient machen wollen, oder von seiten der lokalen Stadtverwaltungen, in die (sogar Städte mit überwiegend jüdischer Bevölkerung) von demselben Oberkommissair Leute aus den Kreisen der arabischen Chauvinisten berufen werden. Solche Erscheinungen, wie die Weigerung eines Magistrats elektrische Energie zu verwenden nicht wegen ihres teuren Preises, sondern wegen ihrer jüdischen Herkunft, oder die Erklärung der Unantastbarkeit der Malariasümpfe charakterisieren hinlänglich das kultu-

relle Niveau des Landes und geben wenig Hoffnung auf die Möglichkeit der Entwicklung großer industrieller Anlagen. Die moderne Technik ist ein fruchtbares, aber zartes Gewächs, das eines Kulturmilieus und einer sachkundigen Pflege bedarf. In einer wilden und feindlichen Umgebung entfaltet es sich schlecht. Die künstliche Unterstützung aus zionistischen Mitteln ohne radikale politische und wirtschaftliche Maßnahmen der Regierung wird wenig nutzbringend sein. Deshalb sind auf dem Gebiete der Industrie sowohl, als auch der Landwirtschaft und des Handels, die politischen Forderungen eine Voraussetzung für jede gesunde Tätigkeit.

Unsere Prediger kleiner Taten, die die Losung „Nieder mit der Politik" verkünden, trösten sich entweder durch Selbstbetrug oder sie betrügen andere. Das eine wie das andere wird im Leben von Völkern beobachtet, die dem Druck lästiger politischer Verhältnisse ausgesetzt sind. In den Tagen der Vollgewalt des russischen Despotismus predigten die Tolstoianer Selbstvervollkommnung anstatt Politik, und der schlaue Menschikow trat mit Leib und Seele für kleine Taten an Stelle heroischer Absichten, für die Liebe zum Nächsten an Stelle des Strebens nach hohen Idealen ein. Und eben diese Predigt fand damals in der Arbeiterschaft in der besonderen, als Subatowtum bezeichneten Strömung ihren Ausdruck. Unter dem Einfluß der behördlichen Agitation verkündete ein Teil der Arbeiterschaft die „Unabhängigkeit" ihres Schicksals von den politischen Verhältnissen des Landes. Eine ähnliche Erscheinung beobachten wir im gegenwärtigen schweren Augenblick in unserer kleinen Welt. Auch bei uns treten unsere Tolstoianer, unsere Menschikows und unsere „Unabhängigen" auf und singen im Chor ein Anathem der Politik und Hosianna den kleinen Taten. Aber das, was verständlich schien unter dem Jahrhunderte fortdauernden zarischen Regime, ist selbst bei ehrlich irrenden Leuten feiger Kleinmut in den Bedingungen der Freiheit und der Demokratie, die doch immerhin die Grundlage des ganzen öffentlichen Lebens des großen britischen Reiches bilden.

Im gegenwärtigen Moment ist das Mandat auf Palästina nur eine Charte, Englands Versprechungen nur ein leerer Schall und die Garantien des Völkerbundes sind bloß eine imponderabile Größe. Von unserer Ausdauer, unserem Mut und Aktivität hängt die Umsetzung der erworbenen Rechte in reale treibende Kräfte ab. Kleinmütiger Rückzug vor dem ersten politischen Hindernis verwandelt unsere Mühe in Sysiphusarbeit. Eine gesunde Volksökonomik ist undenkbar ohne einer gesunde Politik. Und die Grundlage jeder Politik ist aktive

Verteidigug der erworbenen Rechte. Das sind Binsenwahrheiten, an die unsere Prediger kleiner Taten und unsere „Unabhängigen" von neueme erinnert werden müssen.

DIE BODENPOLITIK.

Es wird sehr viel über Bodenpolitik in Palästina gesprochen und geschrieben. Das ist selbstverständlich sehr erfreulich. Der Schlüssel zu unserer gesamten Kolonisationsarbeit in Palästina liegt in der Bodenfrage, und eine gründliche und allseitige Behandlung dieses Problems ist von größter Bedeutung.

Es scheint aber, daß die Frage bei uns etwas einseitig behandelt wird. Es wird immer nur von einer richtigen oder falschen Bodenpolitik unsererseits gesprochen; es werden Gefahren einer wilden Bodenspekulation, die jetzt eingesetzt hat, hervorgehoben und verschiedene — richtige und falsche, großzügige und unbedeutende, wirksame und unwirksame — Maßnahmen vorgeschlagen, die immer nur von den jüdischen Kolonisationsinstituten und Privatpersonen befolgt werden müssen. Das Hauptgewicht wird dabei stets auf das jüdische, auf das subjektive Moment gelegt.

Ich bin weit davon entfernt, die Bedeutung dieses subjektiven Moments zu verkennen. Ich glaube aber, daß auch die beste und zweckmäßigste jüdische Bodenpolitik allein das Problem des Bodenerwerbs nicht lösen kann, wenn nicht gleichzeitig bestimmte objektive Bedingungen im Lande geschaffen werden, die gründlich die jetzige Lage auf dem Bodenmarkt ändern werden. Es wäre grundfalsch, diese objektiven Momente außer Acht zu lassen. Ein Kampf gegen jüdische Bodenspekulation kann nur die schlimmsten Auswüchse der geschaffenen Lage vertilgen. Er ist auch nur in bezug auf städtische Grundstücke besonders wichtig. Das Hauptproblem der jüdischen Kolonisation liegt aber auf dem Lande, und hier ist die Abnormität der Lage von ganz anderen, viel mehr komplizierten Faktoren bedingt, die nur durch eine zielbewußte und feste Boden- und Steuerpolitik der palästinensischen Regierung zu beeinflussen sind. In den nächstfolgenden Ausführungen wird versucht, auf diese allgemeinen Fragen der Bodenpolitik einzugehen.

I.

Die zionistische Oeffentlichkeit hat lange die Hoffnung gehegt, daß den landwirtschaftlichen Grundfond für die jüdische Kolonisation die zum großen Teil freien staatlichen (gewesenen Sultanböden) Ländereien, Vakuf- und Fiskusböden bilden

werden, die sich jetzt in der Verwaltung der palästinensischen Regierung befinden. An solchen Böden gab es nach Ruppin:

1. Herrenloser Boden bis 10 Mill. Dunam.
2. Gewesene Sultanböden bis 1 Mill. Dunam.
3. Gewesene Vakufböden bis 200 000 Dunam.
4. Gewesene Fiskusböden bis 50 000 Dunam.

Es galt als selbstverständlich, daß die palästinensische Administration diese Ländereien der jüdischen Kolonisation zur Verfügung stellen werde.

Diese Hoffnung ist aber nicht in Erfüllung gegangen, — und zwar in zwei Richtungen. Vor allem ist es endgültig klar geworden, daß herrenloser Boden (Berge, Sanddünen, Steppen, Sümpfe) nur in einem ganz beschränkten Maße für jüdische Kolonisation in der nächsten Zeit in Betracht kommt. Zwar ist dieser Boden — wie einer der besten Kenner der palästinensischen Bodenverhältnisse Agronom J. Oettinger feststellt, — zu 50 Prozent für landwirtschaftliche Zwecke verwendbar. Aber nur in der Zukunft. Die Bergabhänge können ausschließlich nach Anwendung intensiver Terrassierungskultur (wie das in kleinem Maßstab in der Kolonie Kiriat Anawim bei Jerusalem geschehen ist) kolonisierbar werden. Die Aufforstung von Sanddünen (700 000 Dunam) muß Jahrzehnte dauern und kann höchstens nur die Waldfläche und nicht die landwirtschaftliche Fläche Palästinas vergrößern (Beispiele: Holland, Frankreich). Die Steppen des Negew bedürfen infolge Wassermangels ganz neuer und eigenartiger Formen der landwirtschaftlichen Kultur, deren Feststellung langjährige Experimente erfordert. Die einzige Kategorie herrenloser Böden, die schon jetzt für landwirtschaftliche Zwecke zu verwenden wäre, sind Sümpfe; bei Anwendung unterirdischer Drainage und systematischer Trockenlegung gehören diese sümpfigen Böden zu den besten und fruchtbarsten Ortschaften Palästinas.

Aber eben hier kommt die zweite Enttäuschung. Die palästinensische Regierung bezeugt sehr wenig Neigung, die in ihrer Verwaltung befindlichen freien Ländereien den jüdischen Siedlern — gemäß § 6 des Mandats — zuzuführen. Sogar die jüdischen Legionäre, die zusammen mit den englischen Truppen Palästina befreit haben und denen offiziell Boden zur Ansiedlung versprochen wurde, haben keinen Zoll Land bekommen. Die einzige jüdische Konzession, die der J. C. A. im Jahre 1921 zur Bewässerung, Kultivierung und Aufforstung der Regierungsländereien zwischen Athlit und Cäsarea verliehen wurde, lief lange Zeit Gefahr, beschränkt oder sogar zurückgenommen zu werden.

Von offizieller Seite wird als Grund für diese „Zurückhaltung" der Regierung der Umstand angegeben, die Katastrierung des Landes sei noch nicht durchgeführt, infolgedessen können von arabischer Seite private Ansprüche auf diese Böden geltend gemacht werden, deren oft fadenscheinige Begründung nicht glatterweise zu überprüfen ist (was bei der Konzession der J. C. A. auch tatsächlich geschah).

Wenn man diesen Grund wirklich gelten läßt, muß man überhaupt an jede Möglichkeit einer Vergebung brachliegender staatlicher Böden für absehbare Zeit verzweifeln. Denn schon seit 1920 hat die Regierung mit der Katastrierung des Landes begonnen, und jetzt, nach fünf Jahren angestrengter Arbeit, ist es ihr gelungen, bloß 1000 Quadratkilometer (Gaza und Beisan) zu katastrieren. Palästina umfaßt aber 18 000 Quadratkilometer. Wenn es so weiter gehen wird, wird die Katastrierung erst in 90 Jahren zu Ende geführt werden, — und bis zu jener Zeit wird jede Konzessionsverleihung ruhen müssen . . . Jetzt hat zwar die palästinensische Regierung aus Aegypten einen hervorragenden Sachverständigen, Mr. Dawson, kommen lassen, der ein ganz anderes System der Landvermessung (es sollen nicht individuelle Terrains, sondern ganze Gemeindeblocks gemessen werden, wie das in Aegypten üblich ist) vorgeschlagen hat. Wenn man diesen Vorschlag von Mr. Dawson akzeptiert, ihm einen dreifachen Mitarbeiterstab zur Verfügung stellt und ein doppeltes Budget bewilligt, — dann kann man selbstverständlich mit einem anderen Tempo und mit einer nur 4—5jährigen Frist rechnen.

Man braucht aber diesen offiziellen Einwand nicht absolut ernst zu nehmen. Weil der Mangel eines vollständigen Katasters die palästinensische Regierung gar nicht daran gehindert hat, staatliche Böden an N i c h t j u d e n zu vergeben. Von den 600 000 Dunam vorzüglichen Dschiftlikboden rings um Beth Schean, welcher sich östlich des Nationalfonds-Bodens von Nuris bis zum Jordan und südlich des Nationalfonds- und JCA-Böden von Dagania und Menachemia längs des oberen Jordans erstreckt, sind die besten 60 000 Dunam von der Regierung an die Araber zu niedrigstem Preis und zur Abzahlung in langfristigen Jahresraten schon verkauft worden. J u d e n wurden vom Erwerb dieses Bodens zu diesen günstigen Bedingungen a u s g e s c h l o s s e n; die arabischen Käufer aber haben da mehr Boden bekommen, als sie benötigen, und zeigen nicht übel Lust, davon mit Gewinn weiter zu verkaufen. Die Regierung hat hiermit also nur die arabische Spekulation gefördert. Vor kurzem hat die Regierung auch die noch von den Türken an die englisch-arabische Syro-Ottoman Agricultural Company Ltd. erteilte Konzession zur Trockenlegung des Hulehsees und

zur Ameliorierung und Bewässerung bestimmter Landstrecken in der Umgebung des Sees bestätigt.

Das alles geschieht selbstverständlich in krassem Widerspruch zu den unzweideutigen Bestimmungen des § 6 des Mandats, der ausdrücklich voraussieht: „Die Verwaltung Palästinas soll unter der Sicherung, daß die Rechte und die Lage anderer Teile der Bevölkerung nicht beeinträchtigt werden . . . eine geschlossene Ansiedlung von Juden auf dem Lande mit Einschluß der nicht für öffentliche Zwecke erforderlichen Staatsländereien und Brachländereien ermutigen." Die palästinensische Regierung erfüllt diese klare Forderung des Mandats nicht, und in dem Memorandum, das der Präsident der Zionistischen Organisation, Dr. Ch. Weizmann, am 23. Oktober 1924 der in Genf tagenden Mandatskommission des Völkerbundes überreicht wurde — in gewöhnlicher verschleierter und „höflicher" Form, doch ganz unzweideutig, — konstatiert:

„Der Artikel 6 des Mandates für Palästina sieht vor, daß die Verwaltung von Palästina . . . die unmittelbare Ansiedlung von Juden auf dem Lande fördern soll mit Einschluß von Staatsländereien und Brachland, die nicht für öffentliche Zwecke gebraucht werden. Bis zum heutigen Tage jedoch hat sich die palästinensische Regierung nicht bemüßigt gesehen, irgendeinen beträchtlichen Strich Landes für jüdische Kolonisation zu reservieren, und, mit ein paar unbedeutenden Ausnahmen, sind bisher noch keine Staatsländereien oder Brachland für diesen Zweck verfügbar geworden."

Sogar die palästinensische Regierung selbst ist gezwungen, diese Tatsache anzuerkennen. In dem vom englischen Colonial Office vor kurzem veröffentlichten Weißbuch, das den Bericht des zurückgetretenen High Commissioner von Palästina, Sir Herbert Samuel, über die Verwaltung Palästinas während seiner Amtszeit von 1920 bis 1925 enthält, erklärt Herbert Samuel ganz offen, daß „es unmöglich war, diese Bestimmung des Mandats (§ 6) zu verwirklichen".

Diese Lage ist selbstverständlich unhaltbar. Man muß mit aller Energie darauf bestehen, daß der Wortlaut und der Sinn des Mandats befolgt werden, daß freie Regierungsländereien in erster Reihe den jüdischen Ansiedlern vergeben werden, daß Sümpfe, die sich zur rentablen Trockenlegung eignen, und sandige Böden, bei denen sich die Aufforstung rentiert, den Zwecken der jüdischen Kolonisation zugeführt werden.

Aber man muß darüber keinen Zweifel hegen, daß, sogar bei den besten Erfolgen auf diesem Wege, nicht genügend Boden für die Kolonisation zu erlangen ist. Das Problem des Bodenerwerbs für eine planmäßige und großzügige landwirtschaftliche

Besiedlung wird damit nicht gelöst, und wir werden immer noch in den nächsten Jahren zu 90 Prozent auf den Landkauf angewiesen werden.

Aber dieses Land ist teuer! Unermeßlich teuer. Die Araber kennen unseren unersättlichen Landhunger zu gut und verstehen vorzüglich, ihn auszunutzen. Sie wissen, daß Land nur bei ihnen zu kaufen ist, daß sie ein Monopol haben, und daß die Juden für den Boden jeden Preis zahlen werden. Sie sind ihrer Lage sicher und sie fordern für ihre Terrains ungeheure Preise.

Die ersten jüdischen Kolonisten haben im Durchschnitt 7 Frcs. pro Dunam gezahlt — und auch diese haben dabei selbstverständlich weit über den im Lande üblichen Preis bezahlen müssen. Vor dem Kriege haben die Araber schon 30—50 Frcs. pro Dunam gefordert. Jetzt aber sind diese Preise schon längst überboten. Schon im September 1921 zahlte der Jüdische Nationalfonds z. B. für bewässerten Boden im Tale Jesreel zirka 72 ägypt. Pfund pro Hektar, obwohl der Boden malariaverseucht und zur Zeit des Kaufes nur als Viehweide benutzt wurde; im Durchschnitt wurde bei diesem Kaufe für einen Dunam (zirka ein Elftel Hektar) mehr als 4½ Pfund bezahlt. Seitdem sind die Bodenpreise noch weiter bedeutend gestiegen. Laut dem offiziellen Bericht der palästinensischen Administration für das Jahr 1922 sind in dem Berichtsjahr von Juden 44 302 Dunam Boden im Werte von 701 271 Pfund gekauft worden: das macht durchschnittlich 16 Pfund pro Dunam. In derselben Periode haben Araber 29 520 Dunam im Werte von 369 177 Pfund gekauft: die arabischen Käufer haben also weniger als 13 Pfund pro Dunam bezahlt (dabei sind wohl auch städtische Böden mit eingerechnet, was selbstverständlich den Durchschnittspreis erheblich beeinflußt). In der letzten Zeit haben die zahlreichen und oft unorganisierten Privatkäufe den Bodenmarkt endgültig demoralisiert. Im Februar 1925 wurde festgestellt, daß in den letzten sieben Monaten, seit Juli 1924, nicht weniger als 250 000 Dunam (23 000 Hektar) Palästinaböden durch Kaufvertrag an Juden übergegangen sind, das heißt 1½ mal soviel, als in den 15 Jahren 1899—1914 (seitdem sind noch zwei große Käufe zu verzeichnen: die Agudah-Delegation hat 50 000 Dunam im Emek erworben und die amerikanische „Zion Commonwealth" zusammen mit der P. L. D. G. und dem „Meschek" haben unweit von Haifa im Kischontal 50—60 000 Dunam gekauft). Dabei wurden oft ganz ungeheure Preise gezahlt. Es ist klar, daß, wenn es so weiter geht, ein Stückchen Land in Palästina bald wirklich teurer sein wird, als ein Grundstück in der Londoner City.

Bei solchen Bodenpreisen ist jede breite, massenhafte landwirtschaftliche Kolonisation einfach ein Ding der Unmöglichkeit. Sie wird nicht aufzutreibende Kapitalien erfordern. Nach den letztens veröffentlichten fachmännischen Angaben sind für die Ansiedlung einer Familie in einem Moschawe Owdim, abgesehen von den Kosten des Bodens, 700 Pfund nötig; für den Bodenpreis und die Kosten für die Ameliorierung des Bodens sind weitere 400 bis 500 Pfund einzusetzen, das heißt der Bodenpreis beträgt 40 Prozent der gesamten Ansiedlungskosten: ein unmäßig hoher und für die ganze Kolonisationswirtschaft vernichtender Bruchteil. Bekommt der Kolonist den Boden von den nationalen Kolonisationsinstitutionen, so müssen diese über wirklich kolossale Geldmittel verfügen, die aller Wahrscheinlichkeit nach nie zu beschaffen sind; kauft er aber den Boden aus eigenen Mitteln, so ist seine Wirtschaft schon vom Anfang an durch diesen hohen Aufwand für den Bodenerwerb belastet, so daß sie sich nie rentieren kann. Die hohen Bodenpreise haben überall einen Niedergang der kleinen Bauernwirtschaften verursacht. In den Vereinigten Staaten haben im Jahre 1923 nicht weniger als 600 000 Landwirte, trotz ihrer relativ geringen Verschuldung und der relativ guten Preise für ihre Produkte, das Land verlassen und in die Städte ziehen müssen; seit 1920 sind mehr als 1 500 000 Farmer vom Land in die Stadt geströmt. Der Grund dafür sind ausschließlich die übermäßig hohen Grundpreise, bei denen Käufer von Land nicht reussieren können, und ebensowenig die Pächter, die eine dem Bodenwert entsprechende hohe Pacht zahlen müssen.

Eine ähnliche Lage wird sich unvermeidlich auch in Palästina herausbilden. Bei hohen Bodenpreisen kann sich kein landwirtschaftlicher Betrieb rentieren, und tatsächlich nimmt das Agrikulturdepartement der zionistischen Exekutive an, daß derzeit eine ökonomisch rentable Landwirtschaft in Palästina nur ausnahmsweise möglich sei. Es ist aber selbstverständlich, daß auf die Dauer keine landwirtschaftliche Kolonisation im großen geführt werden kann, die für den Privatsiedler unrentabel ist: so reich ist kein Volk der Welt.

Die jüdische landwirtschaftliche Kolonisation in Palästina ist derzeit unerträglich teuer (die Kosten der Ansiedlung einer sechsköpfigen jüdischen Familie in Rußland werden vom „Agrojoint" mit 1492 Goldrubel, zirka 150 Pfund, berechnet, der Boden wird von der Regierung unentgeltlich bereitgestellt). Sie wird in erster Reihe durch die übermäßig hohen Bodenpreise verteuert. Die einzige Lösung ist die Schaffung vernünftiger Bodenpreise: und das liegt in der Macht der Gesetzgebung.

II.

Worin liegen die Ursachen dieses Unheils und durch welche Mittel sind sie zu überwinden? Das ist jetzt das Hauptproblem der gesamten jüdischen landwirtschaftlichen Kolonisation.

Die Ursachen sind klar. Die Bodenverkäufer sind ausschließlich arabische Großgrundbesitzer, Effendis. In ihren Händen sind ungeheure Latifundien konzentriert. Im Gebiete von Gaza und Ber Seba gibt es Grundbesitzer, die 2 Millionen Dunam ihr eigen nennen; unter ihnen 11 mit je 100 000 Dunam und 7 mit je 30 bis 100 000 Dunam. Im Kreise Jerusalem-Hebron besitzen 26 Großgrundbesitzer 240 000 Dunam, im Kreise Jaffa gibt es 45 mit 162 000 Dunam, um Jichem und Tul Kerem 5 mit 121 000 Dunam usw. Insgesamt befinden sich in der Hand von 120 Familien mehr als 3 Millionen Dunam. Die Familie Sursuk allein verfügt in verschiedenen Teilen des Landes über einen Besitz von ungefähr 230 000 Dunam, die Familie Ewed el Hadi zirka 60 000 Dunam, die Familie El-Chussini 50 000 Dunam usw.

Diese Großgrundbesitzer diktieren die Bodenpreise nach ihrem Gutdünken. Sie wissen, daß es nur bei ihnen Land zu kaufen gibt und daß sie keine Konkurrenz zu befürchten haben. Einen richtigen Grundstücksmarkt in der Art des europäischen Grundstücksmarktes gibt es in Palästina nicht. Es gibt keine Verkäufer, die zu jeder Zeit bereit wären, ihre Grundstücke für einen entsprechenden Preis zu verkaufen, um dann das eingelöste Geld in irgendein Unternehmen vorteilhaft zu investieren Ein arabischer Großgrundbesitzer trennt sich nicht von seinem Grundstück, weil er mit dem Erlöse eine andere, bessere Kapitalsanlage machen kann. Er verkauft den Boden nicht freiwillig aus europäischen wirtschaftlichen Erwägungen, sondern — normalerweise — nur dann, wenn er durch die Höhe seiner Schulden dazu gezwungen wird, wenn er dringend Geld braucht. Sonst aber hat er keine Eile mit dem Bodenverkauf. Er wartet ruhig ab, — und er kann warten: das bringt ihm die sichersten Vorteile ein. Der Wert des Bodens — bei fort-, während wachsender Nachfrage und fehlendem Angebot — erhöht sich mit jedem Monat. Und der Großgrundbesitzer läßt sein Land einfach unbebaut, das ist das vorteilhafteste, weil unbebauter Boden dann leichter und günstiger verkauft werden kann. Er wird zum großen Teil weder dem arabischen Fellachen (der dabei den „Hums", das heißt ein Fünftel des Bruttoertrages, als Pacht zu zahlen hat, was eine Verzinsung von 5 Prozent bedeutet) verpachtet — das könnte später den Verkauf erschweren, weil man dann den Pächter verdrängen müßte — noch dem Juden verkauft. Er bleibt unbebaut, unbewohnt. Zwar

gibt es in Palästina ein Gesetz, daß Land, welches drei Jahre nicht bebaut wird, dem Staate anheimfällt; dies ist aber leicht zu umgehen, indem man alle drei Jahre eine Scheinpflügung vornehmen läßt. Das genügt. Man braucht in diesen brachliegenden Boden kein Kapital und keine Arbeit zu investieren, sein Wert wächst automatisch, weil Angebot selten und zufällig ist und die Nachfrage mit jedem Monat größer wird. Für brachliegende Latifundien bekommt der arabische Großgrundbesitzer geradezu eine Prämie; seine Bodenspekulation, die er durch Kultivierungs- und Verkaufsenthaltung systematisch betreibt, wird reich und sicher belohnt.

Die Steuerpolitik der palästinensischen Regierung macht diese dem ganzen Lande gegenüber verbrecherische Taktik der arabischen Effendis erst recht möglich und vorteilhaft. Für unbebautes Land zahlt der arabische Großgrundbesitzer eine geradezu lächerlich kleine Steuer, die Vergho, die von der alten türkischen Regierung vor mehr als 30 Jahren eingeführt wurde und 0,004 bis 1,01 Prozent des Bodenwertes beträgt. Dabei ist die letzte Schätzung 1895—96 vorgenommen worden, als der Bodenwert unvergleichlich niedriger war. Diese Steuer, die einer Steuerfreiheit gleichkommt, drückt den Effendi selbstverständlich gar nicht. Für bebautes Land muß er aber eine ziemlich hohe und schwere Steuer, den „Oscher", zahlen, die 12,63 Prozent vom Ernteertrag ausmacht: er hat es viel leichter und vorteilhafter, das Land unbebaut zu lassen. Die Vergho bezahlt er ganz leicht, der Bodenwert wächst inzwischen ununterbrochen. Die Ergebnisse dieser „Politik der Enthaltsamkeit" der arabischen Effendis sind allbekannt: ungeheure Flächen unbebauten Landes liegen in Palästina brach. Nach einer offiziellen Schätzung der Regierung vom Jahre 1920, bestand damals der Boden Palästinas aus folgenden Kategorien:

	Dunam	
1. Besäte und bepflanzte Fläche	5 450 000	27,53 %
2. Kultivierbare, aber unbebaute Fläche	3 350 000	16,92 %
3. Noch nicht bebaubare Fläche (Sümpfe, Wälder)	7 660 000	38,68 %
4. Böden, dessen Zugehörigkeit zur Kategorie 2 und 3 unbestimmt ist	3 340 000	16,87 %

Laut dem Regierungsbericht für die Zeit Juli 1920 bis Dezember 1921, liegen von den 1 820 000 Hektar anbaufähigen Bodens zirka 300 000 Hektar ackerbaufähigen Bodens (zirka ein Sechstel) brach. Zu denselben Ergebnissen kommt auch Agronom Joffe. Er rechnet aus, daß Palästina in seinen jetzigen Grenzen eine Fläche von 1 514 058 Hektar hat; von dieser Fläche werden nur 501 404 Hektar bebaut; 308 146 Hektar (mehr

als ein Fünftel) sind zwar kultivierbar, bleiben aber unbebaut. Wenn man aber speziell die in nichtjüdischen Händen befindlichen Böden berücksichtigt, so bleiben sogar, nach den Berechnungen von Agronom Zagorodsky, der sich auf die amtlichen Angaben des Landwirtschafts-Departement stützt, 68,68 Prozent der in nichtjüdischem Besitz befindlichen Fläche unbebaut.

Ungeheure Landflächen werden auf diese Weise im Interesse eines Häufleins von Großgrundbesitzern, die dabei von der Regierungspolitik begünstigt werden, künstlich der Kultur entzogen. Die Preise für dieses unkultivierte Land steigen ununterbrochen. Es ist viel vorteilhafter, es auch weiterhin unverkauft zu lassen.

Dieses dem ganzen Lande gegenüber verbrecherische und für die jüdische Kolonisation verderbliche System zu überwinden ist nur eine zweckmäßige Steuerpolitik der Regierung imstande. Keine Geldmittel, die von den jüdischen nationalen Kolonisationsinstituten aufgebracht werden, werden für die „Geulath-Haarez" ausreichen, bis die Bodenpreise nicht auf das Niveau zurückkommen werden, bei dem ein jüdischer Kolonist seine Wirtschaft verlustlos führen könnte. Hier muß die Steuerpolitik der Regierung entscheidend eingreifen. Sie muß den Großgrundbesitzer z w i n g e n, seine Latifundien in der oder jener Form der Bebauung zuzuführen. Es soll dabei gar nicht an eine Bodenenteignung gedacht werden; ein vernünftiges Agrarsteuergesetz, wie es seit 50 Jahren in fast allen Staaten Europas besteht, wird vollständig genügen. Die Grundsteuer (Vergho) muß auf alles Land fallen, das sich zur Bebauung eignet; es muß eine neue Einschätzung stattfinden und jeder unkultivierte Hektar muß mit einer speziellen hohen Steuer, die einen Strafcharakter trägt, belegt werden. Wenn nach einer bestimmten Zeit die unkultivierte Fläche nicht bearbeitet wird, wird die Steuer jedes weitere Jahr erhöht.

Diese Maßnahmen würden schnell und sicher ihre Wirkung ausüben. Ein vernünftig bemessenes Vergho würde den Großgrundbesitzer, der zwar Hunderte von Quadratkilometern Land, aber wenig Bargeld besitzt, zwingen, sein unbebautes Land, das ihm nichts einträgt, aber bedeutende Steuerkosten verursacht, allmählich abzustoßen und an arabische Fellachen oder jüdische Ansiedler zu verkaufen. Das gesteigerte Angebot wird notwendigerweise die unnatürlich aufgeblasenen spekulativen Bodenpreise sinken lassen und sie bis zur normalen Vorkriegsgrenze bringen.

Nur dann wird der Landerwerb in einem der Massenkolonisation entsprechenden Maßstab beginnen können. Nur dann wird es möglich sein, eine sich rentierende jüdische Landwirt-

schaft auf gesunder ökonomischer Basis aufzubauen, die nicht von Anfang an durch einen übermäßig hohen Aufwand für Bodenerwerb belastet ist.

Das alles gehört selbstverständlich in den Bereich rein ökonomisch-kolonisatorischer Aufgaben, die aber nur durch politische Mittel ihrer Lösung zugeführt werden können. Die Zionistische Organisation, in ihrer Eigenschaft als „Jewish Agency", muß die palästinensische Regierung dazu bewegen, in ihrer Boden- und Steuerpolitik sich nicht von egoistischen Interessen eines Häufleins arabischer Großgrundbesitzer leiten zu lassen, sondern von den Erfordernissen des Landes und den mit ihnen kongruenten Pflichten, die ihr durch das Mandat auferlegt sind.

DAS SCHULBUDGET.

Die hebräische Sprache in Palästina ist in Gefahr. Ihre Verdrängung kann nur durch Verdoppelung der Zahl der Schulen und hauptsächlich auf Rechnung der zionistischen Fonds verhindert werden. Gegen diese beiden Behauptungen werden viele Leute Einwände erheben. Gegen die erste, weil man bei uns überhaupt nicht gern von Gefahren spricht. Unsere ganze Staatsweisheit wird heuzutage in einer Regel zusammengefaßt: man kauft keinen Schirm, solange man nicht pfützenaß geworden ist. Die zweite Behauptung aber gilt heuzutage als unanständig. „Das Schulbudget" ist bei uns ein Scheltwort geworden. Jedem vernünftigen Menschen ist die Pflicht auferlegt zu predigen, daß der Jischuw selbst seine Schulen bezahlen muß, daß das „Rebegeld" eine ehrwürdige jüdische Tradition ist, die zionistischen Fonds aber der Kolonisation voll erhalten bleiben müssen.

Die hebräische Sprache ist in Gefahr. Darin stimmen alle überein, die den Einfluß beobachten, den der Zufluß von Emigranten von neuem, nicht chaluzianischem Typus auf die Umgangssprache in den palestinensischen Zentren ausübt. Nicht allein, daß diese Leute selbst fremde Sprachen sprechen, sondern sie verdrängen unausmeidlich die hebräische Sprache aus dem Umgang der Umgebung. Man kann das in jedem Hause, wo schon hebräisch gesprochen wird, nachweisen. Sobald jemand kommt, der kein Hebräisch versteht, geht die ganze Familie sofort aus Höflichkeit auf die dem Fremden eigene Sprache über. Im Laden, in der Bank, im Büro ist so etwas um so weniger zu vermeiden und ist nicht bloß Sache der Höflichkeit. Je „solider", je „seriöser" so ein Nichtverstehender ist, je gewichtiger seine Rolle, desto schlimmer für die Sprache.

Ich bringe einen Auszug aus einem Brief aus Tel Awiw: „Da man fast in jedem Hause des Abends einem dieser Herren begegnet, so ist schließlich kein einziges Oertchen übrig geblieben, wo man, ohne taktlos zu sein, die Unterhaltung auf hebräisch führen könnte." Ich hoffe, daß die Schilderung übertrieben ist, aber kaum sehr.

Ueberdies haben diese Emigranten Kinder. In dem chaluzianischen Zeitabschnitt war der Prozentsatz der Kinder gering. Jetzt dagegen sind sie zahlreich und ihre Eltern, die dem neuen Typus angehören, besitzen, sagt man, eine realistische Ader, die die idealistische überwiegt. Bei vielen ist sie dazu noch mit einer orthodoxen Ader verflochten. Und als Ergebnis davon wird in aller Bälde ein großes Klientel von Knaben für den Jargoncheder, von Mädchen für die Missionsschulen und von Kindern beiderlei Geschlechts für die Alliance und für die englischen Kollegen, schließlich gar auch für die arabischen Staatsschulen — wer wirds wundern? — heranwachsen. Das Alles ist sehr ernst.

Das Schulbudget der Kolonisation entgegen zu stellen, heißt, mit Worten spielen. Es ist, dünkt mich, schon genug gesprochen worden davon, daß es ein Unding ist, Kolonisation auf Rechnung öffentlicher Fonds zu treiben. Die Aufgabe der öffentlichen Fonds ist, die Voraussetzungen zu schaffen, den Weg zu ebnen für die Kolonisation. Niemand leugnet es, daß eine musterhafte Farm u. a. eine Voraussetzung für die Kolonisation ist. Aber auch die Schule ist eine ebensolche Voraussetzung, und für unsere Sache sogar eine überaus wichtige. Für die Wiederherstellung der Anziehungskraft Palästinas, für das Erwachen des Interesses zu dem Lande, für die ganze (wenn wir uns der jetzt Mode gewordenen kaufmännischen Phraseologie bedienen wollen) „Publicity", die schon jetzt anfängt „kaufmännisch" aufzutreten, hat die Mär von den „Kindern, die in der biblischen Sprache lallen", eine enorme, vielleicht die größte Rolle gespielt. Aber abgesehen von der Propaganda hat sich die palästinensische Schule in rein praktischer Betrachtung als mächtiges Kolonisationsmittel erwiesen. Ein großer Teil des Jischuw ist dadurch entstanden, daß auf dem Familienrat, nach vielem Schwanken, nach dem Rätselraten „fahren — nicht fahren?", die Erwägung ausschlaggebend gewesen war, daß man d o r t den Kindern eine echte jüdische Schule würde geben können. Ueberschlägt man, wieviel wertvolle Ansiedler dieses inponderabile Moment Palästina zugeführt hat, wird man kaum wägbare Momente finden, die im Hinblick auf die Ergebnisse jenes Unwägbare überwiegen. Ueber die Qualität erübrigt sich zu sprechen.

Wenn man, zur Erwiderung, auf die ehrwürdige Tradition des „Rebegeld" hinweist, so ist es töricht. Die Tradition ist nur in dem Sinne ehrwürdig, daß sie den Juden alle Ehre macht, die für ihre eigene Rechnung das geleistet haben, was der Staat leisten sollte. Aber demjenigen Staat, in dem der Jude, nach Entrichtung aller Steuern, nun noch aus seiner eigenen Tasche die Schule für seine Kinder bezahlen mußte, macht diese Tradition gar keine Ehre. Es waren das unnormale Verhältnisse. Das „Rebegeld" war eins der Zeichen der jüdischen Ungleichberechtigung und eine der untergeordneten Ursachen der wirtschaftlichen Entartung der Juden.

In Palästina ist so etwas unzulässig und dem beliebten Geschwätz über das Thema „sie sollen doch selbst zahlen" müßte man vernünftigerweise das umgekehrte Prinzip entgegenhalten: der Elementarunterricht muß ebenso unentgeltlich sein wie die Luft. Demgegenüber ist es bei uns üblich einzuwenden, daß es nirgends unentgeltliche Schulen gebe, denn in den fortgeschrittenen Ländern zahlen die Bürger hohe Steuern, in Palästina dagegen seien die Steuern niedriger, deshalb „ersetze der Jude den Unterschied". Das ist eine leichtfertige und seichte Sophistik. Es handelt sich gar nicht darum, daß der Jude in Palästina weniger Steuern zahlt als der Holländer in Holland oder der Engländer in England. Sondern darum, daß er ebenso hohe Steuern trägt wie sein arabischer Nachbar. Aber der Araber bekommt für diese Steuern, was die Schule anbelangt, alles was er braucht, sei es darum, weil er kein großes Bildungsbedürfnis hat, oder weil die Regierung ihm die Schule unentgeltlich gibt. Der Jude, der dieselben Steuern entrichtet, bekommt nichts von Allem. Aus diesem Grunde schlagen die Anhänger der ehrwürdigen Tradition vor, die Juden mit einer Zusatzsteuer zu belasten — und das soll Norm werden! In ökonomischer Hinsicht gibt es keine selbstmörderischere Politik. Unser Kampf um die Stellungen in Palästina wird noch dadurch kompliziert, daß den Juden das Leben teuerer kostet als den Araber: Wohnung, Kleidung, Nahrung, die ganze Einrichtung. Unser ganzes ökonomisches Problem kann fast gänzlich auf den Umstand zurückgeführt werden, daß wir uns einem Konkurrenten gegenübersehen, dem alles um die Hälfte billiger zu stehen kommt. Unter diesen Verhältnissen eine besondere Ueber-Steuer auf Kultur, als etwas Normales, zu sanktionieren, wäre ein verhängnisvoller Fehler.

Noch verhängnisvoller erweist sich dieser Fehler in nationaler Betrachtung. Ein Volk, das sich ein besonderes, zumal kein leichtes Kulturziel wie die Wiederauflebung der Sprache, gesteckt hat, kann die Lösung dieses Problems nicht dem guten Willen einzelner Elterngruppen überlassen. In Palästina

treffen, insbesondere jetzt, Leute ein, deren Hebraismus nicht weit her ist. Selbst von den überzeugten Hebraisten versteht kaum die Hälfte, daß die Sprache der nationalen Kultur auch die Unterrichtssprache sein muß. Noch unlängst kostete es viel Mühe die eingefleischtesten Zionisten in Litauen, Rußland und Polen von dieser Wahrheit zu überzeugen. Unter den neuen Emigranten gibt es wahrscheinlich viele, die sich ganz gleichgültig dieser Frage gegenüber verhalten. In der palästinensischen Atmosphäre geraten sie in die Zwickmühle der verschiedenartigsten Einflüsse. Die extremen Orthodoxen finden, daß es sich nicht ziemt, die heilige Sprache zu beleben. In den Alliancekreisen ist man fest überzeugt, daß es zur Wiederauflebung der Sprache genügt, wenn man sie eine Stunde täglich in der Schule lernt, die ernsten Gegenstände dagegen in französischer oder englischer Sprache unterrichtet. Wenn man den Grundsatz einführt: „baut euch selbst eure Schulen", so muß unausbleiblich auch die Ergänzung bald darauf folgen: „beliebige". Wer Geld gibt, ist Herr im Hause, und der Herr hat seine Phantasien und seine Ansichten.

Das gefährlichste dabei ist die Konkurrenz. In letzter Zeit hat die Alliance, die sonst ihren Eifer fast überall zügelt, gerade in Palästina (in Galiläa) neue Schulen eröffnet. Das wäre noch nicht das schlimmste im Vergleich mit dem, was noch bevorsteht. Der Vatikan, protestantische Kreise schicken sich offen an, ihre missionarische Tätigkeit in Palästina mit frischen Kräften zu entfalten.

Es darf in aller Bälde eine reiche Ernte neuer, reich eingerichteter, aber weder nach der Sprache noch dem Geist jüdischer Schulen erwartet werden. In diesen Schulen wird der Unterricht freilich unentgeltlich sein, diese Schulen werden freilich keine Zusatzsteuer von Juden verlangen. Auch mir ist, wie anderen, der neue Typ der Emigranten teuer, aber ihn mit dieser Versuchung allein zu lassen, würde ich dennoch nicht raten.

ZIONISTISCHE ORGANISATION.

DIE PERSPEKTIVEN DER GWIROKRATIE.

Die Reform, die dem 14. Kongreß zur Verwirklichung vorgelegt werden soll, ist allem Anschein nach folgender Art: die Jewisch Agency soll nunmehr zur Hälfte aus vom Kongreß gewählten Zionisten, zur anderen Hälfte aus anderen Personen

bestehen. Wer die anderen sein werden, ist bis heute noch nicht ersichtlich. Das eine ist klar: das werden keine auf dem sogenannten demokratischen Wege gewählten Personen sein. In Amerika z. B. gibt es freilich eine Institution, die sich den jüdischen Kongreß nennt. Da sie aber in zionistischen Händen liegt, so wird kein echter Gwir sich einverstanden erklären, verantwortlich vor solch einer Korporation zu sein, während ja der ganze Zweck der Reform der ist, echte Gwiren heranzuzuziehen. Man wird also Vertreter der bestehenden wohltätigen oder Gemeindeorganisationen von der Art des Londoner . . . . . oder des Amerikaner . . . . . (wenn die Herren einverstanden sein werden) oder der IKA (falls einverstanden) usw. einladen müssen.

Auf dieses gemischte Kollegium werden alle Rechte übergehen, die heute, nach dem Mandat, der zionistischen Exekutive gehören. Es haben sich kaum schon alle klar gemacht, was das bedeutet, und es empfiehlt sich daher, es kurz zu erörtern. Nicht die zionistische Exekutive, sondern dieses Kollegium wird Verhandlungen mit der britischen Regierung pflegen, Anträge stellen und Anträge entgegennehmen. Vertreter dieses Kollegiums, nicht der Exekutive, werden Beziehungen mit der palästinensischen Administration unterhalten. Die Stimmungen des Jischuw sowohl, wie der zionistischen Diaspora, ihre Wünsche, ihre Beschwerden, ihre Proteste werden an die Regierung oder an die palästinensische Administration nur insofern und nur in der Form gelangen, als es eben dieses Kollegium für wünschenswert erachten wird.

Außerdem wird dem Kongresse empfohlen werden, daß alle Beträge, die die zionistische Organisation für palästinensische Zwecke sammelt, eben diesem Kollegium zur Verfügung gestellt werden. Die ganze Kolonisationsarbeit wird somit diesem Institut übertragen werden, mit Ausnahme der Privatunternehmungen. Die palästinensische Exekutive wird dadurch aufgehoben werden. Sie wird durch Elemente ersetzt werden, die von dem neuen Kollegium ernannt werden. Ihnen wird das Schulwesen, die Immigration, die Kwuzoth, alles, alles unterordnet werden. Der Waad Haleumi, der heute faktisch der zionistischen Exekutive unterordnet ist, wird nunmehr den unabhängig vom Kongreß gewählten Personen unterstellt sein.

Die Anträge zur Durchführung aller dieser Maßnahmen werden eingebracht werden nicht etwa deshalb, weil die Berufung von Nicht-Zionisten in die Jewish Agency vom Mandat gefordert wird. Das Mandat enthält keine solche Forderung. Der vierte Artikel lautet wie folgt: „Die zionistische Organisation, solange ihre Organisation und Konstitution

nach der Meinung des Mandatars entsprechend sein werden, wird als solche als Jewish Agency anerkannt werden. Sie wird nach Einvernehmen mit der britischen Regierung Maßnahmen treffen zur Gewährleistung der Mitarbeit aller Juden, die an dem Aufbau eines jüdischen nationalen Heimes beteiligt zu sein wünschen". Ich bitte um Verzeihung für die plumpe Uebersetzung, aber sie ist genau. Aus dem Text ist klar, daß die zionistische Organisation in ihrer heutigen Gestalt eben die Jewish Agency ist. Die Form, in welcher die Mitarbeit anderer Juden sich äußern soll, ist nicht festgelegt. Es kann eine Mitarbeit ohne Fusion sein. Gewiß, dieser Artikel gibt der britischen Regierung die Möglichkeit, auf allen möglichen Aenderungen zu bestehen, unter der Drohung, die zionistische Organisation für „nicht entsprechend" zu erklären. Aber die Regierung hat keine Forderung zur Einladung fremder Personen in die Agency gestellt.

Ich habe das alles erwähnt, um die wesentliche Tatsache festzustellen: von außen her treibt niemand die Zionisten in das Gefangenlager. Diese Stimmung entspringt von innen heraus. Noch wichtiger aber ist die Tatsache, daß auch die Gwiren auf diese Reform garnicht erpicht sind: weder sie selbst, noch ihre Organisationen. Wir sehen weder Personen noch Gruppen, die die Tore der Agency stürmen und dagegen protestieren, daß die Zionisten sie an sich gerissen haben. Wir sehen vor uns nur zionistische Antragsteller, die sich alle Mühe geben, fremde Personen, und dazu noch, wie allen bekannt, sehr unwillige Fremde, heranzuziehen.

Die Tatsache ist deshalb so wichtig, weil sie die ganze Psychologie der zukünftigen reformierten Agency prädeterminiert. Wenn Leute selbst sich um die Beteiligung an euren Geschäften bemühen, dann könnt ihr ihnen Bedingungen stellen. Ihr könnt sie fragen: pflichten Sie unserem Programm bei? In welchem Umfange wollen Sie sich an unserer Finanzenlast beteiligen? Aber wenn sie gleichgültig oder übelgesinnt sind, und ihr sie partout heranziehen wollt, dann kann man keine Bedingungen stellen, dann muß man ihnen Bequemlichkeiten und Vorrechte verheißen. Am wenigsten natürlich kann man ihnen Geldforderungen stellen. Gewiß, wir waren bei diesen Verhandlungen nicht zugegen, aber es gibt doch psychologische Gesetze, gegen die es lächerlich wäre zu streiten.

Daraus folgt das eine: die Gwiren werden die Herren der Lage sein, auch wenn sie keine numerische Majorität ausmachen werden. Mehr als dies: fast jeder einzelne von ihnen wird Herr der Lage sein. Leute, die sich selbst um die Aufnahme in ein Kollegium bemüht haben, legen natürlich großen

Wert darauf und sie sind zu Kompromissen bereit. Aber Leute, die man überredet hat, in das Kollegium einzutreten, haben gar keinen Anlaß, Konzessionen zu machen um der Einheitlichkeit willen. Sie verfügen über eine starke Waffe, über die Drohung wegzugehen. Aber ihr Austritt, oder der Austritt nur eines von ihnen, namentlich, wenn dieser Eine eine große Figur ist, wäre ein schwerer Schlag für die Organisation, die erst gestern die britische Regierung um seine Aufnahme in die Agency und um die Registrierung dieser Errungenschaft im Sekretariat des Völkerbundes ersucht hatte.

Die offizielle Registration kompliziert die Perspektive noch mehr. Das ist keine einfache Vereinbarung zwischen einigen jüdischen Organisationen, die ein neuer Kongreß annullieren kann. Hier tritt noch ein dritter Kontrahent dazwischen, mit einer schweren und unbiegsamen Staatsmaschine. Die einmal durchgeführte Reform kann daher nicht mehr in einfacher Weise abgeschafft werden. Ich traf mit Leuten zusammen, die sagten: „Versuchen wir's, machen wir eine Probe; mißlingt's, dann kann der Fehler immer noch gutgemacht und zurückgezogen werden". Das ist naiv. Setzt der Kongreß einmal die Gwirokatie fest, so bleibt sie unerschütterlich und fest. Das ist nicht Uganda, wo die Rede nur von einer Entsendung einer Expedition nach Afrika war, sozusagen „freibleibend", wie man jetzt, wenn ich nicht irre in Deutschland sagt. Im gegebenen Fall handelt es sich um einen Verzicht auf die Rechte für immer.

II.

Welches werden die Konsequenzen davon sein? Nach meiner Meinung folgende:

In politischer Beziehung wird der Zionismus gründlich sterilisiert erscheinen. Keiner der Notabeln, die man heranziehen will, wird willens sein, an einem Unternehmen teilzunehmen, das herzlsche Ziele verfolgt. Da die Frage nach einer jüdischen Majorität sie im besten Falle nicht interessiert, so ist auch das Tempo der Immigration für sie nicht so wichtig wie für die Zionisten. Ihre Beziehung zur hebräischen Sprache und folglich auch zu dem Schulwesen wird ebenfalls eine andere sein. Wenn es in Haifa keine hebräischen Aufschriften auf der Eisenbahnstation geben wird und wir alle uns deswegen aufregen werden, wird Mister YX, Vertreter des Londoner Board einfach und aufrichtig nicht verstehen, was dabei Arges ist. Wenn die Stellung der hebräischen Sprache in unseren Schulen erschüttert sein wird, insbesondere wenn sie zugunsten der englischen Sprache erschüttert sein wird, so wäre es sonderbar, wollte man von dieser Seite einen Widerstand erwarten. Noch

weniger wahrscheinlich ist es, daß im Falle dauernder und ernster Meinungsverschiedenheiten mit der Regierung oder der palästinensischen Administration, diese neue Agency irgendwelche Mittel internationalen Druckes in Bewegung setzen wird. Nach dem Mandat hat der Jischuw sogar das Recht Beschwerde bei dem Völkerbund einzulegen. Wenn es einmal dazu kommen wird, wird die Agency gezwungen sein, entweder g e g e n diesen Protest vorzugehen oder aber diejenigen Mitglieder aufzugeben, die „vor allem Engländer sind". Und jede Drohung, auszutreten, wird allemal, wie bereits gesagt, Erfolg haben. Alle erdenklichen Fälle aufzuzählen, wann ein Gegensatz zwischen den Interessen des Zionismus und der Kollektivstimmung der gemischten Agency zutage treten würde, ist unmöglich, weil ihre Zahl unermeßlich, ihr Datum jeder Monat ist. Man nehme das Tagebuch von Palästina für die letzten vier Jahre, so findet man auf jeder Seite eine Frage oder einen Konflikt, dessentwegen Zionisten und Assimilitoren scharf auseinandergehen würden. Und nun soll dieser Assimilator die richtunggebende Kraft der ganzen Bewegung werden.

Für unsere politischen Aufgaben kann besonders verderblich werden der Londoner, nicht der amerikanische Assimilator. New York ist weit, und von dort wird sich niemand nach London oder Jerusalem uns zuliebe begeben. Aber dafür werden die Juden aus der Londoner City aktive und täglich präsentierende Mitglieder des Exekutivorgans der Agency sein. Wir kennen diese Herren gut. Sie waren es, die dazumal die Balfoursche Deklaration bekämpften. Ihre Zeitung, die einzige in der ganzen jüdischen Presse, war es, die gegen den „Lärm" protestierte, der im Jahre 1920 durch die Zuchthaus urteile gegen die jüdische Selbstwehr hervorgerufen worden war, und diese Zeitung erblickte darin eine Verletzung des Prestiges der britischen Rechtsprechung. Ihre Zeitung, die einzige in der gesamten jüdischen Presse, war es, die sich wegen der Veröffentlichung des Weißbuches freute. Und ihre Vertreter sollen nun, auf unser Anliegen, in die jüdische Agentur einziehen. Geld werden sie nicht geben, von i h n e n erwartet es auch die Exekutive gar nicht. Dafür aber werden sie sorgsam darüber wachen, daß die Agentur das Prestige der britischen Administration nicht untergrabe. Jede Kritik, jede Klage über das englische Beamtentum in Palästina, jedes Verlangen nach Reformen wird in diese Kategorie der „Untergrabung" fallen.

Die ideelle Seite der Perspektive ist ebenfalls klar. Viele naive Leute glauben scheinbar, daß die Befreiung der zionisti-

schen Organisation von der politischen und finanziellen Last ihr die Möglichkeit geben wird, den idealen Pathos wiederzugewinnen, der sie geschaffen und großgezogen hat. Das ist ein Irrtum. Die Organisation wird von keiner Last befreit. Sie wird des Einflusses, aber nicht der Verantwortung enthoben. Wenn das Kollegium auf eure Anregung entsteht, und ihr darin über die Hälfte der Plätze verfügt, so wird jedes Wort von euch, auch wenn eure tatsächliche Macht noch so gering sein wird, stets unter Aufsicht stehen. Wenn nicht nur der „Haolam", sondern sogar schon die „Jüdische Rundschau" einen allzu „nationalistischen" Aufsatz veröffentlichen wird, und der englische Beamte, oder der arabische Zeitungsmann oder einfach ein guter Bekannter der Notabeln aus der Agency finden wird, daß derartige Ansichten das Kollegium kompromittieren, so wird man genötigt sein, „derartige Ansichten" zu sterilisieren. Jedem einfachen Agitator, der Schekelzahler wirbt oder Geld für den Keren-Hajessod sammelt, wird anheimgestellt werden, daß er es berücksichtige. Nur Blinde vermögen nicht zu sehen, daß eine der Grundlagen der Verlobung mit den Notabeln das Prinzip des ideellen und politischen „Schah!" ist.

Ueber die finanziellen Perspektiven des neuen Kurses irrt das breite Publikum sehr, und die Reformatoren würden ehrlicher handeln, wenn sie den Leuten den Irrtum aufklären würden. Selbst in der Exekutive bestehen keine Zweifel darüber, daß das ganze laufende palästinensische Budget nach wie vor auf den Schultern der zionistischen Organisation mit seiner ganzen Schwere lasten bleiben wird.

Eine Wahrheit müßten die Zionisten auswendig lernen: die Heirat mit den Notabeln, die ihnen nach anderthalb Monaten angetragen werden soll, ist eine Heirat mit einer armen Braut. Ich glaub' es schon, daß die einigen Herren, die in die Agency einziehen sollen, den Maaßer bezahlen werden. Aber das ist ein Tropfen im Meer. Das, was der Schekelzahler aus Lomscha, der den neuen Kurs unterstützt, erhofft, ist aber etwas ganz anderes. Er erwartet, daß, wenn die reichen Vereine ihre Vertreter in die Agence entsenden, sie ein wenig ihre Taschen öffnen werden. Er hofft insbesondere, daß, wenn nur einer von den Notabeln seinen Stempel auf die palästinensische Arbeit aufdrückt, seine ganze Klasse sofort ihre Börse für den Keren-Hajessod auftun wird, und an Stelle von Groschen sich Tausendscheine schütten werden, und 36 Gwiren das ganze Budget auf ihre Rechnung nehmen und ihn, den Märtyrer aus Lomscha, von der entwürdigenden Prozedur des Bettelns von Tür zu Tür, um für Palästina Spenden zu sammeln, entheben werden. . . . . Er wird bittere Enttäuschungen erleben. Vom

Geld der Organisationen kann gar keine Rede sein. Die Hoffnung, daß ein Gwir mit seinem Beispiel andere Gwiren hinreißen wird, ist tausendfach von unserer Geschichte widerlegt worden. Rothschild war zu seiner Zeit ein bedeutend größerer Notabele, als alle heutigen Kandidaten zusammengenommen, aber seinem Beispiele folgten die anderen Gwiren nicht nach. Brandeis ist ein hervorragender Notabel in Amerika, jeder jüdische Millionär wird einen Händedruck von ihm als eine Ehre empfinden, aber Geld haben sie ihm weder vor noch nach seinem Zwist mit den Zionisten gegeben. Der Londoner Economic Board besteht schon seit vier Jahren, an seiner Spitze stehen unbezweifelte Finanzbonzen, aber seine Armut ist schon sprichwörtlich geworden.

Ob die Gwiren uns eine neue Bank gründen, die Privatinitiative fördern werden, ist noch recht fragwürdig. Aber ein „Budget" wird es unter allen Umständen geben, und seine Deckung werden die Zionisten ebenso besorgen müssen, wie jetzt, mit derselben Anstrengung der Kräfte, mit denselben Opfern an Zeit, Energie und Selbstachtung. Der einzige Unterschied wird bloß sein, daß das Geld nunmehr, dem neuen Kurs entsprechend, in die Hände eines Kollegiums gelangen wird, das vor dem Kongreß nicht verantwortlich sein wird.

Nachtrag.

Auf der letzten Sitzung des A. C. im Juli 1925 wurde den Herren, die an dem Wert des Jewish Agency zweifeln, eine gewisse Konzession gemacht: Der Paragraph 4 des Mandates soll nicht geändert werden, die Mandatar-Regierung soll nur eine „einfache Notifikation" von der vorgenommenen Aenderung erhalten, — und das ganze Konnubium soll vorläufig probeweise auf drei Jahre geschlossen werden. Diese „Konzession" ist vollständig illusorisch, und in beiden Teilen undurchführbar. Jede Aenderung in der tatsächlichen Zusammensetzung der Agency m u ß unausbleiblich entsprechende Aenderung des Paragraphen 4 des Mandats zur Folge haben. Das Mandat besagt ausdrücklich, daß die Agency gegenwärtig mit der zionistischen Organisation identisch ist. Kommt eine andere an die Stelle dieser Agency, dann ist die Mandatarmacht nicht berechtigt, sie anzuerkennen, wenn nicht eine Aenderung des Textes des Mandats registriert und sanktioniert wird. Wenn wir nicht eine Modifikation im Text des Paragraphen 4 beantragen, so wird es die britische Regierung sogleich nach der „einfachen Notifizierung" verlangen.

Ebenso illusorisch ist der Einfall, die ersten drei Jahre als „Probe" zu betrachten. Aus solchen Proben gibt es keinen Rückweg mehr. Kommt das Konnubium zustande, so wird die

Welt es als „Einigung der gesamten Judenheit" betrachten; eine Scheidung nach drei Jahren würde dann einen niederschmetternden Eindruck eines Bruches im Judentum auf unser Volk und die Außenwelt machen. Das werden wir nie wagen, wie unbequem und wie fruchtlos die „Probenperiode" auch sein wird.

Jeder Versuch, eine Verschmelzung von Zionisten und Nicht-Zionisten zu einer Körperschaft unter dem Namen der Jewish Agency herbeizuführen, bewirkt rechtlich wie faktisch eine für alle Ewigkeiten irreparable Lage.

DIE RESOLUTIONEN DER KONFERENZ DER ZIONISTEN-REVISIONISTEN IN PARIS.

I. Gründung des Verbandes.

1. Der Verband der Zionisten-Revisionisten geht als ganzes in den Bestand der zionistischen Weltorganisation ein.

2. Ohne eine Fraktion im Sinne des Statuts der Zionistischen Organisation zu sein, wirbt der Verband seine Mitglieder in allen Strömungen der jüdischen und zionistischen Oeffentlichkeit, unter der Voraussetzung, daß die Mitglieder das ganze Programm und die Disziplin des Verbandes akzeptieren.

II. Allgemeine Bestimmungen.

A. Ziel des Zionismus.

1. The aim of Zionism is the gradual transformation of Palestine (Transjordan included) into a jewsh Common-wealth, that is, into a selfgoverning Common-wealth under the auspices of an established Jewish Majority.

Der offizielle Text dieser Satzungen ist in englischer Sprache votiert worden. Die Worte im Kursivdruck geben wörtlich die Formulierung der Ziele des Zionismus wieder, die Sir Herbert Samuel in seiner Londoner Rede am 2. November 1919 gegeben hat. Der Text dieser Rede ist von dem Zentralbüro der Zionistischen Organisation unter folgendem Titel herausgegeben worden:

Zionism. Its ideal and praktical Hopes. By the Rt. Hon. Herbert Samuel.

(Uebersetzung: Das Ziel des Zionismus ist die allmähliche Umgestaltung von Palästina (einschließlich Transjordaniens) in einen jüdischen Staat, das heißt in ein selbständig regiertes Territorium mit einer jüdischen Bevölkerungsmajorität.)

2. Diese Formel ist die einzig zulässige Deutung des Termins „nationales Heim" des Baseler Programms", der Balfourschen Deklaration und des Mandats.

3. Alle offiziellen Akte, die eine andere Deutung der Ziele des Zionismus enthalten, werden für ungültig erklärt.

C. Transjordanien.

Transjordanien ist unabtrennbarer Teil des Territoriums von Palästina und gehört zugleich mit anderen Teilen dem Areal der jüdischen Kolonisation an.

Alle Satzungen des Mandats müssen ausnahmlos auch auf Transjordanien ausgedehnt werden.

D. Repräsentationsorgane.

Palästina, einschließlich Transjordaniens, ist kraft des Mandats ein Allgemeingut des jüdischen Volkes, als der kolonisierenden Nation einerseits, als des Bevölkerungsbestandes des Landes andererseits.

Demzufolge ist die Gründung von Repräsentationsorganen in Palästina nur zulässig unter der Bedingung, daß vom Mandat ihrer Entstehung an eine jüdische Majorität in der Zusammensetzung solcher Organe in solch einer Proporz gewährleistet wird, die dem quantitativen Verhältnis zwischen der kolonisierenden Nation und der derzeitigen Bevölkerung entspricht.

Die Gründung von Repräsentationsorganen auf einer anderen Grundlage, insbesondere auf der Grundlage der Regierungsprojekte 1922-1923 steht in krassem Widerspruch zu dem Sinn des Mandats und wird daher verworfen.

E. Methode des politischen Zionismus.

Die systematische und aktive Betätigung der Staatsgewalt ist eine unentbehrliche Voraussetzung für den Erfolg der zionistischen Kolonisation.

Demzufolge ist eine ununterbrochene politische Tätigkeit, die die Sicherung dieser Betätigung anstrebt, die elementare Pflicht des politischen Zionismus.

F. Massenimmigration.

In Anbetracht der krassen Verschlimmerung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der jüdischen Massen in den Ländern der jüdischen Konzentration, die im Verein mit gewissen Maßnahmen der Regierungen ein gewaltiges Ansteigen des Immigrationsbedürfnisses der jüdischen Bevölkerung herbeigeführt hat, in Anbetracht der für die jüdischen Emigranten fast völlig gesperrten Zulassung in die Länder sowohl Europas wie auch Nord- und Südamerikas, — erklärt die Konferenz, daß der einzige Weg zur Verhütung drohender Katastrophen die beschleunigte Ueber-

siedelung der unter diesem Drucke leidenden jüdischen Massen nach Palästina ist.

III. Politische Forderungen.

1. Der Verband der Zionisten-Revisionisten kämpft für folgende politische Forderungen:

a) Der Oberkommissair für Palästina wird ernannt von der Regierung des Mandatarreiches nach Einvernehmen mit der Zionistischen Organisation.

b) Zur Bekleidung verantwortlicher Regierungsämter in Palästina werden ausschließlich Personen zugelassen, die die Gründung eines jüdischen nationalen Heimes, als die Grundaufgabe der Administration, anerkennen.

c) Der ganze Fragenkomplex der jüdischen Immigration wird der ausschließlichen Zuständigkeit der Zionistischen Organisation anvertraut.

d) Alle nicht dauernd bearbeiteten Bodenflächen Palästinas (einschließlich Transjordaniens) werden dem Landesfonds für Kolonisation zugewiesen nach angemessener Kompensation an die derzeitigen Besitzer.

Die Verwaltung des Landesfonds zwecks Vorbereitung, Parzellierung und Ansiedelung des Bodens, wird der Zionistischen Organisation aufgetragen.

Die Parzellen des Landesfonds werden nach gleichen Grundsätzen sowohl den Juden (den palästinensischen und den Immigranten) wie auch den Arabern zur Verfügung gestellt.

e) Unter Sicherstellung durch den Nationalfonds wird eine offizielle garantierte Jüdische Nationale Anleihe emittiert.

f) Es muß eine radikale Reform des Steuer- und Zollsystems in Palästina durchgeführt werden, damit die Einordnung von Neusiedlern in jeder Weise erleichtert wird und damit die Entwicklung und die Intensifizierung der jüdischen Landwirtschaft, Industrie und des Handels in jeglicher Weise begünstigt wird.

g) Das jüdische Regiment, das im Jahre 1917-21 existierte, soll wieder aufgestellt werden als integraler und ständiger Bestandteil der britischen Garnison in Palästina.

h) In die Ortsgendarmerie und Ortspolizei werden nur Personen zugelassen, deren Loyalität gegenüber dem Mandat, als der Grundlage der palästinensischen Verfassung, keinem Zweifel unterliegt.

2. Kein Punkt der vorstehenden Artikel darf gedeutet werden als Verneinung oder Herabsetzung der dem Mandatarreich zustehenden Rechte der gesetzlichen Kontrolle.

3. Der Verband der Zionisten-Revisionisten empfiehlt der Zionistischen Organisation, unverzüglich eine jüdische Volks-

petition an den Völkerbund, an die Mandatarregierung und an andere Regierungen zu organisieren und die vorstehenden Forderungen darzulegen.

Der Verband behält sich das Recht vor, unmittelbare Propaganda für die vorstehenden Forderungen in der jüdischen und nichtjüdischen Offentlichkeit zu betreiben und andererseits eine freundliche Stellungnahme der maßgebenden politischen Faktoren verschiedener Länder uns gegenüber vorzubereiten.

IV. Jüdische Agentur.

1. Nach der Erörterung des von der zionistischen Exekutive entworfenen Projektes der Jüdischen Agentur, erklärt die Konferenz, daß jede Reorganisation dieser Agentur auf den Grundlagen des Projektes unausbleiblich zur Schwächung der Stellungen des politischen Zionismus und zum Zerfall der Zionistischen Organisation führen muß.

2. Die Konferenz sieht gern einer Vereinigung aller Kreise des jüdischen Volkes zur verantwortlichen Beteiligung an dem Aufbau des jüdischen Palästinas entgegen, unter der Bedingung jedoch, daß die Oberhand dem demokratisch gewählten Kongreß erhalten bleibt, dem allein das Recht zuerkannt werden kann, den ganzen Bestand der jüdischen Agentur zu wählen, und vor dem die Jüdische Agentur ihre ungeteilte Verantwortung tragen muß.

3. Ehe die Einberufung des in der Resolution des 12. Zionistischen Kongresses vorgesehenen Jüdischen Weltkongresses statfindet, empfiehlt die Konferenz, folgenden Kategorien das direkte, gleiche und geheime (aktive und passive) Wahlrecht für die Kongreßwahlen zu gewähren:

a) den Schekelzahlern,
b) allen jüdischen Einwohnern Palästinas,
c) allen ständigen Zahlern des Keren Hajessod und des Nationalfonds,
d) allen Mitgliedern der jüdischen Organisationen, die sich an dem Aufbau des jüdischen Palästinas beteiligen,
e) allen jüdischen Aktionären der Jüdischen Kolonialbank, der Anglo Palestina Company, und allen Bankanstalten, deren Charakter als wertvoll für den Aufbau Palästinas anerkannt sein wird,
f) allen Juden, die in Palästina Immobilien besitzen oder dort irgendwelche reale, gesetzliche und sozial wertvolle Interessen haben.

V. Das Schulwesen in Palästina.

1. Die Zionistische Organisation muß in Palästina ein Netz von Schulen unterhalten, das ausreichend ist für den Volkschul-

unterricht und sowohl auf die derzeitige Bevölkerung wie auch auf den Immigrantenstrom berechnet ist.

2. Der Elementarunterricht in den Schulen der Zionistischen Organisation wird unentgeltlich erteilt.

Die Volksschulen werden auf die Mittel des Keren Hajessod ausgehalten, abgesehen von den Beiträgen, die aus lokalen Quellen zugehen.

Die der jüdischen Bevölkerung gesetzlich zustehenden Summen aus dem Gesamtetat der palästinensischen Regierung können nur unter der Bedingung der Erhaltung der vollen Autonomie der jüdischen Schulen zur Unterstützung dieser verwendet werden.

VII. Jüdische Kolonialbank.

1. Die Jüdische Kolonialbank muß das Hauptinstrument für die ganze Kolonisationsarbeit der Zionistischen Organisation werden.

2. Die Bank muß in allen großen jüdischen Zentren Abteilungen eröffnen, damit alle jüdischen Volksersparnisse den Aufgaben des jüdischen Aufbaues in Palästina dienstbar gemacht werden.

3. Es muß eine tatkräftige Aktion organisiert werden zur vollen Deckung des Aktienkapitals der Bank (zwei Millionen Pfund).

VIII. Das Wahlsystem der zionistischen Kongresse.

Die Wahlen der Abgeordneten sowohl für die zionistischen Kongresse als auch für Ortstagungen werden vorgenommen auf der Grundlage der territorialen Einteilung der Wähler bei faktischer Anwendung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts mit direkter und geheimer Stimmabgabe.

2. Das Recht extraterritorialer Fraktionen (Separate Unions) auf Gründung besonderer Wahlkörperschaften muß abgeschafft werden.

3. Die Wahlfunktionen der territorialen Föderationen und der territorialen Fraktionen werden auf Empfehlung von Kandidaten und Wahlagitation beschränkt.

4. Personen, die unmittelbar dem Beamtenapparat der zionistischen Exekutive angehören (mit Ausnahme der verantwortlichen Leiter der wichtigsten Abteilungen) haben kein passives Wahlrecht für die Kongreßwahlen.

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

Vorwort 3

Zionistische Politik

Drei Jahre Sir Herbert Samuel 6

Majorität 19

Politische Offensive 23

Ein günstiger Sturm 30

Die Geschicke Transjordaniens 34

Zur Araberfrage

Die eiserne Wand 55

Die Ethik der eisernen Wand 62

Islam 67

Probleme des Schutzes

Schutzjuden 79

Die Legion 86

Probleme des Aufbaus

Wirtschaft und Politik 97

Die Bodenpolitik 104

Das Schulbudget 113

Zionistische Organisation

Die Perspektiven der Gwirokratie 116

Die Resolutionen der Konferenz der Zionisten-Revisionisten in Paris 123

Druck: Alexander Huning (vorm. Döring & Huning)
Berlin SW 68

Oktober – November 1925

VORLESUNGEN

VON

WLADIMIR JABOTINSKY

THEMEN:

Krisis im Zionismus

Juden und Araber / Juden und Militarismus

Volksbewegung oder Gwirokratie

in

Deutschland / Lettland

Litauen / Österreich / England / Belgien / Holland

Bulgarien / Türkei usw.

Auskunft erteilt die Direktion

J. Borkon / Berlin-Charlottenburg 2

Knesebeckstraße 14

Telephon: Steinplatz 8965 u. 1785 *Telegrammadresse: Konzertborkon*

GESELLSCHAFT „HA-SEFER“ M. B. H.
IN LONDON
Direktoren: Joseph Cowen, W. Jabotinsky, S. Saltzmann

Hebräischer Atlas

FÜR SCHULE UND HAUS

Herausgegeben von dem Verlag Ha-Sefer
gemeinsam mit der Geographischen Anstalt H. Wagner
und E. Debes, Leipzig

Redigiert von W. Jabotinsky u. Dr. S. Perlman

48 Seiten Karten und Kartons
(Allgemeine und jüdische Geographie, Wirtschaft und Geschichte)

48 Seiten Text
(Allgemeiner Konspekt der allgemeinen und jüdischen Geographie)

Alles in hebräischer Sprache

Die Karten sind in 8 Farben hergestellt bei H. Wagner und E. Debes in Leipzig

Format: 27 × 22 cm

Preis der Kongreßausgabe: £ 1.-.-, $ 5.-, G.-M. 20,-, 30 Öster. Schill.

Leinenband mit Golddruck

Verkauf im Kongreßgebäude